Bismarck und Eugen Richter im Reichstage 1879-90.

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der philosophischen Doktorwürde

der

Philosophischen und Naturwissenschaftlichen Fakultät

der Westfälischen Wilhelms-Universität

zu Münster i. Westf.

vorgelegt von

Heinz Röttger

aus Gevelsberg i. Westf.

1932.

Druck: H. Pöppinghaus, o. H.-G., Bochum-Langendreer.

Tag der mündlichen Prüfung: 14. Nov. 1931.
Dekan: Herr Prof. Dr. Wackernagel.
Referent: Herr Prof. Dr. Wätjen.

Meinen lieben Eltern in Dankbarkeit.

Literaturverzeichnis.

Aufgeführt sind nur die zitierten Werke.

Bachem, Karl: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei, Bd. 3—5. Köln 1927 ff.

Bergsträßer, Ludw.: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, 5. Aufl. (Schriftenreihe der Verwaltungsakademie, Berlin, Bd. 4). Mannheim, Berlin, Leipzig 1928.

Bismarck, Otto Fürst von: Gedanken und Erinnerungen. Stuttgart und Berlin 1921.

Gozel, Friedrich v. d.: Eugen Richters deutsch-freisinnige Heldentaten. Berlin 1893.

Kohl, Horst: Bismarck-Jahrbuch. Bd. I. Berlin 1894.

Mommsen, Wilhelm: Bismarcks Sturz und die Parteien. Berlin und Leipzig 1924.

Oertzen, Dietrich von: Adolf Stöcker, Lebensbild und Zeitgeschichte. Schwerin 1912.

Oncken, Hermann: Rudolf von Bennigsen. Bd. 2. Stuttgart u. Berlin 1910.

Pachnicke, Hermann: Führende Männer im alten und neuen Reich. Berlin 1930.

Parisius, Ludolf: Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck. Berlin 1878.

Poschinger, Dr. H. Ritter von: Fürst Bismarck und die Parlamentarier. Berlin 1894 ff.

Philippson, Martin: Max von Forckenbeck (Männer der Zeit, Bd. 6). Dresden und Leipzig 1898.

Rachfahl, Felix: Eugen Richter und der Linksliberalismus im Neuen Reiche, (Zeitschrift für Politik, 5. Bd.). Berlin 1912.

Richter, Eugen: Jugend-Erinnerungen. Berlin 1892.

— Im alten Reichstag, 2 Bde., Berlin 1894 und 1896. zitiert J. a. R.

— Gegen die Steuerprojekte des Reichskanzlers. (Politische Zeitfragen.
— Nr. 6) Berlin o. J. (anonym).

— Gegen Kornzölle (Vortrag der Allgemeinen Berliner Wählerversammlung am 27. Januar 1879). Politische Zeitfragen Nr. 12. Berlin 1879.

— Die neuen Zoll- und Steuervorlagen, statistisch beleuchtet vom Abgeordneten Eugen Richter. (Politische Zeitfragen Nr. 13) Berlin 1879.

Richter, Eugen: ‚Der liberale Wähler‘ oder ‚Was man zum Wählen wissen muß‘, Politisches Handbüchlein nach dem ABC geordnet. (Politische Zeitfragen Nr. 14). Berlin 1879 (anonym).

— Die Reichstagsession 1884, dargestellt für freisinnige Wähler, (Nachtrag zum ABC-Buch von 1884). Berlin 1884.

— ABC-Buch für freisinnige Wähler, ein Lexikon parlamentarischer Zeit- und Streitfragen, 6. vollständig umgearbeiteter und erweiterter Jahrgang. Berlin 1890.

Ritter, Gerhard: Die preußischen Konservativen und Bismarcks deutsche Politik 1858—1875. (Heidelberger Abhandlungen, Heft 43). Heidelberg 1913.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des deutschen Reichstages. (zitiert RST). Bd. 52 ff. Berlin 1879 ff.

Thimme, Friedrich: Bismarck und Kardorff. (Deutsche Revue 41. Jahrg., 4. Bd.) Stuttgart und Leipzig 1916.

Tiedeman, Christoph v.: Aus sieben Jahrzehnten. Bd. 2 („Sechs Jahre Chef der Reichskanzlei unter dem Fürsten Bismarck“). Leipzig 1909.

Ullstein, Dr. Leopold: Eugen Richter als Publizist und Herausgeber. Ein Beitrag zum Thema „Parteipresse“. (Wesen der Zeitung, Bd. II, Heft 1). Leipzig 1930.

Waldersee: Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee. Bearbeitet und herausgegeben von Heinrich Otto Meisner. Stuttgart und Leipzig 1923.

Wentzcke, Paul: Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Bd. 2: Im Neuen Reich. Bonn und Leipzig 1926.

Verzeichnis von Schriften und Broschüren Eugen Richters.

Soweit mir bekannt, fehlt es bisher an einer Aufstellung der Schriften Eugen Richters; die Listen bei Ullstein und bei Bergsträßer sind nicht vollständig. Die folgende Zusammenstellung erstrebt möglichste Vollständigkeit, ohne freilich dafür eine Gewähr geben zu können, denn diese Augenblickserzeugnisse haben rasch ihren aktuellen Wert verloren und sind z. T. jetzt schwer zugänglich. Nicht immer ist es mir gelungen, die Bücher selbst in die Hand zu bekommen und den genauen Titel festzustellen. Sehr oft wird ungenau zitiert. Aufgenommen in diese Liste sind nur Schriften, für die unzweifelhaft Richter selbst als Verfasser in Frage kommt, die Beweismittel finden sich in den älteren ABC-Büchern und z. T. in Richters Erinnerungen „Im alten Reichstag". Da Richter mit dem Zettelkasten arbeitete, so begegnen dieselben Ausführungen mitunter wörtlich in den Reichstagsreden, der „Parlamentarischen Korrespondenz" und in Richters Vorträgen und Schriften. In den letzten Jahren treten die Broschüren stark zurück hinter dem ABC-Buch.

Die Zeitungsartikel des jungen Richter sind wohl kaum mehr aufzufinden, (über sie vgl. „Jugenderinnerungen", S. 26 u. 34), ebenso wenig die Flugblätter. Sie fehlen daher in der Aufstellung. Genannt sei nur: „Eine Magdeburger Spukgeschichte aus dem Jahre 1862" — anonymer Artikel im Feuilleton der „NiederrheinischenVolkszeitung" Köln und zwei Tage später in der „Magdeburger Zeitung".

1. Über die Freiheit des Schankgewerbes. Ein Beitrag zur Reform der preußischen Gewerbepolizei, insbesondere des Konzessionswesens. Von Eugen Richter, Regierungs-Referendarius. Düsseldorf 1862.
2. Die wirschaftlichen Bestrebungen von Schulze-Delitzsch im Gegensatz zu den sozialdemokratische Irrlehren von Lasalle. Düsseldorf.
3. Die Konsumvereine vom Niederrhein und in Westfalen (Artikel im „Arbeiterfreund" 2. Jahrgang, 4. Heft). Düsseldorf, Sept. 1864.
4. Die Fehler und Mängel des Feuerversicherungsrechts in den deutschen Bundesstaaten. (unter dem Namen des Direktors der Magdeburger Feuerversicherungsgesellschaft Knobloch). 1864.

5. Die Reform der Versicherungsgesetzgebung im Norddeutschen Bunde von Eugen Richter (Fauchers Volkswirtschaftliche Vierteljahrsschrift 2. Bd.), 1867.
6. Die Konsumvereine, ein Not- und Hilfsbuch für deren Gründung und Einrichtung. Berlin 1867.
7. Das preußische Staatsschuldenwesen und die preußischen Staatspapiere. Breslau 1869.
8. Rede im Reichstag am 14. April 1874 gegen das Septennat. 1874.
9. Die deutsche Fortschrittspartei und die nationalliberale Partei. Berlin 1874.
10. Die Fortschrittspartei und die Sozialdemokratie. (Vortrag am 9. Mai 1877, Wahlverein der Fortschrittspartei im 6. Berliner Wahlkreis. 2. durch Anmerkungen vermehrte Auflage. — Politische Zeitfragen Nr. 1.) Berlin 1878.
11. Die falsche Eisenbahnpolitik des Fürsten Bismarck (Drei Reden im preußischen Abgeordnetenhaus, 26. April 1876, 12. u. 13. Dez. 1877 — Politische Zeitfragen Nr. 3). Berlin 1878.
12. Selbstverwaltung und Beamtenregierung (Vortrag über die Fehler und Mängel der neueren preußischen Verwaltungsgesetze im liberalen Wahlverein zu Brieg, 4. Jan. 1878 — Politische Zeitfragen Nr. 4) Berlin 1878.
13. Die Sozialdemokraten, was sie wollen und wie sie wirken (Politische Zeitfragen Nr. 5). Berlin 1878.
14. Gegen die Steuerprojekte des Reichskanzlers, (Politische Zeitfragen Nr. 6) anonym. Berlin o. J.
15. Attentat und Sozialistengesetz (Reichstagsrede vom 23. Mai 1878 mit Einleitung und Schlußbemerkungen zur Reichstagsauflösung), Politische Zeitfragen Nr. 7. Berlin o. J.
16. Gefahren der Reaktion in der Wirtschaftspolitik. (Richters Rede bei der Allgemeinen Parteiversammlung am 24. November 1878) anonym. Berlin o. J.
17. Gegen Kornzölle (Vortrag in der allgemeinen Berliner Wählerversammlung am 27. Januar 1879). Politische Zeitfragen Nr. 12. Berlin 1879.
18. Die neuen Zoll- und Steuervorlagen. Statistisch beleuchtet vom Abgeordneten Eugen Richter (Politische Zeitfragen Nr. 13). Berlin 1879.
19. Der liberale Wähler oder Was man zum Wählen wissen muß. Politisches Handbüchlein nach dem ABC. geordnet (Politische Zeitfragen Nr. 14) anonym. Berlin 1879.

20. Kampf gegen die bevorstehende Reaktion (Rede Richters in Stettin für die Landtagswahlen von 1879) anonym. Berlin o. J.
21. Die steigenden Lebensmittelpreise und die neuen Zölle (Vortrag 1. Dezember 1879 im Landtagswahlkreis Berlin IV) anonym. Berlin o. J.
22. Die neue Militärvorlage (Politische Zeitfragen Nr. 16) anonym. Berlin 1880.
23. Die Hamburg-Altonaer Zollfrage.
24. Über Handwerkerfragen (Vortrag in Berlin am 11. Februar 1881).
25. Über unsere Gegner im Reichstage, Abstimmungen und Charakteristisches von 143 Abgeordneten (Mit Nachtrag für die Session von 1881; als Ergänzung zum ABC-Buch gedacht).
26. Gegen die Nationalliberalen, anonym.
27. Die Steuerdebatte mit dem Reichskanzler (Drei Reden der Abgeordneten Richter und Rickert und des Kanzlers im Abgeordnetenhause (4. u. 5. Febr. 1881).
28. Die neuen Steuern und die reaktionären Bestrebungen (Vortrag in Görlitz, 3. März 1881).
29. Der Reichskanzler und die Stadt Berlin (Vortrag in Berlin am 8. April 1881).
30. Haftpflicht und Unfallversicherung (Reichstagsrede vom 2. April 1881).
31. Gegen das Tabaksmonopol.
32. ABC-Buch für freisinnige Wähler, (2. Aufl. mit 2 Nachträgen bis Ende Juli 1881) anonym. Berlin 1881.

    Neues ABC-Buch für freisinnige Wähler. Ein Lexikon parlamentarischer Zeit- und Streitfragen. 3. vollständig umgearbeiteter und erweiterter Jahrgang. Anonym. Berlin 1884.

    Nachtrag dazu: Die Reichstagssession 1884, dargestellt für freisinnige Wähler.

    Das ABC-Buch erschien in neuen Bearbeitungen und Auflagen: 4. Jahrgang 1885, 5. Jahrg. 1889, 6. Jahrg. 1890, 7. Jahrg. 1892, 8. Jahrg. 1896, 9. Jahrg. 1898, 10. Jahrg. 1903.

    Vom 7. Jahrg. ab (1892) trug es den Verfassernamen Eugen Richter, da seit Frühjahr 1892 mehrere ähnliche Bücher von anderen Parteien herausgegeben wurden.
33. Die geheimen Ausgaben und der Welfenfonds. Berlin 1891.
34. Sozialdemokratische Zukunftsbilder. Frei nach Bebel. Berlin 1892.
35. Die Irrlehren der Sozialdemokratie, beleuchtet von Eugen Richter, M. d. R. Berlin 1892.

36. Jugenderinnerungen. Berlin 1892.
37. Im alten Reichstag. 2 Bde. Berlin 1894 u. 1896.
38. Die Flottenrede des Abgeordneten Eugen Richter in der Reichstagssitzung vom 7. Dez. 1897 mit dem Text des Flottengesetzentwurfs (Sonderdruck aus der „Freisinnigen Zeitung").

Wahrscheinlich von Richter: „Zeuge Stöcker". Ein Zeitbild aus dem Jahre 1885. Die Prozeßverhandlungen wegen Beleidigung des Hofpredigers Stöcker vor der 2. Strafkammer des Landgerichts Berlin I. Berlin 1885.

Inhaltsübersicht.

Vorwort.

Die vorliegende Arbeit setzt sich zum Ziel, den wichtigsten Abschnitt im Leben Eugen Richters, sein Wirken im Reichstage von 1879—90, darzustellen und zwar in der Gegenüberstellung zu Bismarck. Es braucht wohl kaum betont zu werden, daß die gestellte Aufgabe im Rahmen einer Dissertation nur zu lösen war unter Weglassung alles dessen, was nebensächlich oder für die Weiterentwicklung Richters minder wichtig erschien. So fehlen z. B. sämtliche Gewerbenovellen, weil sie nicht von grundlegender Bedeutung sind und Richter zu ihnen eine Stellung einnimmt, die sich von der anderer Liberaler wenig unterscheidet.

Leider erzwang die notwendige Kürze es auch, die Beziehungen Richters zu seinem Wahlkreise Hagen-Schwelm völlig in den Hintergrund treten zu lassen, obwohl diese Arbeit gerade der dort noch lebendigen Erinnerung an Richter ihre Anregung verdankt. In der vorliegenden Form sind die Reichstagsstenogramme die Hauptquelle für die Arbeit gewesen.

Zum Schluß ist es mir eine angenhme Pflicht, allen denen, die mich bei der Arbeit unterstützt haben, auch an dieser Stelle meinen Dank abzustatten. Wenn die persönlichen Erinnerungen des Herrn Oberstudiendirektors i. R. Halverscheidt, meines verehrten Lehrers und des Herrn Rentiers Gustav Ewald Krüner (beide in Gevelsberg) an Richter zwar in der vorliegenden Arbeit ihren greifbaren Niederschlag nicht gefunden haben, so haben sie mir doch den nicht unwichtigen Dienst geleistet, mir die Persönlichkeit Eugen Richters näher zu bringen. Denselben Dienst verdanke ich den Mitteilungen des Herrn Dr. Franz Rickert-Danzig, der mir nach sorgfältiger Prüfung die sehr wichtige Auskunft auf S. 7 bereitwilligst zukommen ließ. Die Arbeit an der „Hagener Zeitung“, die mir Schriftleitung und Verlag gern gestatteten, brachte leider nur geringe Ausbeute. Besonders bin ich aber Herrn Professor Dr. Wätjen-Münster, meinem hochverehrten Lehrer, zu Dank verpflichtet wegen der großen persönlichen Anteilnahme, mit der er trotz großer Arbeitslast diese Arbeit verfolgte, mir Ratschläge in jeder Hinsicht zukommen ließ und mich auf die z. T. weit zerstreute Literatur aufmerksam machte.

Heinz Röttger.

Bismarck und Eugen Richter im Reichtage 1879-90.

Die Glanzzeit des deutschen Liberalismus — wenn wir diesen Begriff im Sinne der Parteigeschichte verstehen — ist die Zeit von 1830—66, das Frankfurter Parlament bezeichnet den Höhepunkt dieser Entwicklung. Demgegenüber bedeutet die preußische Konfliktszeit schon die Radikalisierung und den beginnenden Abstieg für den Liberalismus. Auch weiterhin, im Neuen Reich, blieb der politische Einfluß dieser mächtigen Geistesrichtung überragend. die Verfassung des Deutschen Reiches und die Gesetzgebung der siebziger Jahre zeigen tiefe Spuren liberaler Mitarbeit. Aber schon in dieser Zeit bemerkt man Spuren des Verfalls: Bismarck zersprengte die Liberalen durch die Indemnitätsvorlage, und es ist nie wieder geglückt, den Liberalismus zu einigen. Die staatsmännischen Köpfe, die „Realpolitiker“ schlossen sich immer mehr dem Kanzler an — unter teilweiser Aufgabe ihrer alten Ideale — die Unentwegten, die „Ideenpolitiker“, verachteten jeden Kompromiß mit der „Reaktion“. Sie bedachten nicht, daß sie durch ihre Weigerung den Einfluß des Liberalismus auf den Ausbau des Reiches erheblich einschränkten. Immerhin galten Nationlalliberale und Fortschrittspartei für befreundet, zum offenen Ausbruch kam der verborgene Gegensatz erst, als der Liberalismus 1879, dadurch, daß der Kanzler seine Innen- und Wirtschaftspolitik umgestaltete, vor die Frage gestellt wurde, ob er auch jetzt noch dem Kanzler folgen, oder ihm rücksichtslosen Kampf ansagen sollte. Es ist bekannt, daß diese Frage im Lager des Liberalismus verschieden beantwortet wurde. Besonders reizvoll ist es, von diesem Zeitpunkt an, die Entwicklung des linken Flügels zu verfolgen, der „Unentwegten“. Sie entschieden sich für den Kampf, der geführt wurde bis zum Abgang des Kanzlers. Während dieser langen Zeit trat im Lager der Linksliberalen immer mehr ein Führer hervor, der an Tatkraft und agitatorischem Geschick seine Genossen weit überragte: Eugen Richter.

Nicht die Entlassung aus dem Staatsdienst oder das Gefühl des verkannten Genies haben Eugen Richter zum Gegenspieler Bismarcks, zur Verkörperung des Widerspruches gegen die Regierung gemacht, sondern Weltanschauung und Bildungsgang. Von frühester Jugend an lebte Richter unter scharf liberalem Einfluß. Geboren war er am 30. Juli 1838 im Rheinland, das den Liberalen 1848 so manchen Führer schenkte, zu Düsseldorf. Sein Vater war, obwohl Militärarzt, durch und durch liberal gesinnt. Die Revolution

von 1848, das Frankfurter Parlament und die verhaßte Herrschaft des konservativen Oberpräsidenten Kleist-Retzow prägten sich dem jungen Eugen unauslöschlich ein. In der Universitätszeit legte Richter besonders in den Vorlesungen bei Rau in Heidelberg den Grund zu seinem radikalen Wirtschaftsliberalismus. Politische Neigungen regten sich früh in ihm: als Auskultator, Referendar und Regierungsassessor betätigte er sich lebhaft in Arbeiterbildungs- und Konsumvereinen, kämpfte in Vorträgen gegen Ferdinand Lassalle und schrieb liberale Broschüren und Zeitungsartikel. Wegen einiger schriftstellerischer Jugendstreiche mit politischem Anstrich wurde Richter schon 1864 aus dem Staatsdienst entlassen. Er empfand keine Kränkung über die in seinen Augen ungerechte Behandlung, sondern fühlte sich dadurch seinem „innersten Berufe zurückgegeben“ [1]), dem Wirken für die Öffentlichkeit. Veranlagung und Neigung machten Richter über dem Umweg des parlamentarischen Korrespondenten bald zum Abgeordneten. Schon mit 28 Jahren trat er ins Parlament ein. Zunächst auf Grund seiner eingehenden Kenntnis des Finanzwesens, dann aber auch durch große Arbeitskraft, reiches Wissen, ein enormes Gedächtnis und agitatorische Begabung erreichte Richter schnell in der Partei einen immer mehr wachsenden Einfluß. Der plötzliche Tod des Parteiführers Freiherrn von Hoverbeck (12. Aug. 1875) bedeutete für ihn den Verlust seines politischen Lehrmeisters. „Ich selbst verdanke“, schreibt er zwei Jahrzehnte später [2]), „in parlamentarischer Ausblidung niemand soviel wie Hoverbeck; in engster Gemeinschaft hatte ich zu ihm in der Fraktion, im Plenum und in Kommissionen gestanden. Unter dem frischen Eindruck der Trauerbotschaft vermochte ich mir nicht vorzustellen, wie künftig ohne ihn unsere Partei noch würde wirken können.“

[1]) „Jugenderinnerungen“ S. 137.
[2]) J. a. R. I. Bd. S. 113 f.

Kap. 1: Vorbereitende Kämpfe in- und außerhalb des Parlaments.

Gerade Richter, der weiteren Kreisen bisher nur als Etatsredner bekannt war, wurde Hoverbecks Nachfolger. Er übernahm die Leitung der Partei zu einer Zeit, als die innerpolitische Lage vor einer Änderung stand. Von den Parteien standen damals die Konservativen noch immer in der schweren Krise, in die sie der Bruch mit Bismarck geführt hatte, noch war es ungewiß, ob es ihren Führern, von denen Helldorff der eifrigste war, gelang, die Partei wieder zu neuem Leben zu erwecken, oder ob die Hoffnung mancher Linksliberalen in Erfüllung ging, daß diese Partei zerbrechen würde und für die Regierung nie eine Stütze gegen die Liberalen abgeben könnte. Jedenfalls konnte es der Kanzler noch nicht wagen, seine Politik wesentlich auf die Konservativen zu stellen. Mit dem Zentrum stand die Regierung in bitterster Fehde, noch war das Ende des Kulturkampfes nicht abzusehen. Wenn sich auch Windthorst bei kirchenpolitisch schärfster Opposition immer den Weg offen hielt, mit dem Kanzler seinen Frieden zu machen, so war doch nicht daran zu denken, daß diese Verständigung bald und überraschend für die Liberalen geschehen könnte. So bestimmten die Liberalen die Innenpolitik der siebziger Jahre in einem Maße, wie es vorher und nachher kaum wieder von einer Partei gesagt werden kann. Die kleinen Gruppen, Welfen, Polen und Elsässer kamen für die Regierungspolitik natürlich gar nicht in Frage, ebenso nicht die noch recht schwache Sozialdemokratie. Seit ihrer Gründung im Jahre 1867 unterstützte die große Nationalliberale Partei den Kanzler in Fragen der Außenpolitik unbedingt, in den Fragen der Innenpolitik versuchte sie, liberale Anschauungen zur Geltung zu bringen. Wie weit die Partei in jedem einzelnen Fall gehen konnte, darüber herrschten die größten Meinungsverschiedenheiten. Treitschke, Gneist, Schauß und Völck vom rechten Flügel unterschieden sich oft kaum von Freikonservativen; der linke Flügel versuchte dagegen, die Programmpunkte der alten Fortschrittspartei, der die Nationalliberalen entstammten, gegen die Regierung und den rechten Flügel des Hauses durchzusetzen. Bismarcks Innenpolitik wurde hier stets mit einem gewissen Mißtrauen verfolgt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß gerade auf dem linken Flügel der Nationalliberalen die besten und tüchtigsten Führer der Partei standen. Lasker, Rickert, Stauffenberg, Forckenbeck und Bamberger zählten nicht nur zu den besten Rednern, sondern auch zu den gewiegtesten Taktikern des Hauses. Zwischen diesen Flügeln stand die große Mitte, geführt von einem

Manne, der die Gabe des Ausgleiches und der Verständigung in ungewöhnlichem Maße besaß: Rudolf von Bennigsen. Zurückhaltend und vorsichtig griff er doch stets im rechten Augenblicke ein, um seine Partei auf eine bestimmte Formulierung zu einigen und dann mit Bismarck das Gesetz fertig zu bringen.

Hatte schon der linke Flügel der Nationalliberalen häufig Bedenken gegen die Innenpolitik des Kanzlers, so fehlte Bismarck die Zustimmung der Linksliberalen, der Fortschrittspartei, fast immer. Eigentlich hatten sie den Kanzler nur in der Kulturkampfgesetzgebung unterstützt und auch da nur mit halbem Herzen. Als Rest der alten preußischen Fortschrittspartei führten sie den Kampf der preußischen Konfliktszeit gewissermaßen noch fort, keine von ihren damaligen Forderungen ließen sie nach 1870 fallen. Daß dieses Verhalten mehr war als die persönliche Tradition des alten Parteiführers Hoverbeck, der 1861 zu den Gründern der Fortschrittspartei gehört hatte, zeigte sich darin, daß Richter später seine Politik jahrzehntelang fortgesetzt hat.

Für Bismarck war die innenpolitische Situation also sehr schwierig, und es kann nicht Wunder nehmen, daß er 1874 Anschluß sogar bei der Fortschrittspartei suchte.[3]) Hoverbeck beging damals den schweren Fehler, die Annäherung Bismarcks zurückzuweisen, und kränkte dadurch den Kanzler tief.

Dabei stand Bismarck vor schwierigen gesetzgeberischen Maßnahmen. Die Matrikularbeiträge waren 1871 nur als Notbehelf eingeführt, jetzt hielten sie die Etats der Bundesstaaten dauernd in Unordnung. In den nächsten Jahren mußten sie noch erheblich anwachsen, denn der normale Stand der Reichsausgaben war noch lange nicht erreicht. So konnten die Matrikularbeiträge, deren Beseitigung von allen Beteiligten als notwendig erkannt wurde, nur durch große, mit der Zeit wachsende Einnahmen zum Verschwinden gebracht werden.

Zunächst versuchte Bismarck es mit dem Reichseisenbahnsystem, wozu Artikel 41—47 der Verfassung gewisse Handhaben bot. Er fand aber nicht nur bei den Libralen im Reichstag, sondern auch im Bundesrat bei den Regierungen lebhaften Widerspruch. Da die direkten Steuern den Bundesstaaten vorbehalten waren, schlug Bismarck weiterhin im Reichstage vor, die indirekten Steuern und Zölle kräftig zu erhöhen gegen Aufhebung der weniger einträglichen Zölle, er wollte sich „auf das Gebiet eines reinen, einfachen Finanzzollsystems zurückziehen und alle diejenigen Artikel, die nicht hinreichenden Er-

[3]) J. a. R. I, S. 309 ff. — Parisius: Deutschlands politische Parteien, S. 204 ff. Richter ist völlig mit der Haltung Hoverbecks einverstanden gewesen.

trag geben, über Bord werfen, die zehn oder fünfzehn Artikel, die die größte Einnahme gewähren, so viel abgeben lassen, wie wir überhaupt aus den Zollquellen für unsere Finanzen nehmen wollen." [4]) Aber auch mit diesem radikal freihändlerischen Plan fand der Kanzler im Reichstage keine Gegenliebe, die Liberalen fürchteten für das Steuerbewilligungsrecht des Reichstages, denn indirekte Steuern und Zölle flossen ohne ihre Bewilligung in die Reichskasse. [5])

Bismarcks Bemühen schien zur Erfolglosigkeit verurteilt, sogar sein Rücktritt wurde wahrscheinlich. Am 29. März und 2. April 1877 reichte er sein Entlassungsgesuch ein. Der letzte Anstoß dazu war das „Ministerium Gladstone" [6]), in dem Stosch eine Hauptrolle von Bismarck zugeschrieben wird, die Veranlassung. Bei dieser Hofintrigue kommt für uns wesentlich nur die Haltung der Liberalen in Frage. Die Fortschrittspartei sah die Krise voller Hoffnung an. [7]) Sie glaubte an den Sturz des Kanzlers, ein Ministerium aus Nationalliberalen und Freikonservativen — etwa Bennigsen, Friedenthal, Udo Stollberg — und an Neuwahlen. In diesem Ringen vertraute sie auf ihre neue Organisation, an der Richter seit dem Frühjahr 1877 fieberhaft arbeitete. Man setzte im fortschrittlichen Lager auf eine Niederlage dieser mittelparteilichen Regierung, sah die Altkonservativen schon im Lager der Opposition, zweifelte nicht an der Oppositionstreue des Zentrums und malte die Zukunft mit diesem Wunschzettel in der Hand in den rosigsten Farben. Eine Neigung, die Regierung zu übernehmen, verspürte die Partei aber noch nicht. „Wenn wir die jetzt beginnende Übergangsperiode glücklich überwunden und in ungestörter friedlicher Entwicklung ein Jahrzehnt unter parlamentarischer Regierung zurückgelegt haben, dann erst würde es sich verlohnen, zu untersuchen, ob unsere Partei sich selbst als „regierungsfähig" betrachten darf." [8]) Aber auf die Fortschrittspartei kam es nicht an, sie blieb am „Ministerium Gladstone" unbeteiligt. In der Reichstagsrede vom 26. Juni 1884 sprach der Kanzler Richter ausdrücklich frei von der Teilnahme an diesem Komplott. „Er war nicht drin, diejenigen Herren, die drin sein wollten, bedurften aber

[4]) RST. 2 III 1, S. 251. — Am 22. Nov. 1875.

[5]) Die konstitutionellen Bedenken der Fortschrittspartei dargestellt bei Parisius, a. a. O., S. XV, Anm. 1.

[6]) Ged. u. Erinng. II, S. 162, 216, 225. — Richter J. a. R. II, S. 14 f.

[7]) Vgl. Parisius, a. a. O., Vorwort: „Die Kanzlerkrisis" (7. Dez. 1877). Diese Stellung wird auch Richters Ansicht sein, denn P. ist sein nächster politischer und persönlicher Freund.

[8]) Parisius: a. a. O., S. XXXVIII.

seiner Unterstützung vielleicht noch." [9]) — Bismarck meinte die Linksnationalliberalen. Doch er wird sich getäuscht haben. Nach einer ausführlich begründeten Auskunft, die ich dem noch in Danzig lebenden Sohn von Heinrich Rickert und dem damaligen politischen Redakteur der „Danziger Zeitung", Herrn Dr. Herrmann, verdanke, ist das Urteil erlaubt, daß auch Rickert gegen Bismarcks ausdrückliche Behauptung [10]) an diesem Plane unbeteiligt war. [11]) Somit kann von einer Gefahr für Bismarck, die vom Parlament ausging, kaum gesprochen werden. Sicher ist freilich, daß der Kanzler fest an eine Bedrohung von liberaler Seite geglaubt hat. Die Krise endete damit, daß Bismarck einen längeren Urlaub auf seinen Gütern verbrachte. Hier beschäftigte er sich wesentlich mit Wirtschaftsfragen.

Inzwischen vollzog sich nämlich in Deutschland langsam der Übergang vom Freihandel zum Schutzzoll. Urspünglich war der Norden und besonders der preußische Osten, also auch die konservativen Großgrundbesitzer und mit ihnen Bismarck, freihändlerisch gesinnt, denn der Osten führte Getreide aus und englische Industrieerzeugnisse ein. Der Süden und die zum Teil schutzzöllnerische Industrie des Westens konnten zur Zeit des Zollvereins nur ein paar sehr magere Zölle erreichen. Durch den deutsch-französischen Handelsvertrag von 1862 wurden die letzten Reste der Getreidezölle beseitigt, 1877 fielen die Eisenzölle ganz weg.

Doch damit kam der Rückschlag. Auf dem Weltmarkte erschien indischer und amerikanischer Weizen,, sowie russischer Roggen zu konkurrenzlos niedrigen Preisen. Bald war der deutsche Landwirt nicht mehr in der Lage, auf dem deutschen Markte selbst sein Korn gewinnbringend zu verkaufen. Verschärfend kam hinzu, daß nach dem Kriege 1870—1871 die Abwanderung der landwirtschaftlichen Arbeiter in die Industriegebiete einsetzte; die „Leutenot" im Osten begann. Gartenbau, Viehzucht und Forstwirtschaft litten ebenfalls unter der billigen ausländischen Konkurrenz und dem Druck der direkten Steuern, von denen die Grundsteuer am härtesten empfunden wurde. Gesund waren schließlich allein noch Brennereien und Zuckerfabriken. Immer deutlicher zeigte es sich, daß das Interesse der Landwirtschaft nicht mehr an billigen englischen Maschinen, sondern am Schutze des heimischen Marktes lag. Freiherr von Kardorff, der gleichzeitig landwirtschaftliche und industrielle Interessen vertrat, war mit seiner 1875 erschienenen Schrift „Wider den Strom" einer

---

[9]) RST. 5 IV 2, S. 1080.
[10]) Ged. u. Erinng. II, S. 225.
[11]) Daß Lasker einen Sturz des Kanzlers nicht wünschte, geht aus Richter: J. a. R. II, S. 14 f. hervor.

der ersten, die die Abkehr vom Freihandel forderten und Zölle für Landwirtschaft und Industrie.

Denn auch die Industrie bedurfte nach dem großen Krach, der die Gründerzeit abschloß, in ihrer Not der Schutzzölle, um sich gegen die erdrückende englische, französische und z. Tl. schon amerikanische Konkurrenz halten zu können. Zwar überstieg noch häufig der Export den Import, aber das Exportgeschäft war meistens nur zu Verlustpreisen möglich. Mit Sorge sahen die Bergwerks- und Hüttendirektoren in die Zukunft, denn durch die Aufhebung der Eisenzölle am 1. Januar 1877 war die Not noch verschärft worden. Neben der Eisenindustrie war besonders die Textilindustrie in Bedrängnis, namentlich durch englische und französische Konkurrenz.

Gegen die bis dahin allmächtige freihändlerische Doktrin setzten sich die Schutzzölle nur langsam durch. Die Reichstagsneuwahlen am 10. Januar 1877 brachten ihnen keine Erfolge, und bei dem Versuch, die Eisenzölle wieder einzuführen, holten sich die Schutzzöllner sogar eine glatte Niederlage.

Im Sommer und Herbst 1877 suchte Bismarck, der durch das Studium der wirtschaftlichen Verhältnisse und den Einfluß seiner Umgebung, namentlich Tiedemanns und Kardorffs, langsam Schutzzöllner wurde,[12]) die Nationalliberalen zum Eintritt in die Regierung zu bewegen. Er brauchte zu der dringend nötigen Steuerreform, die auf den Zöllen beruhen mußte, eine feste Mehrheit im Parlament. Dafür kamen nach Lage der Dinge nur die Nationalliberalen in Frage. Aber die Verhandlungen mit Bennigsen um die Jahreswende 1877/78 in Varzin zerschlugen sich, denn die Nationalliberalen forderten gegen Bennigsens Rat außer dem durch Bismarck angebotenen Eintritt Bennigsens ins Ministerium noch zwei Ministersessel für Forkenbeck und Stauffenberg. Diese Stärkung des linken Flügels lief aber gegen Bismarcks Absicht, zudem hatte der Kanzler schon mit Bennigsen allein große Schwierigkeiten beim Kaiser.[13]) Die Hoffnung, die Nationalliberalen allmählich für das Reformprogramm zu gewinnen, war also gescheitert.

Doch um dieselbe Zeit griffen die Konservativen das von Bismarck ausgegebene Stichwort vom „Schutze der nationalen Produktion“ auf. Dadurch wurde erstens die Aussöhnung der Partei mit Bismarck wesentlich erleichtert, und zweitens gewannen die Konservativen mit dieser Parole aus den Kreisen

[12]) Vgl. Thimme: Bismarck und Kardorff, S. 136 und die Aufzeichnungen Tiedemanns. Es kann keine Rede davon sein, daß Bismarck die Schutzzollpolitik „gemacht“ hätte, wie es Richter später erschien.

[13]) Oncken: Bennigsen II, S. 299 f., 340 f. Bismarck: Ged. u. Erinng. II, S. 210 ff.

des Mittelstandes viele neue Anhänger. Die Partei kräftigte sich und wuchs gleichzeitig in die Breite. Gegen die Liberalen, die mit alten Schlagworten kämpften, besaßen die Konservativen jetzt einen großen agitatorischen Vorsprung. [14])

Für Bismarck war jetzt der Weg gezeigt, seine Steuerreform zur Durchführung zu bringen: gelang es ihm, die noch uneinigen Schutzzöllner unter einen Hut zu bringen, [15]) namentlich die Verbindung herzustellen zwischen Agrariern und Industrieschutzzöllnern, so konnte er durch die Bildung von Interessengruppen den Widerstand der Parteien in die Luft sprengen. Richter erkannte deutlich die Gefahr. Daß Bismarck innerhalb der Parteien die Interessengruppen aufrief, betrachtete Richter mit Sorge für die Einheit des Reiches. Wurden dadurch nicht die alten Unterschiede zwischen konservativ und liberal verwischt, mußte die Einheit des Reiches nicht Schaden nehmen durch den allgemeinen Interessenkampf? „Etwas Reichsfeindlicheres als dieser Plan ist niemals geplant worden, das Sonderinteresse hier hineinzutragen in die politischen Parteien“ rief Richter aus. [16]).

Seine Befürchtungen trafen z. T. ein; Bismarck erreichte es, daß die materiellen Interessen in den Parteien die alten weltanschaulichen Grundlagen in den Hintergrund schoben. Das wurde dem Liberalismus zum Verhängnis.

Sobald daher Finanzminister Hobrecht als Einleitung der Steuerreform eine Vorlage über die Durchführung statistischer Erhebungen betreffend den Tabakbau und den Tabakhandel einbrachte, lehnte Richter aus diesen Befürchtungen ebenso sehr, wie aus wirtschaftlichen Gründen nicht nur die Vorlage, sondern auch jede weitere Erhöhung der indirekten Steuern und Zölle ab. Da aber die Mittelparteien sich abwartend verhielten, wurde die Vorlage trotzdem angenommen. Nach dieser Niederlage begann Richter eine großzügige Agitation gegen die neue Steuerpolitik Bismarcks. [17]) Im Gegensatz zu den

[14]) Ritter: Die preußischen Konservativen und Bismarcks deutsche Politik 1858—75, S. 375 f.

[15]) Bismarck mußte, wie er sich gegen Tiedemann aussprach, „den Schutzzöllnern einen Schnaps geben“, um die unbeliebten Finanzzölle mit durchzureißen. Tiedemann: a. a. O. II, S. 249 ff. Richter sah diese Absicht deutlich, er wollte — am 5. Mai 1879 RST. 4 II 2, S. 985 — für die zweite Beratung zwei getrennte Kommissionen einsetzen für Schutz- und Finanzzölle; sein Antrag wurde aber abgelehnt.

[16]) RST. 3 II 2, S. 1365, 17. Mai 1879.

[17]) Das folgende in seiner anonymen Broschüre: Gegen die Steuerprojekte des Reichskanzlers.

vielfachen Klagen finanzieller Art betonte Richter den konstitutionellen Wert der Matrikularbeiträge, die zudem ausgabesparend wirkten. Die Überweisungen von Reichsüberschüssen an die Einzelstaaten und Kommunen, wie sie Bismarck plante, zur Entlastung der drückenden direkten Steuern, schätzte Richter nicht hoch ein, weil in manchen Bundesstaaten, besonders in Preußen, die Volksvertretung das Steuerbewilligungsrecht nicht hatte und deshalb keine Gewähr dafür gegeben sei, daß die Überweisungen nicht irgendwo hängen blieben in gesteigerten Ausgaben. Statt der von Bismarck geplanten Reformen empfahl Richter die Einführung direkter Reichssteuern, besonders einer Reichseinkommensteuer, gründliche Reform und möglichst Aufhebung der Salz- und Rübenzuckersteuer, Ersatz der Maischraumsteuer des Branntweins durch eine Fabrikatsteuer und radikale Vereinfachung des Zolltarifs. Richters Reformprogramm, aufgebaut auf direkten Steuern, war also in fast jedem Satze das genaue Gegenteil von Bismarcks Plänen. [18])

So rangen Schutzzoll und Freihandel miteinander, und die Entscheidung schien noch in weitem Felde zu liegen, als das Hödelsche Attentat auf den Kaiser am 11. Mai 1878 die innenpolitische Lage mit einem Schlage veränderte. Schon am 20. Mai legte die Regierung dem Reichstage ein Sozialistengesetz vor, das aber wegen seiner übereilten Fassung vom Reichstag „nicht mit Unrecht" [19]) in großer Mehrheit abgelehnt wurde. Ebenso wie die Fortschrittspartei zählten auch die Nationalliberalen zur Opposition. Bismarck nahm die Ablehnung mit Gleichmut hin, [20]) eine Reichstagsauflösung hätte doch keine andere Zusammensetzung gebracht. Als aber am 2. Juni durch Nobiling das zweite Attentat auf den Kaiser verübt wurde, löste Bismarck den Reichstag auf. [21]) Jetzt konnte er die Nationalliberalen, die sein Steuerprogramm bisher nicht unterstützt hatten, züchtigen.

Die Neuwahlen wurden auf den 30. Juli festgesetzt. Im Vordergrund standen die Bekämpfung der Sozialisten und die Schutzzollfrage. Deshalb waren die Liberalen den meisten Angriffen ausgesetzt; man maß ihnen wegen der Ablehnung des ersten Sozialistengesetzes einen Teil der Schuld an dem zweiten Attentat zu, auch standen die bekanntesten und schärfsten Freihändler

[18]) Besonders betonte Richter die dringend nötige Reform der technisch allerdings völlig verfallenen Branntwein- und Zuckersteuer.

[19]) Tiedemann: a. a. O. II, S. 259.

[20]) ebenda, II, S. 260. Rechnete Bismarck damit, daß bald weitere Unruhen und Attentate folgen würden? Siehe S. 256.

[21]) Die Denkschrift über die Neuwahlen bei Kohl: Bismarck-Jahrbuch I (1894), S. 112 ff.

gerade in ihren Reihen. In der Abwehr stellte Richter die zu erwartenden Steuerforderungen in den Vordergrund, sein Flugblatt „200 Millionen neuer Steuern“ wurde in über 1 Million Exemplaren verbreitet und diente auch zur Unterstützung nationalliberaler Kandidaten.[22]) Richters Gegner operierten in Hagen besonders mit der Schutzzollfrage, sogar solche Leute, die Richter selbst nach Hagen gerufen hatten, waren Schutzzöllner geworden. Fritz Harkort, dessen Nachfolger im Mandat Richter war, und Louis Berger-Witten gehörten zu diesen Kreisen. Richter siegte daher erst in der Stichwahl am 9. August, weil das Zentrum für ihn den Ausschlag gab.

Wie zu erwarten gewesen war, brachten die Wahlen der Regierung einen großen Sieg, aber es kam doch nicht zu einer gouvernementalen Mehrheit. Der Fortschritt rettete von seinen 36 Sitzen 27, das war, gemessen an der Ungunst der Verhältnisse, keine vernichtende Niederlage. Und doch begann mit dem 30. Juli 1878 ein neuer Abschnitt der Innenpolitik. Bismarck hatte sein Ziel erreicht: Die nationalliberale Partei verlor ihre beherrschende Stellung, denn auch das Einverständnis der Konservativen mit dem Zentrum genügte jetzt für eine Bewilligung. Dadurch konnte das Zentrum fortan maßgebend in die Gesetzgebung eingreifen. Windthorsts Stunde war gekommen. Nachdem seine Partei der Regierung tatsächlich in der Schutzzollpolitik wesentliche Dienste geleistet hatte, war der Abbruch des Kulturkampfes nur eine Frage der Zeit und der parlamentarischen Taktik. Die Niederlage der Nationalliberalen schwächte die befreundete Fortschrittspartei mehr, als die Minderung der eigenen Mandatszahl. Von dem Schlag, den der Liberalismus am 30. Juli 1878 erlitt, hat er sich nie wieder erholt. Der Zerfall der Nationalliberalen begann.

Der neue Reichstag, der am 9. September 1878 eröffnet wurde, nahm schon am 19. Oktober das in verbesserter Fassung vorgelegte Sozialistengesetz gegen die Stimmen des Zentrums, der Fortschrittspartei und der Sozialdemokraten mit der wichtigen Änderung an, daß die Gültigkeitsdauer auf 2 ½ Jahre beschränkt wurde. Noch am selben Tage wurde die Session geschlossen.

Von gleicher Wichtigkeit wie die Annahme des Sozialistengesetzes war es, daß am 17. Oktober, unmittelbar vor Sessionsschluß, Freiherr von Varnbüler in der „Freien wirtschaftlichen Vereinigung“ 204 Reichstagsabgeordnete, also mehr als die Hälfte, zu einer Kundgebung vereinigte, die eine Reform des

---

[22]) J. a. R. II, S. 69. Tatsächlich hatte Richter die schwebenden Steuerprojekte ungefähr richtig geschätzt, er wurde in keinem einzigen der gegen ihn angestrengten Prozesse verurteilt.

Zolltarifes verlangte.[23]) Zwar hatte der „Antrag der 204" für die zu Ende gehende Session keinerlei Bedeutung mehr, desto wichtiger aber wurde er für die Folgezeit, denn der Kanzler konnte nach dieser Aufforderung und nach Sondierung der Bundesstaaten aus seiner vorsichtigen Reserve heraustreten. Am 24. Dezember wurde als „Weihnachtsbescherung" eine Denkschrift Preußens an den Bundesrat veröffentlicht auf Einsetzung einer Kommission zur Revision des Zolltarifs.

[23]) Nach Richter J. a. R. II, S. 91 hat Bismarck mit Varnbüler schon am 10. Oktober eine Besprechung gehabt. Zu den 204 stellte das Zentrum den stärksten Stamm, — Bachem III, S. 369 ff. — von den Nationalliberalen traten 27 Abgeordnete bei, die zum großen Teil aus der Industrie stammten, dazu kamen noch Abgeordnete der Konservativen und der Reichspartei.

Kap. 2: **Die Session von 1879 — Der Kampf um die Schutzzölle.**

Nachdem in der Denkschrift an den Bundesrat die Ziele des Kanzlers offen dargelegt waren, eröffnete Richter das Jahr 1879 mit einer lebhaften Agitation gegen die Schutzzölle. Vorher hatte er auf dem Parteitage der Fortschrittspartei vom 24. bis 26. November 1878 das veraltete preußische Programm vom 9. Juni 1861 durch ein neues, deutsches ersetzen lassen, und es erreicht, daß er als Parteiführer durch straffe Zusammenfassung die Partei fest in die Hand bekam. So gerüstet nahm Richter den Kampf gegen die Schutzzölle mit wahrer Inbrunst auf. „Der Schutzzoll setzt eine Prämie darauf, daß im Inlande Kapitalien und Arbeitskräfte sich einer bestimmten Produktionsart zuwenden. Im Gegensatz zu einer wirklich nationalen, d. h. der Eigenart des Landes, dem Klima, den eigentümlichen Naturschätzen, der Lage, der besonderen Geschicklichkeit der Unternehmer und Arbeiter, sowie der historischen Entwicklung entsprechenden Volkswirtschaft wird dadurch die Produktion auf Zweige geleitet, in welchen Kapital und Arbeit minder vorteilhaft produzieren können, und nur der Schutzzoll den wohlfeileren Bezug aus dem Auslande verhindert. . . . . . Die künstlich verteuerte Ernährung des Volks und die verteuerte Produktion erschwert die Konkurrenz auf dem Weltmarkt und ist daher für Staaten, wie Deutschland, bei deren Fabrikation der Export den Import übersteigt, von vernichtender Wirkung.“ [1])

Das war Richters wirtschaftliches Glaubensbekenntnis. Sein Schlagwort, dem „Recht der nationalen Produktion“ nachgebildet, lautete: „Recht der nationalen Konsumtion“. „Ich gönne der Landwirtschaft die freie Ausfuhr, verlange aber dafür die freie Einfuhr“. [2]) Im Februar, März und April fanden zahlreiche fortschrittliche Versammlungen gegen die Zollvorlage statt. Richter wollte in der breiten Öffentlichkeit Lärm schlagen über Bismarcks Steuerpläne; von dieser Absicht sind auch seine Reichstagsreden beherrscht. [3]) Die Etatsberatungen und die Beratungen über die Verlängerung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages waren für Richters Zweck vorzüglich geeignet. Er stellte die neue Wirtschaftspolitik als sachlich unbegründet und nur als Mittel zum Zweck für Bismarcks Innenpolitik hin. Bismarck sei mit derselben Energie

---

[1]) Richter: „Die neuen Zoll- und Steuervorlagen“, S. 19.

[2]) Reichshallenversammlung in Berlin am 27. Januar 1879, Broschüre: Gegen Kornzölle, S. 25.

[3]) J. a. R. II, S. 104.

1862 für den freihändlerischen Handelsvertrag mit Frankreich eingetreten. Durch diese scharfen Angriffe in- und außerhalb des Parlaments wollte Richter eine günstige Plattform gewinnen für die Beratung der Zollvorlage.

Die Beratung der Zollvorlage begann erst nach den Osterferien am 2. Mai. Bismarck eröffnete die Debatte mit einer großen programmatischen Rede.[4]) Er betonte die Notwendigkeit, die Matrikularbeiträge zu beseitigen und die Last der direkten Steuern durch die leichter zu tragenden indirekten Steuern zu erleichtern. Als Ziel schwebte dem Kanzler vor, die Gebäude- und die Klassensteuer den Kommunalverbänden zu überweisen, die Klassensteuer sogar am liebsten ganz abzuschaffen und die Einkommensteuer nur von fundiertem Einkommen, mindestens aber nicht von den Staatsbeamten zu erheben.[5]) Die Belastung der Landwirtschaft schilderte Bismarck in den lebhaftesten Farben; als geringen Ausgleich für die ungerechte, weil viel zu hohe Besteuerung des landwirtschaftlichen Einkommens forderte er Getreidezölle; die Industrie sah der Kanzler in Gefahr, sogar den deutschen Markt zu verlieren; auch hier könne allein der Schutzzoll helfen. „Ich sehe, daß die Länder, die sich schützen, prosperieren, ich sehe, daß die Länder, die offen sind, zurückgehen."[6]) So forderte der Kanzler aus wirtschaftlichen Gründen die Rückkehr zu einem gemäßigten Schutzzoll.

Richter kam nicht sofort zur Entgegnung. Inzwischen erschien am 3. Mai Windthorst zum ersten Male seit 1869 auf der parlamentarischen Soiree des Reichskanzlers. Das erregte ungeheures Aufsehen. Wenn das Zentrum sich dem Kanzler näherte und sich für Schutzzölle entschied, dann mußte der Freihandel bis auf den letzten Mann geschlossen kämpfen; Richter versuchte am 5. Mai die Liberalen zu schärfster Gegnerschaft gegen den Schutzzoll zu gewinnen,[7]) denn allein vom rücksichtslosen Kampf versprach er sich Erfolg.

Nach heftigen Angriffen auf die wirtschaftlichen Ausführungen Bismarcks und das Schutzzollsystem verwarf Richter das Reformprogramm der

[4]) RST. 4 II 2, S. 927 ff.

[5]) Richter zählte alle diese Anregungen, die er als „Versprechungen" wertete, zusammen und schätzte danach einen Bedarf von mindestens 120 Millionen Mark, dazu käme noch der Mehrbedarf des Reiches und der Einzelstaaten mit 145 Millionen, zusammen 265 Millionen gegen 166, die die neuen Steuern und Zölle nach seiner Schätzung einbringen würden. (J. a. R. II, S. 111.) Diese Rechnung auf Bismarcks Kosten war für Richter ein erstklassiges Agitationsmaterial.

[6]) RST. 4 II 2, S. 932.

[7]) RST. 4 II 2, S. 973 ff.

Regierung als völlig ungenügend. Die Fortschrittspartei stehe ihm „durchaus negativ“ gegenüber, denn zur „Reform“ fehlten bis jetzt die Steuerermäßigungen. Der Kanzler habe zwar, um die Vorlage schmackhaft zu machen, gezeigt, was er an Steuererlassen gern geben möchte, aber nicht, woher er die nötigen Mittel nehme. Er habe nach allen Seiten Staatshilfe versprochen. Richter brandmarkte ein solches Verfahren als sozialistisch, ähnlich sei Ferdinand Lassalle vorgegangen.[8])

Zu den wirtschaftlichen Bedenken kamen für Richter die politischen. Nach seiner Schätzung wurden schon durch die Schutzzölle die Matrikularbeiträge zum Verschwinden gebracht, im Falle der Bewilligung von Finanzzöllen befürchtete Richter durch Steuerbewilligungen im voraus eine ungerechtfertigte Steigerung der Ausgaben. Erst wollte er prüfen, dann das Geld hergeben. Abgesehen davon, hatte die Vorlage für Richter, wenn nicht das Geldbewilligungsrecht des Reichstages erweitert wurde, geradezu die Richtung auf den Absolutismus, weil die Steuerquellen von selbst, ohne Genehmigung der Volksvertretung, flossen. Hier sah Richter konstitutionelle Gefahren, eine Unterhöhlung des Budgetrechtes, und daher rief er zum Schluß alle, die mit der Fortschrittspartei in der Hauptsache auf demselben Standpunkt stünden, zum Zusammenschluß auf. „Die wirtschaftliche Freiheit hat keine Sicherheit ohne politische Freiheit, das erfahren wir jetzt, und die politische findet ihre Sicherheit nur in der wirtschaftlichen Freiheit. Mag es sein, daß wir im Augenblick zurückgedrängt werden, einzelnes verlieren, harren wir aus, so wird, so wahr dieses deutsche Reich eine Zukunft hat, schließlich der Sieg doch unser bleiben.[9])

Aber am 6. Mai sprach Bennigsen, bei dem jetzt die Entscheidung lag, zur Entrüstung des linken Flügels seiner Partei und der Fortschrittspartei, in regierungsfreundlichem Sinne. Was Richter nicht anerkennen wollte, erkannte er an, die Notwendigkeit vermehrter Reichseinnahmen, er erklärte sich sogar zu Finanzzöllen in erheblichem Umfange bereit. Bennigsen konnte bei der Annäherung Windthorsts an den Kanzler nicht anders handeln, wollte er sich nicht in eine unmögliche Lage bringen und den Kanzler zu dem Bündnis mit dem Zentrum förmlich drängen. Allerdings drohte nach der Rede Bennigsens ein Auseinanderfallen der nationalliberalen Partei. Der linke Flügel teilte weithin die Bedenken Richters, er hatte sich außerdem schon stark gebunden in freihänd-

[8]) Derselbe Vorwurf bei der dritten Lesung der Zollvorlage — 11. Juli 1879 RST. 4 II 3, S. 2292. „Wir rufen das Klasseninteresse nicht auf, sondern der Herr Reichskanzler hat es getan. Das ist viel gefährlicher, als die sozialistische Agitation von der anderen Seite.“

[9]) RST. 4 II, S. 987.

lerischem Sinne und konnte und wollte in dieser Frage nicht nachgeben. Forckenbecks Rede auf dem Berliner Städtetag am 17. Mai schmeckte stark nach Sezession, er rief das liberale Bürgertum auf zum Kampf: „Zurück auf die Schanzen“.[10]) Der Reichstagspräsident stellte sich also in starken Gegensatz zur schutzzöllnerischen Mehrheit des Reichstags, und so wurde sein Austritt aus dem Präsidium, und der seines Freundes Stauffenberg unvermeidlich. Daß das Zentrum bei der Ersatzwahl in Freiherrn von Franckenstein den ersten Vizepräsidenten stellte, geschah nicht ohne Einwirkung Bismarcks auf die Konservativen durch seinen Sohn Graf Wilhelm.[11])

Das Zusammenwirken des Zentrums mit der Regierung zeigte sich am deutlichsten bei der Entstehung der „Franckensteinschen Klausel“. Die Forderungen der Regierungen gingen über den augenblicklichen Mehrbedarf des Reiches von etwa 130 Millionen Mark hinaus, und daher verlangten das Zentrum sowohl, wie die Nationalliberalen „konstitutionelle Garantieen“. Beide Parteien wollten ebensowenig wie Richter die Macht des Reichstages geschmälert wissen dadurch, daß sie der Regierung auf Jahre hinaus Geld im Überfluß bewilligten, aus Quellen, die von Jahr zu Jahr mit steigendem Verbrauch größere Einnahmen gewähren mußten, aber sie waren darin beweglicher als Richter, daß sie nicht beim einfachen Nein stehen blieben, sondern Gegenvorschläge machten. Bennigsen verlangte die Quotisierung der Salzsteuer und des Kaffeezolls, aber das Zentrum trug den Sieg davon über die Nationalliberalen mit der „Franckensteinschen Klausel“, nach der die Bundesstaaten einen Teil der neuen Reichseinnahmen erhielten[12]) Die endgültige Formulierung vom Ministerialdirektor Aschenborn lautete: „Derjenige Betrag, der Zölle und der Tabaksteuer, der 130 Millionen Mark in einem Jahre übersteigt, ist den einzelnen Bundesstaaten zu überweisen nach Maßgabe der Bevölkerung, womit sie zu den Matrikularumlagen herangezogen werden“. Die Matrikularbeiträge blieben also formell bestehen, Bismarck mußte scheinbar den Zweck der Steuerreform, die finanzielle Selbständigkeit des Reiches, aufgeben, aber wenn bei der Abrechnung die Einzelstaaten Geld vom Reiche erhielten, statt, wie bisher, herauszuzahlen, so konnte das ihre Reichsfreudigkeit nur erhöhen.

[10]) J. a. R. II, S. 120. Rachfahl: a. a. O., S. 302, Philippson: a. a. O., S. 319.

[11]) J. a. R. II, S. 124.

[12]) Siehe aus der sehr zahlreichen Literatur besonders Richter: J. a. R. II, S. 127 ff., Bachem III, S. 376 ff., Oncken: Bennigsen, Bd. II, S. 412 ff.

Damit war die Entscheidung gefallen, die Rechte und das Zentrum waren stark genug, die Annahme der Vorlage zu sichern. Es gelang sogar den Schutzzöllnern noch, in der dritten Lesung die Eisenzölle zu erhöhen und die Kornzölle zu verdoppeln (11. Juli 1879). Richter war ohnmächtig, auch die zeitweilige Unterstützung durch einen Teil der Nationalliberalen änderte daran nichts. Bennigsen hatte die größte Mühe, seine Partei zusammenzuhalten. Die Nationalliberalen stimmten noch geschlossen gegen die Franckensteinsche Klausel, aber bei der Gesamtabstimmung über den Zolltarif fiel die Fraktion auseinander. Der rechte Flügel unter Schauß und Völck, 15 Mann stark, stimmte im Gegensatz zur Mehrheit der Fraktion für die Vorlage und trat aus der Fraktion aus.

Die Niederlage Richters, die er mit der Annahme des Zolltarifes erlitt, war entscheidend für seine Stellung zur Regierung, und zwar für immer. Richter war ein Mann, bei dem die Veranlagung für finanzielle und volkswirtschaftliche Probleme und die Vorliebe für Zahlen so ungewöhnlich stark ausgeprägt war, daß man nur schwer der Versuchung widersteht, den anerkannt gründlichsten Kenner des Etats in beiden Parlamenten sich als Finanzminister vorzustellen. Durch seine Jugendeindrücke und die Beobachtungen im Staatsdienste wurde die in seinem Charakter liegende Neigung zur Kritik wohl stärker wachgerufen, als für den späteren Parteiführer gut war. Stimmungsgemäß ging er lieber mit ganzer Überzeugung als aufrechter, charakterfester Mann gegen die Regierung, als daß er ihr auf halbem Wege entgegen kam, wie es Bennigsens vermittelnder Natur entsprach. Jetzt wurde Richter an seinem empfindlichsten Punkte getroffen: der von Bismarck und der „Reaktion“ protegierte Schutzzoll setzte sich durch gegen den Freihandel, den Richter in seiner klassischen Form mit aller Schärfe und großem Feuer vertrat. Die Bildung von Interessengruppen im Reichstag und das notwendige do ut des innerhalb der Schutzzöllner empörte den ideal denkenden Richter, der im Sinne des Artikels 29 der Verfassung [13]) Vertreter zum Wohle des ganzen Volkes sein wollte, tief. Es kam hinzu, daß er klar erkannte, wie Bismarck die Schutzzollfrage dazu benutzte, die widerspenstigen Liberalen matt zu setzen, und wie das Zentrum die sich bietende Gelegenheit zur Mitarbeit bereitwillig ergriff. Die Sprengung der Liberalen gelang dem Kanzler nur zu gut. Da wurde Richter der unversöhnliche Feind Bismarcks, er sah im Kanzler das Unglück des Liberalismus und deshalb, weil er sich den modernen Staat nur

[13]) „Die Mitglieder des Reichstages sind Vertreter des gesamten Volkes und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden.“

als liebralen denken konnte, auch das Unglück Deutschlands. Alles, was Bismarck tat, erschien Richter widersinnig, absolutistisch, reaktionär; alles Unheil ging nur vom Kanzler aus. Daher konnte es gegen Bismarck nur rücksichtslosen Kampf geben, durch eine Verständigung hätte Richter geglaubt, sich am Schicksal Deutschlands zu versündigen. Dadurch verlor Richter, ohne sich dessen bewußt zu werden, die nötige Sachlichkeit bei der Prüfung von Regierungsvorlagen. Bis zum Abgange des Kanzlers ändert sich an dieser Stellung Richters zu Bismarck grundsätzlich nichts. Bismarck erkannte, daß sein Gegner unversöhnlich war und trieb ihn durch gereizte Angriffe noch mehr zur Opposition, Richter seinerseits machte auch keinen Verständigungsversuch.

Immer mehr traten die Härten und Kanten seines Charakters nach 1879 in den Vordergrund. Richters Erbitterung war grenzenlos, heftig griff er die Verbindung der Rechten mit dem Zentrum an [14]), heftiger noch den Kanzler: „Ehe nicht das ganze Regierungssystem des Kanzlers aufhört, ehe nicht der Kanzler selbst aufhört zu regieren, eher wird Deutschland nicht wieder zur Ruhe kommen . . . es gibt keine andere Hilfe, als daß man angesichts der Lage des Landes sich aufrafft zu dem, was wir sein sollen, zu Männern, die furchtlos und frei aussprechen, was das Land empfindet: „Der Herr Herr Reichskanzler — Fürst Bismarck — muß fort von seinem Platze." [15])

Aber im Herbst bei den preußischen Landtagswahlen folgte das Land der Parole „Fort mit Bismarck" nicht; zwar wählten die Städte noch meist liberal, aber das platte Land wählte konservativ, weil es schutzzöllnerisch war. So wiederholte sich trotz Richters verzweifelter Anstrengung die Niederlage vom 30. Juli 1878 am 7. Oktober 1879 im verstärkten Maße, und zwar für beide liberale Parteien. [16]) Die Nationalliberalen erhielten 90 (statt 171), die Fortschrittspartei 35 (statt 62) Sitze, das war fast eine Halbierung. Mit der liberalen Mehrheit, die seit dem Beginn der „Neuen Ära" in Preußen bestand, war es aus für immer, fortan bestimmten in Preußen fast allein die Konservativen den Gang der Gesetzgebung.

[14]) Z. B. „Der liberale Wähler" 1879, S. 37: „Die Regierungsparteien verbrüdern sich also mit einer Partei, welche nicht etwa, wie andere Parteien, bestehende Gesetze auf gesetzmäßige Weise geändert haben will, sondern offen den Ungehorsam gegen rechtsgültig bestehende Gesetze predigt und verteidigt . . . Niemals hat eine Oppositionspartei, wie die Fortschrittspartei das gleiche getan."

[15]) RST. 4 II 3, S. 2096 — 7. Juli 1879.

[16]) Rachfahl: a. a. O., S. 305 f., Richter: J. a. R. II, S. 141 ff., Bachem III, S. 395 ff.

Kap. 3: **Die Session von 1880.**

Die Militärvorlage. — Das Tabakmonopol. — Der Hamburger Zollanschluß.

Richter selbst sah in der preußischen Wahlniederlage nur eine Episode. Offen gab er zu: „Die Liberalen haben bei den Wahlen eine Niederlage erlitten, weit schwerer, als sie von irgend einer Seite befürchtet oder gehofft wurde.“ Die Fortschrittspartei brauche aber den Mut nicht sinken zu lassen. [1]) Richters Agitation wurde nur noch heftiger, seine Tätigkeit im Reichstag nur noch lebhafter.

Die großen Vorlagen dieser Session, nicht nur den Versuch der Regierung, zweijährige Budgets und Reichstagssessionen einzuführen, sondern auch die Militärvorlage, betrachtete Richter mit Argwohn. Mit einigen wesentlichen Änderungen — die wichtigste war die Einführung der Übungspflicht für die Ersatzreserve — beantragte die Regierung eine Neufestsetzung der Friedenspräsenzstärke auf 7 Jahre, also vom 1. April 1881 bis 31. März 1888. Zugleich wurde die Präsenzstärke erhöht und dem Stande der letzten Volkszählung vom 1. Dezember 1875 angepaßt. [2]) Daß die Regierung sich mit der Festsetzung auf 7 Jahre begnügte, beweist, daß sie gewillt war, an dem 1874 geschlossenen Kompromiß festzuhalten. Man darf das zweite Septennat natürlich nicht allein vom innenpolitischen Standpunkt aus beurteilen, sondern muß berücksichtigen, daß die außenpolitische Lage, unmittelbar nach dem Berliner Kongreß, sehr undurchsichtig und für Deutschland keineswegs unbedenklich war. Zum ersten Male war in einer Militärvorlage von der Sicherheit im Osten die Rede. In seiner einleitenden Rede [3]) am 1. März betonte der Kriegsminister von Kameke diesen außerordentlich wichtigen Gesichtspunkt sehr stark. Gegen den Versuch, der von liberaler Seite bestimmt zu erwarten war und von Richter auch später gemacht wurde, mit dem Hinweis auf die kurze Übungszeit der Ersatzreserve die alte Forderung der zweijährigen Dienstzeit gestärkt zu wiederholen, verwahrte sich der Minister von vornherein. Die Ersatzreserve sei Nachersatz, „es geht allenfalls, weil derselbe in die geschulten Truppen hineingestellt wird.“ [4]) Kameke wies besonders auf das zweifache

---

[1]) In der „Parlamentarischen Korrespondenz“ vom 12. Oktober — nach J. a. R. II, S. 144.

[2]) 1 % der Bevölkerung, 427 274 Mann gegen bisher 401 659.

[3]) RST. 4 III 1, S. 170 f.

[4]) RST. 4 III 1, S. 170.

Entgegenkommen der Regierungen hin, die erstens die Zahl der übenden Ersatzreservisten jährlich vom Reichstag durch Gesetz feststellen ließen, und zweitens zur Ersparnis wenig neuer Formationen, fast gar keine Stäbe, überhaupt keine Kavallerie und reitende Artillerie anforderten.

Der erste Redner nach Kameke war Richter.[5] Er griff zunächst die außenpolitischen Darlegungen des Kriegsministers an und zerpflückte die Motive mit einer großen Summe von Einzelzahlen nach langem Studium der europäischen Militärverhältnisse. Im übrigen brachte Richter dieselben Gründe vor wie 1874, er warnte vor einer Überschätzung der Militärvorlage, vor großen Worten und allgemeinen europäischen Wendungen. Dann sprach er von den wirtschaftlichen Folgen der Heeresverstärkung. Der Reichstag habe die Aufgabe, die militärische Seite der Vorlage mit der finanziellen auszugleichen. „Dieser Ausgleich muß gefunden werden auch im militärischen Interesse, im Interesse der Wehrkraft selbst, weil doch zuletzt die Nachhaltigkeit der Wehrkraft selbst wesentlich bedingt ist durch die wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte.[6]) Die Prüfung durch den Reichstag mußte nach Richters Auffassung gerade jetzt um so sorgfältiger sein, als nach seiner Meinung der wirtschaftliche Körper der Nation durch die Schutzzölle geschwächt war. Für Richter stand die wirtschaftliche Frage so im Vordergrunde, daß er als einziger Redner von den großen Parteien zu einer Ablehnung der Übungspflicht bei der Ersatzreserve kam; sie belaste den einzelnen und die Volkswirtschaft zu stark.

Zum Schluß ging Richter auf die Dauer der Bewilligung ein und verwarf das neue Septennat mit den alten konstitutionellen Gründen, die seine Partei seit 1861 für die jährliche Festsetzung der Heeresstärke anführte. Richter führte den alten Kampf mit den alten Schlagworten. „Wie in keinem Lande der Welt gehören nach meiner Auffassung das deutsche Heer und der deutsche Reichstag zusammen. Der deutsche Reichstag bedarf einer stehenden Armee ebenso wie die Krone, und das deutsche Heer bedarf eines angesehenen Reichstages als eines Faktors der deutschen Einheit. Die deutsche Armee und der deutsche Reichstag sind beides gleiche Grundpfeiler der deutschen Einheit, und je weniger man ihr Verhältnis unter ein Ausnahmerecht stellt, um so fester wird der Zusammenhang, um so tüchtiger werden sich beide als Unterlage erweisen des nationalen Baues der deutschen Einheit!“[7])

Weil das Zentrum aus wirtschaftlichen Gründen — es wollte die Mittel

[5]) RST. 4 III 1, S. 171 ff.
[6]) RST. 4 III 1, S. 173.
[7]) RST. 4 III 1, S. 181.

aus der Zollreform behalten für Steuerermäßigungen — das Septennat ablehnte, nahmen die Nationalliberalen die Vorlage an, in Vergeltung für die Franckensteinsche Klausel, freilich forderte ihr linker Flügel durch Stauffenberg ein Triennat, aber das gefährdete das Zustandekommen des Septennates nicht. Windthorst schloß sich der Stauffenbergschen Forderung an,[8]) er war über den langsamen Abbruch des Kulturkampfes verärgert[9]) und tat nichts dagegen, daß seine Fraktion durchweg im Plenum und in der Kommission mit der Fortschrittspartei gegen die Regierung stimmte. Wegen dieser Haltung des Zentrums konnte Richter in der zweiten Beratung am 9. April 1880 noch einmal den Versuch machen, die Vorlage zu Fall zu bringen.[10]) Sein Hauptangriff galt dem dritten Dienstjahr. Die Nationalliberalen bekamen wegen ihrer regierungsfreundlichen Haltung scharfe Worte zu hören, ihre Kompromißtaktik sei durchaus verfehlt, Bennigsens Politik führe dazu, den Unterschied zwischen liberal und konservativ immer mehr zu verwischen, das Volk immer mehr zur Gouvernementalität zu erziehen und politisch gleichgültig zu machen.

Diese Angriffe auf die Nationalliberalen führten zu einer scharfen Auseinandersetzung Rickerts mit Richter. Rickert wünschte zwar nicht eine Bewilligung auf 7 Jahre, sondern höchstens auf 5, er hielt aber die Notwendigkeit der Vorlage für erwiesen und stimmte ihr zuletzt sogar zu. Diese Haltung war in Richters Augen für einen entschieden Liberalen unmöglich. Anders als Rickert lehnte Richter einen Kompromiß stets ab, wenn er gegen eine Bestimmung der Vorlage — hier war es die siebenjährige Dauer — prinzipielle Bedenken hatte. „Sie unterschätzen den Reichskanzler", rief er Rickert zu,[11]) „einem solch großen Mann, wie dem Reichskanzler, einem solch starken Mann, wie dem Reichskanzler, dem kann man nicht mit Halbheiten, mit Schwächen gegenüber treten, sondern man kann ihm nur bis zu einem gewissen Maße Halt und Zügel anlegen, wenn man selbst einen ganz bestimmten klaren Standpunkt einnimmt. . . . . . Nein, wir wollen die Grundsätze des Liberalismus rein erhalten, damit sie wieder stärker werden, um in der Gegenwart nachhaltig zu verteidigen, was wir an liberalen Errungenschaften besitzen, und zurückzuerobern, was uns jetzt davon verloren gegangen ist." Mit dieser Taktik hätten sich die Liberalen von jeder Mitarbeit an der Regierung ausgeschlossen, und den Konservativen und dem Zentrum das Feld überlassen. Kompromisse

[8]) Am 2. März RST. 4 III 1, S. 207 f.
[9]) Bachem: III, S. 415.
[10]) RST. 4 III 1, S. 585 ff.
[11]) 15. April 1880, RST. 4 III 2, S. 714.

waren in der Bismarckschen Zeit von keiner Partei zu vermeiden, und deshalb nannte Rickert, der diese Schwäche der Richterschen Position klar erkannte, die Politik der Fortschrittspartei seit 1867 Illusionspolitik, er wollte dem Liberalismus durch die Mitarbeit an der Regierung wenigstens einen beschränkten Einfluß sichern.

An dieser Frage schieden sich die Geister: Die Nationalliberalen, auch die vom linken Flügel, hatten zum Staate, und damit zu Bismarck, ein viel näheres Verhältnis, als die Fortschrittspartei im allgemeinen und Richter im besonderen. Betrachtet man das „Rededuell mit Rickert" [12]), so versteht man es nicht, daß Rickert und Richter später solange in Fraktionsgemeinschaft gestanden haben, man begreift es aber sehr leicht, weshalb es 1893 gerade aus Anlaß einer Militärvorlage zum Bruch kam.

Das Steuerreformprogramm Bismarcks war mit der Annahme des Zolltarifes nocht nicht abgeschlossen, denn einmal war die Vorlage nicht unverkürzt vom Reichstag angenommen worden, dann aber waren auch die Kosten der neuen Heeresverstärkung hinzugekommen. Daher standen zur eigentlichen Reform, zum Erlaß direkter Steuern, nur ungenügende Mittel zur Verfügung. Bismarck hatte schon früh die Absicht, sein Reformwerk zu krönen durch das Tabakmonopol; er versprach sich von dieser Einrichtung große, mit der Zeit wachsende Einkünfte, durch die die finanzielle Selbständigkeit des Reiches in Zukunft sichergestellt werden konnte. Schon bei der Vorlage Hobrechts, [13]) nach der eine Kommission über die Tabakbesteuerung eingesetzt wurde, sprach die Regierung vom Monopol, aber die Kommission lehnte diesen Plan ab. Es kam in Konsequenz der Zollerhöhungen und unter dem Druck des Monopolplanes 1879 nur zu einer kräftigen Erhöhung der Tabaksteuer und des Tabakzolls, die freilich von der Regierung für ungenügend erklärt wurde.

Nun tauchten im Frühjahr 1880 die ersten bestimmten Gerüchte über ein Tabakmonopol auf. Richter horchte auf. Noch bevor die Pläne der Regierung dem Reichstage vorlagen, beantragte er am 7. April namens der Fortschrittspartei [14]) eine Erklärung des Reichstages, „daß er eine weitere Erhöhung der Tabaksteuer oder die Einführung des Tabaksmonopols für wirtschaftlich, finanziell und politisch durchaus ungerechtfertigt erachtet." Richter hatte gegen die höhere Besteuerung des Tabaks dieselben schweren grundsätzlichen Bedenken, die er gegen jede indirekte Steuer hatte, außerdem war ihm, als

[12]) J. a. R. II, S. 151, so genannt.
[13]) S. o. Seite 14.
[14]) RST. 4 III 4, S. 623, Anl. 80.

dem geschworenen Freihändler, der Staatsbetrieb an sich unsympathisch: Er hielt ihn für unwirtschaftlich, auch wollte Richter nicht eine große Anzahl Menschen in wirtschaftliche Abhängigkeit von der Regierung bringen. So baute er beizeiten vor.

Richter hatte den richtigen Augenblick erfaßt, sein Antrag war nicht nur für die Regierung unbequem, er zwang auch die Nationalliberalen und das Zentrum zu bestimmten Erklärungen gegen das Monopol,[15]) denn ein Angriff des Fortschritts hätte besonders die Nationalliberalen bei den nächsten Wahlen schwer getroffen, wenn der Gegner eine solch zugkräftige Wahlparole besaß. Andererseits wollten die Mittelparteien sich natürlich auch nicht vom Fortschritt ins Schlepptau nehmen lassen, daher einigten sie sich unter Vermittlung des seit dem 15. März 1880 fraktionslosen Lasker zu einem milderen Antrag,[16]) in dem sie die Erwartung aussprachen, daß das Einverständnis über die Tabakbesteuerung, das in der letzten Session mit der Regierung getroffen war, nicht in Frage gestellt würde, durch den Antrag auf ein Tabakmonopol.

Seinen Zweck hatte Richter also damit erreicht: Die Einbringung einer Tabakmonopolvorlage war vorerst unmöglich. Auf die Form der Ablehnung konnte es nicht ankommen, deshalb zog Richter, zumal Windthorst[17]) den mittelparteilichen Antrag Buhl als Ablehnung des Monopols interpretierte, den fortschrittlichen Antrag zugunsten des Antrages Buhl zurück. Er hatte schon durch die bloße Anregung ein großartiges Agitationsmittel gewonnen und eine starke Stellung, wenn eine Monopolvorlage später doch noch erscheinen sollte. Es ist zum guten Teil Richters Wirken zuzuschreiben, wenn das Tabakmonopol nicht zustande kam. Hier feierte seine Agitation ihren glänzendsten Triumph.

Das Glück bescherte Richter in dieser Session noch einen anderen wirkungsvollen Agitationsstoff: die Hamburger Zollfrage. Bismarck wünschte, hauptsächlich wegen des neuen Zolltarifs, den Eintritt Hamburgs in den Zollverein, wie er 1867 in der Verfassung des Norddeutschen Bundes und in der Reichsverfassung von 1871 vorgesehen war.[18]) Als Hamburg sich sträubte,

[15]) J. a. R. II, S. 154 ff.

[16]) RST. 4 III 4, S. 825, Anl. 151.

[17]) Am 28. April RST. 4 III 2, S. 988.

[18]) Artikel 34 der Verfassung vom 16. 4. 1871 lautet: „Die Hansestädte Bremen und Hamburg mit einem dem Zweck entsprechenden Bezirke ihres oder des umliegenden Gebietes bleiben als Freihäfen außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze, bis sie ihren Einschluß in dieselbe beantragen."

ließ Bismarck durch Preußen im Bundesrat beantragen, Altona und einen Teil der hamburgischen Vorstadt Skt. Pauli in den Zollverein einzuverleiben. Das war auf Hamburg ein starker Druck. Durch die Interpellation der hamburgischen Nationalliberalen Abgeordneten Wolffson und Möring beschäftigte sich auch der Reichstag mit dieser Frage. Die Nationalliberalen waren zwar im allgemeinen Unitarier, wünschten aber aus freihändlerischen Gründen meist nicht, daß Hamburg dem Zollverein beiträte. Umgekehrt war Windthorst der Ansicht, daß der Zollanschluß dem Reiche und Hamburg Nutzen bringen würde, aber er wollte die Sonderrechte Hamburgs nicht verletzen. Richter vereinigte gewissermaßen den Widerspruch des Freihandels und des Föderalismus in sich, er übernahm die Führung des Kampfes.

Das Verfahren des Kanzlers empörte ihn, er sah darin eine Verfassungsverletzung. Bismarck wende auf den Artikel 34 der Reichsverfassung wieder seine beliebte Lückentheorie an, „paßt eine solche Diplomatie, die man im Kampf mit auswärtigen Großmächten anwenden mag, paßt die für das Verhältnis von deutschen Staaten untereinander, paßt sich die für einen Großstaat im Verhältnis zu einem Kleinstaat? Erst recht nicht. . . . . Wenn der Bundesrat hier die verfassungsmäßigen Rechte eines Kleinstaates wahrt, so wahrt er zugleich sein eigenes Recht, und wenn er sie preisgibt, — glauben Sie mir, die Kronrechte Ihrer Fürsten sind nicht um ein Titelchen heiliger und ehrwürdiger, als die Rechte der freien Städte.“ [19]) In Wirklichkeit dachte Bismarck nicht daran, sich mit der Verfassung in Widerspruch zu setzen, den Freihafen wollte er den Hansestädten nicht nehmen, nur sollte nicht das ganze Stadtgebiet handelspolitisch außerhalb des Reiches stehen.

Es gelang Richter dieses Mal nicht, was ihm beim Tabakmonopol geglückt war: Die Hamburger Frage zum Abschluß zu bringen gegen die Regierung. Der Schluß der Session stand bevor, der Dringlichkeitsantrag der Fortschrittspartei kam nicht mehr zur Verhandlung. Doch lebte die Debatte dadurch wieder auf, daß Delbrück in der Revidierten Elbschiffahrtsakte, die dem Reichstag noch vorgelegt wurde, einen Absatz entdeckte: „Die Zollpflichtigkeit der Waren tritt beim Überschreiten der Zollgrenze auf der Elbe in gleicher Weise ein, wie beim Überschreiten der Zollgrenze auf dem Lande“, [20]) und in dieser Bestimmung die Ermächtigung witterte, [21]) eine Zollinie unterhalb Hamburgs zu ziehen und so Hamburg zum Zollanschluß zu nötigen. Seine Rede alarmierte die Nationalliberalen und das Zentrum, und die Kommission,

[19]) Am 1. Mai 1880 RST. 4 III 2, S. 1081 f.
[20]) Art. 4 Abs. 2, 2. Teil, RST. 4 III 4, S. 679 u. S. 687.
[21]) 4. Mai RST. 4 III 2, S. 1139 ff.

die gegen den Willen der Regierung eingesetzt wurde, beschloß unter Delbrücks Einfluß, die Akte mit dem Vorbehalt zu genehmigen, daß die Zollgrenze nur durch ein Gesetz an eine weiter unterhalb liegende Stelle verlegt werden könne.

An den heftigen Kampf um die Akte und den unfreundlichen Kommissionsbeschluß knüpfte Bismarck an, als er am 8. Mai seine einzige große Rede in dieser Session hielt. [22]) Es wurde eine große politische Kundgebung. Die Hoffnungen, die Bismarck vor einem Jahr auf das Zentrum gesetzt hatte, hatten sich in keiner Weise erfüllt. Die Partei hatte sich bei den wichtigen Fragen, die in dieser Session behandelt worden waren, verhalten, als ob es nie eine Verständigung in der Zollfrage gegeben hätte. Daß auch die Nationalliberalen, die immer die Einheit des Reiches betonten, ihm Widerstand leisteten, in dieser Frage, bei der es um den Ausbau des Reiches ging, war dem Kanzler ein bedenkliches Zeichen. Unter heftigen Angriffen auf das Zentrum war die Rede des Kanzlers ein letzter, sehr deutlicher Mahnruf an die Liberalen, auch ihren linken Flügel: „Meine Gravamen, worauf ich nachher noch zurückkomme, wendet sich mehr gegen die appendices des Zentrums, die diesen Belagerungsturm, welcher der Regierung ununterbrochen kampfbereit, angriffsbereit gegenübersteht, die dieses Passivum, mit dem unser parlamentarisches Vermögen belastet ist, dieses tote Gewicht benutzen, um hinaufzuspringen, um von diesem Turme — damit ich bei dem Bilde bleibe — den Mauerbrecher gegen die Regierung ansetzen, und, gestützt auf die Bundesgenossenschaft des Zentrums, die Regierung anzugreifen und gegen sie zu stimmen.“ [23]) Die Klage verwandelte sich in eine Drohung: „Haben Sie sich nicht überlegt, was für Folgen und Rückwirkungen das auf die Reichsverfassung und ihre fernere Entwickelung, auf die Auffassungen der Regierung, auf die Hoffnungen haben muß, mit denen die Regierung in die Zukunft sehen muß?“ [24]) Die Fortsetzung dieses Kampfsystems sei für die Reichsverfassung bedenklich, namentlich im Sinne der Liberalen. Im Interesse des inneren Friedens müsse der Reichskanzler, wenn er die Macht des Zentrums als unüberwindlich erkenne, dem Kaiser vorschlagen, das Kabinett „in einer Sphäre zu suchen, in der es möglich sein wird, die Wünsche des Zentrums und die der konservativen Parteien miteinander zu vereinigen.“ [25]) Der Weg nach Canossa würde nur dann vermieden, „wenn die ganzen liberalen Parteien sich dazu entschließen können, dem Zentrnm die Heerfolge absolut und für immer zu versagen.“ [25])

[22]) RST. 4 III 2, S. 1267 ff.
[23]) RST. 4 III 2, S. 1270.
[24]) ebenda S. 1271.
[25]) ebenda S. 1272.

Dies hätte praktisch bedeutet, daß die Linke plötzlich von einer scharfen Gegnerschaft zu einer ebenso unbedingten Unterstützung der Regierung übergegangen wäre. Zweifellos wird sich auch Richter die Frage vorgelegt haben, was nach diesen mehr als deutlichen Erklärungen sein Weg sein würde. Entweder beantwortete er Bismarcks Aufforderung mit einem Ja, das hätte die Aufgabe fast aller Programmpunkte bedeutet, auch blieb die gut vorbereitete Agitation gegen die Schutzzölle und das Steuerprogramm Bismarcks, die soeben ihre ersten Früchte einbrachte und in der Verwahrung gegen das Tabakmonopol noch vor kurzem kräftig unterstrichen worden war, unausgenutzt, — oder Richter handelte folgerichtig aus den Programmbedürfnissen seiner Partei heraus und seiner Veranlagung entsprechend. Das bedeutete den Kampf gegen Bismarck bis zum äußersten, Anlehnung bei jeder Partei und jedem Widerspruch. Mit Bismarck konnte Richter bestenfalls einige liberalisierende Staatssekretäre erreichen, aber bestimmenden Einfluß hat keine Partei auf Bismarck und seine Politik gehabt. Richter konnte nicht hoffen, den Kanzler abzubringen von der Politik des Schutzzolls, die Richter für verderbenbringend hielt. Andererseits konnte die Fortschrittspartei nach ihrer Stellungnahme in den letzten zwei Jahren unmöglich die Zollpolitik und das Reformprogramm Bismarcks gutheißen, sei es auch nur stillschweigend. Dazu hatte Richter seine Stimme im Kampf zu laut erhoben. Die Partei wäre in diesem Fall zerbrochen, sie hätte sich und ihre Geschichte verleugnet, sich völlig umstellen müssen. Und wenn ihre Opposition fehlte, dann übernahm die Sozialdemokratie die Rolle und die Schlagworte der Linksliberalen und gewann das Kleinbürgertum für sich.

Schlugen die Liberalen dagegen die Warnungen des Kanzlers in den Wind, so konnte sich Bismarck zwar über sie hinweg mit dem Zentrum verständigen und aus Konservativen und Zentrum sich eine parlamentarische Mehrheit schaffen, aber das war eine überaus schwere Aufgabe. Übrigens war auch in diesem Falle nicht unbedingt die Gefahr der Bedeutungslosigkeit für die Fortschrittspartei gegeben. Denn, abgesehen von fortschrittlichen Wahlhoffnungen, trieb dieser Bund Bennigsen zu Richter, und dann war Richter der eiserne Topf und Bennigsen der tönerne. Richter konnte hoffen, gegen „Reaktion" und „Jesuiten" das liberale Bürgertum in entschiedener Stellungnahme zu einigen, wie es in Preußen 1861—66 gegen die Konservativen gelungen war. Wenn dann, was nur eine Frage von wenigen Jahren sein konnte, der Thronfolger die deutsche Kaiserkrone trug, so fiel dem liberalen Bürgertum als Siegespreis die Erfüllung seines ganzen Programms zu, und ohne und gegen Bismarck war mehr erreicht, als mit ihm.

Diese Gedanken mochte Richter erwägen; seinen Anlagen und seiner Überzeugung nach gab es für ihn nur den Weg des Kampfes. Und so handelte er unbeirrt, ohne sich um die Warnung Bismarcks, die auch ihm gegolten, zu kümmern. Dadurch zwang Richter zugleich die Linksnationalliberalen mit in die Opposition, denn sie wurden von der zerreibenden Agitation Richters bedroht. Durch dieses Verhalten trieben gerade die Liberalen den widerstrebenden Kanzler an die Seite des Zentrums. Sie erst machten das Zentrum unentbehrlich, und der 8. Mai wurde der Tag des Triumphes für Windthorst: „Ein solches Maß von Anerkennung habe ich bei meinen kühnsten Träumen nicht erwartet. Wir heißen demnach nicht mehr Zentrum, verehrte Freunde, wir sind es.“ [26])

---

[26]) RST. 4 III 2, S. 1274.

Kap. 4: **Die Sezession und die Frühjahrssession von 1881.**

Der Triumph des Nebenbuhlers vermochte nicht einmal die Nationalliberalen mehr zum Anschluß nach rechts zu bewegen. Das Ringen in der Fraktion um die Stellung zu Bismarck war sehr heftig, bald mußte die Entscheidung fallen. Schon die neue Session des Reichstages sah die Fraktion gespalten wieder: Denn am 28. August 1880 erschien das Manifest von 28 Abgeordneten des Reichstages und des preußischen Landtages vom linken Flügel der Partei, die ihren Austritt aus der Fraktion erklärten. Am 8. September war die neue Partei, die „Liberale Vereinigung" oder „Sezession" fertig, sie zählte bedeutende Führer zu den Ihren, ja sie war fast zu reich an parteipolitischen Größen. Die Sezessionisten hielten das ewige Paktieren der Nationalliberalen mit Bismarck, bei dem die Partei schrittweise zurückgedrängt wurde, nicht für den richtigen Weg, um liberale Politik zu machen. Aber darum wollten die Führer doch nicht, namentlich nicht Rickert, nach ihrem Austritt aus der nationalliberalen Fraktion den erbitterten Kampf mit den alten Parteifreunden beginnen, und noch weniger einfach ins fortschrittliche Lager übergehen. Ihre letzte Absicht war es vielmehr, den Kern einer großen liberalen Partei zu bilden, dadurch, daß man von links und rechts Anhänger gewann. Man wollte also die Spaltung von 1867 rückgängig machen und mit großer Weitherzigkeit in einer einzigen mächtigen Partei das Bürgertum sammeln, um ihm die politische Macht zurückzuerobern.

Die Aussicht war verlockend und konnte einen Liberalen mit Begeisterung erfüllen, aber obwohl die Unionstendenzen auch in der Fortschrittspartei stark waren, [1]) sie wurden hier besonders durch Hänel vertreten, äußerte Bennigsen

---

[1]) Man wollte schon auf dem Parteitage vom 24.—26. November 1878 nicht nur alte Fortschrittsleute, sondern auch alle entschieden liberalen Männer in der neubelebten Partei sammeln. Vgl. „Hagener Zeitung" Nr. 277, 26. Nov. 1878: „Der Parteitag der deutschen Fortschrittspartei." „Es handelt sich hierbei nicht bloß um diejenigen, welche augenblicklich zu dem Namen der Fortschrittspartei sich bekennen; es handelt sich vielmehr um einen Sammelpunkt für alle diejenigen, welche nach Abstreifung aller Opportunitätsbedenken die freisinnigen Prinzipien hochhalten. Wir sagen nicht zuviel, wenn wir behaupten, daß es auf diesem Parteitage einen Versuch gilt, das politische Leben ordnungsgemäß auf dem Bürgertum zu basieren." — Bezeichnend ist die Bedingung „Abstreifung aller Opportunitätsbedenken". Ob 1880 die Sezessionisten wirklich im Sinne der Fortschrittspartei alle Bedenken abgestreift hatten, das war die Frage.

in richtiger Vorausahnung zu Rickert: „Ich fürchte nur, Sie machen die Rechnung ohne den Wirt, in diesem Falle Herrn Eugen Richter, welcher selbst den Herren Virchow und Hänel wohl über sein wird, wie Bräsig sagt.“ [2])

Wirklich hatte Richter Bedenken gegen eine enge Fühlungnahme mit der neuen Partei und mußte sie haben. „Es gefiel uns aber nicht – schreibt er später [3]) – daß die neue Gruppe in ihren Organen erklärte, daß sie am wenigsten eine Frontstellung gegen die bisherigen nationalliberalen Fraktionsgenossen einnehmen wolle und nicht beabsichtige, den Anschluß nach rechts aufzugeben.“ Das Zentralwahlkomitee der Fortschrittspartei faßte am 6. September eine Entschließung, die zwar die Trennung als ein für die gemeinsame liberale Sache günstiges Ereignis begrüßte, sich aber dann vorsichtig zurückhielt. Man sprach nur von der Hoffnung auf eine gemeinsame Tätigkeit in den Parlamenten, um dann sogar deutlich der neuen Partei eine schärfere Stellung in Militär- und Eisenbahnfragen und in den Fragen des öffentlichen Rechtes und der Volksfreiheiten zu empfehlen. „Die Fortschrittspartei muß abwarten, in wie weit es möglich sein wird, auch in diesen Punkten zu einer Übereinstimmung zu gelangen und zugleich die Grenzlinien gegen die übrigen Parteien schärfer zu ziehen.“ [4])

Damit stellte die Fortschrittspartei das Verlangen, daß die ehemaligen Nationalliberalen ohne jeden Vorbehalt Fortschrittsleute würden. Eine solche radikale Umstellung war aber für die Sezessionisten undenkbar. Auch Richter kann sie nicht für möglich gehalten haben, denn gerade er hat die grundsätzlich andersartige Haltung der Linksnationalliberalen Bismarck gegenüber klar und früh erkannt. Schon auf dem Berliner Städtetag [5]) am 17. Mai 1879 war zuerst in aller Öffentlichkeit von linksnationalliberaler Seite eine Liebeserklärung an die Fortschrittspartei ausgesprochen worden; Forckenbeck forderte damals auf zur Bildung einer großen liberalen Partei. Ludwig Loewe stimmte diesem Gedanken sofot zu und feierte Forckenbeck als den Führer des deutschen Bürgertums im Kampf gegen dessen Widersacher, Richter aber hielt sich kühl zurück, seine Rede gipfelte in den Worten: „Getrennt marschieren, vereint schlagen!“ Wenn Richter trotz dieser klaren Erkenntnis später die Fusion, die er noch 1880 energisch ablehnte, nicht nur billigte, sondern sie sogar anbot, so hatte das seine Gründe z. Tl. in Ereignissen und Hoffnungen, die

[2]) Rachfahl: a. a. O., S. 311.
[3]) J. a. R. II, S. 175.
[4]) Eugen Richter an Eduard Lasker 7. September 1880, s. Wentzcke: a. a. O., S. 360. Vgl. die Anlage.
[5]) J. a. R. II, S. 120 ff., Rachfahl: a. a. O., S. 302, Philppson, S. 319.

außerhalb des Parlaments liegen. Eine grundsätzliche Einigung etwa zwischen Richter und Rickert war unmöglich und ist auch nie zustande gekommen. Daß die beiden Fraktionen in der nächsten Session oft zusammen vorgingen, ist kein Gegenbeweis, das hatte taktische Gründe. So klingt es wenig überzeugend und ist nur aus der Rückschau und den späteren Vorwürfen zu erklären, wenn Richter [6]) schon seit 1880 die Möglichkeit einer Fusion erwogen haben will, er begründet das sogar mit der Erklärung der Partei vom 7. September 1880, die bei näherem Zusehen sich als das gerade Gegenteil von Einigung herausstellt.

Für Bismarck war die Sezession eine weitere Bestätigung dafür, daß die nationalliberale Partei in ihrer Gesamtheit nicht willens war, sich ihm anzuschließen, sondern daß ein bedeutender Teil die alten liberalen Programmpunkte bis zum äußersten durchsetzen wollte auch gegen den Kanzler. Bismarck behandelte die neue Partei nicht anders als verkappte Fortschrittsleute und sprach ihr dann die Daseinsberechtigung ab. Vielleicht wollte er dadurch die Wähler kopfscheu machen und den Rest der Nationalliberalen nach rechts drücken.

Bismarck ließ sich durch die parlamentarischen Schwierigkeiten, die die Sezession ihm bringen mußte, nicht beeinflussen. Als ob nichts geschehen sei, kündigte die Thronrede vom 15. Februar 1881 bei der Eröffnung des Reichstages die Fortführung der Steuerreform an, dazu als erste Sozialvorlage ein Unfallversicherungsgesetz, ferner ein Gesetz über zweijährige Etatsperioden und über einen Deutschen Volkswirtschaftsrat. Richter sah in diesen Vorschlägen, sogar in der Unfallversicherungsvorlage, nur das Streben Bismarcks nach absolutistischer Herrschaft und erblickte darin eine große Gefahr für das Reich. „Auch der größte Mensch unserer Zeit ist in seinem Wissen und seinem Können doch zuletzt begrenzt, und je weiter der Herr Reichskanzler sich Aufgaben stellt, neue Aufgaben hinzu nimmt, desto mehr muß zuletzt dieses Mißverhältnis der Leistungsfähigkeit zu den gesteckten Zielen hervortreten.“ [7]) Bismarcks Innenpolitik sei sprunghaft, bald ergreife der Kanzler ein Projekt, bald lasse er es wieder fallen; die wirtschaftlichen Folgen seien allenthalben Unsicherheit und Mangel an Vertrauen. Als einzige Hilfe gegen diese innenpolitischen Gefahren empfahl Richter den Zusammenschluß aller unabhängigen Männer, um der Politik des Kanzlers gewisse Grenzen zu ziehen. „Nur, wenn das gelingt, das ist meine feste Überzeugung, werden die hohen Gaben, welche den

[6]) J. a. R. II, S. 175.

[7]) 24. Februar 1881, 1. Beratung des Etats RST. 4 IV 1, S. 28.

Herrn Reichskanzler auszeichnen, die, was wir auch hier dankbar anerkennen, für Deutschland schon manches Segensreiche gebracht haben, noch für längere Zeit für Deutschland fruchtbringend sein können. Ist das aber nicht mehr möglich, gehen wir auf dem betretenen Weg nur weiter fort, so ruiniert zuletzt der Herr Reichskanzler sich selbst und er ruiniert das Land." [8])

Die Sezessionisten, die am folgenden Tage (25. Febr.) ihr Debut gaben, beantworteten Richters Apell zum Zusammenschluß aller unabhängigen Männer mit einem freudigen Ja. Rickert als der Sprecher beeilte sich, Richter auf diese Worte festzulegen: Jetzt müßten die Taten folgen, die Grenzlinie festgestellt werden, bis hierher folgen wir dem Kanzler und nicht weiter. Die Rechte habe sich geeinigt, die liberale Seite sei dagegen noch zerklüftet und zerspalten, und da sei es Pflicht, alle kleinen Differenzen und Erinnerungen an Kämpfe aus vergangenen Zeiten beiseite zu lassen. [9])

Die Grundlagen für ein enges Zusammenarbeiten der beiden liberalen Gruppen waren nach dieser Rede gegeben, Fortschritt und Sezession gingen in dieser Session sehr häufig gemeinsam vor. Einig waren die beiden Fraktionen vor allem in der Abwehr von wirklichen oder vermeintlichen Angriffen auf die Rechte des Reichstags. Eine Gefahr erblickten sie vor allem in dem Projekte des Volkswirtschaftsrats. Die Behandlung der Zollvorlage hatte bei der Regierung den Wunsch entstehen lassen, wirtschaftliche Fragen, bevor sie an den Reichstag kamen, von Sachverständigen prüfen zu lassen. Die sofortige Einrichtung eines deutschen Volkswirtschaftsrates fand bei Bayern und Württemberg Widerspruch [10]), und so war zunächst nur der preußische Volkswirtschaftsrat gebildet worden, durch Kabinettsordre vom 17. November 1880. Er trat zum ersten Mal Anfang 1881 zusammen. Bismarck wird mit der neuen Einrichtung, die z. Tl. dem conseil supérieur Napoleons III. nachgebildet war [11]), zunächst die schnellere und sorgfältigere Vorbereitung der großen Sozialvorlagen und der Gewerbenovelle beabsichtigt haben. Boetticher konnte mit vollem Recht immer wieder in den Debatten jeden politischen Hintergedanken ablehnen, aber wenn Richter die Vorlage als „innerlich und äußerlich gegen den Reichstag gekehrt" bezeichnete, so hatte er nicht minder Recht [12]). Ganz ab-

[8]) RST. 4 IV 1, S. 29.
[9]) RST. 4 IV 1, S. 51.
[10]) Poschinger: Fürst Bismarck und die Parlamentarier I, S. 198, Anm. 1.
[11]) Boetticher, RST. 4 IV 2, S. 1273.
[12]) RST. 4 IV 2, S. 1604, 10. Juni.

gesehen von der ausgesprochenen Neigung Bismarcks zu ständischen Vertretungen wäre das Gutachten der Sachverständigen für den Reichstag viel schwerer zu tragen gewesen, als die Arbeit der „Geheimräte am grünen Tisch" allein. Bismarck jedoch war durch dieses Nebenparlament nicht gehindert, er brauchte den Rat nicht zu berufen. Durch eine Bundesratsverordnung allein ließ sich der Volkswirtschaftsrat nicht schaffen, denn als Mitglieder waren Handwerker und Arbeiter vorgesehen, und zur Bewilligung ihrer Diäten war die Mitwirkung des Reichstages nicht zu entbehren.

Die Kommission des Reichstages beschloß, die Forderung unverändert zu bewilligen. Das Zentrum und die Nationalliberalen waren geteilter Meinung, bei beiden Fraktionen lehnte aber die Mehrheit die Vorlage ab, einig waren einerseits die Konservativen in der Annahme, andererseits die Fortschrittspartei, für die Richter in einer großen Rede das Wort ergriff[13]), in der Ablehnung der Forderung. Zunächst bemängelte Richter die zentralistische Tendenz der neuen Einrichtung, dann sprach er die Befürchtung aus, daß der Volkswirtschaftsrat durch Diäten und kürzere Sitzungen dem Reichstag auch noch die wenigen Vertreter des Mittelstandes und der Arbeiter nehmen würde, die ihm jetzt angehörten. Richter war überzeugt, daß der Volkswirtschaftsrat lediglich den „Absolutismus des Kanzlers" festigen und Bundesrat und Reichstag schwächen sollte. Damit sprach er das aus, was die meisten Abgeordneten fürchteten, und so lehnte der Reichstag die materiell unerhebliche Forderung von 84 000 Mk. ab.

Das war der Anfang vom Ende für den Volkswirtschaftsrat. In der folgenden Session wurde die abermalige Vorlage mit zweidrittel Mehrheit abgelehnt, obwohl der Kanzler sich dafür persönlich einsetzte. Ein deutscher Volkswirtschaftsrat ist niemals zusammengetreten. Als das preußische Abgeordnetenhaus 1883 die Diäten ebenfalls ablehnte, war auch das Schicksal des preußischen Rates besiegelt.

Hinderlich für das Zustandekommen des Volkswirtschaftsrates war zweifellos die Konkurrenz mit dem Gesetzentwurf über die Dauer der Legislaturperioden. Die Regierungen wollten das allseitig als lästig empfundene gleichzeitige Tagen von Reichstag und Landtagen vermeiden, deshalb machten sie den Vorschlag, die Etatsperiode künftig auf 2 Jahre festzusetzen und dann die Legislaturperiode von 3 auf 4 Jahre zu erstrecken. Dabei sollte der Reichstag allerdings immer noch jährlich berufen werden, nur die zeitraubenden

[13]) RST. 4 IV 2, S. 1603 ff. 10. Juni 1881.

Etatsverhandlungen fielen alle zwei Jahre weg. Obwohl die meisten deutschen Mittelstaaten mit mehrjährigen Etatsperioden gute Erfahrungen gemacht hatten, lehnten alle Liberalen und ein großer Teil des Zentrums die Vorlage ab. Zweifellos hatte die Opposition darin Recht, daß sie die Etatsberatungen mit der althergebrachten großen politischen Aussprache für das Rückgrat jeder Session erklärte und eine Minderung des parlamentarischen Einflusses fürchtete, wenn die Regierungsvorlage durchging. „Wenn Sie den verfassungsmäßigen Scheinkonstitutionalismus fixieren wollen, dann nehmen Sie die zweijährige Etatsperiode an," sagte Lasker [14]). Er sprach damit die Überzeugung der Mehrheit aus, die Kommission lehnte die Vorlage ab und empfahl zur Vermeidung der gleichzeitigen Tagungen die Berufung des Reichstages im Oktober [15]). Die Beseitigung der alljährlichen Sessionen hatte in der Kommission nirgends Anklang gefunden. Als auch Bennigsen sich in der zweiten Lesung am 5. Mai für die Oktoberberufung ausgesprochen hatte, erhob sich Bismarck, persönlich verstimmt, zu einem Angriff auf die Fraktionen und den Fraktionsgeist [16]).

Die Abgeordneten teilte Bismarck in zwei Gruppen, die, die im praktischen Leben stünden und daher möglichst rasch die Geschäfte des Reichstages zu Ende führen wollten, und die Berufsparlamentarier, die stets den Schluß der Session bedauerten, „weil sie in Gottes weiter Welt weitere Beschäftigung nicht haben." [17]) Bismarck entwarf von dieser ihm unsympathischen Klasse eine Charakteristik, die die Züge Richters trug, wie er sie sah; das waren Abgeordnete, „die gewerbsmäßig Volksvertreter und deshalb im Reden die geübtesten sind, und die die Stoffe, über die gesprochen wird, auf Monate und Wochen vorher sorgfältig durchgearbeitet haben, weil sie dieselben auch in der Publizistik vertreten und ihnen Anklang zu verschaffen suchen — ihre Zeit erlaubt es ja, sie sind darauf ausschließlich angewiesen. Und sie stehen dann, sowie es auf die Geschicklichkeit, auf die rhetorische Mensur ankommt, ja vermöge der größeren Mensurpraxis, die sie haben, außerordentlich im Vordergrunde. In den Volksversammlungen kennen wir ja die Typen, die sich bis zu rhetorischen Klopffechtern ausbilden, — die es natürlich hier nicht gibt, — aber dort sieht

[14]) RST. 4 IV 1, S. 199, 8. März.
[15]) Diese Lösung war schon im Plenum durch Rickert namens der Fortschrittspartei und der Sezession in Vorschlag gebracht worden.
[16]) RST. 4 IV 2, S. 968 ff.
[17]) RST. 4 IV 2, S. 970.

man, wie sie jeden Widerstand sofort niederrennen und scharf im Zaum halten [18]) [19]).

Dann warnte der Kanzler Bennigsen vor einem Anschlusse an links: „Laß nicht vom Linken Dich umgarnen“. [20]) Rutschte Bennigsen nach links ab, so geriet Bismarck in die Gefahr, mit dem Zentrum um jeden Preis abschließen zu müssen, das war für ihn unerwünscht und auch für die Nationalliberalen.

Aber Bismarcks Appell verharrte wirkungslos. Die meisten Nationalliberalen stimmten im Verein mit den Sozialdemokraten, der Fortschrittspartei und den Sezessionisten für den von der Regierung heftig bekämpften Oktoberparagraphen, der eine knappe Mehrheit erhielt. Da aber andererseits auch die 4 jährige Legislaturperiode angenommen wurde, wurde in der Gesamtabstimmung die Vorlage, die in dieser Zwittergestalt niemanden recht befriedigte, mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Plan zweijähriger Etatsperioden und die Rede des Reichskanzlers boten Richter reichlich Stoff, den „Angriff auf die Volksrechte“ grell darzustellen, und der Volkswirtschaftsrat erhielt in dieser Beleuchtung ein eigenartiges Relief.

Eines der Gesetze, die dem preußischen Volkswirtschaftsrat vorgelegen hatten, bildete den Auftakt zur Sozialgesetzgebung: Das Unfallversicherungsgesetz. Zur Lösung dieser Aufgabe wurden hauptsächlich zwei Wege vorgeschlagen, eine Zwangsversicherung gegen Erwerbsunfähigkeit für alle Arbeiter nach Art der Knappschaftskassen — dieser Gedanke wurde besonders durch Stumm vertreten — und eine Revision des geltenden Haftpflichtgesetzes vom 7. Juni 1871, dieser Gedanke fand namentlich auf der linken Seite des Hauses seine Vertreter. Die Regierung lehnte beides ab, die Zwangsversicherung, weil sie zu große Schwierigkeiten biete, und die Revision des Haftpflichtgesetzes, denn sie würde im Prinzip nichts ändern. Sie brachte eine öffentlichrechtliche allgemeine Unfallversicherung in Vorschlag, und zwar — das war eine grundsätzliche Neuerung gegenüber dem Haftpflichtgesetz — für alle Unfälle ohne Untersuchung der Schuldfrage. Die Kosten sollten zu Zweidrittel durch Beiträge der Arbeitgeber, zu Eindrittel aus öffentlichen Mitteln ge-

---

[18]) Richters Antwort auf diese deutlichen Anspielungen klang nicht gereizt, sondern gemütlich: „Ich möchte den verehrten Kollegen in der Presse, den Fürsten Bismarck, bitten, doch seine Stellung als Konkurrent von uns nicht allzu empfindlich hervortreten zu lassen“, RST. 4 IV 2, S. 984, 6. Mai.

[19]) RST. 4 IV 2, S. 970 f.

[20]) ebenda S. 972.

deckt werden [21]). Die Regierung rechtfertigte diese Verteilung einerseits durch den Fortfall der Haftpflichtprämie, andererseits durch die Entlastung der Armenpflege. Eine Reichsanstalt sollte die Versicherung verwalten, man erhoffte von ihr billiges Arbeiten und größte Sicherheit. Die Privatgesellschaften wurden ausgeschaltet und selbständige Genossenschaften auf Gegenseitigkeit nur als Untergruppen der Reichsanstalt zugelassen.

Die erste Vorlage eines Sozialgesetzes war ein kühner Wurf. Alle grundsätzlichen Fragen platzten schon jetzt aufeinander. Die Reichsanstalt wurde störend empfunden vom Zentrum und der Linken, die Linke suchte außerdem die Privatgesellschaften, die Genossenschaften und das im liberalen Sinne geschaffene Haftpflichtgesetz zu halten. Die wenigsten Freunde hatte der Reichszuschuß, sogar ein Teil der Reichspartei lehnte ihn ab.

Richter sprach am zweiten Beratungstage, am 2. April 1881. Er lebte und webte in den Lehren des wirtschaftlichen Liberalismus, aus ihnen heraus sind seine und seiner Partei immer wieder vergeblichen hartnäckigen Versuche zu verstehen, die Frage der Unfallversicherung vom Haftpflichtgesetz aus zu lösen, also nach privatrechtlichen, nicht öffentlich-rechtlichen Kategorien. Richter lehnte die Sozialgesetzgebung grundsätzlich und von Anfang an ab, nicht nur, weil sie in der Tat keine Spur von liberalen Wirtschaftsanschauungen enthielt, sondern auch, weil er die soziale Gesetzgebung Bismarcks lediglich als ein neues Lockmittel des Reichskanzlers für die Arbeiter betrachtete nachdem die Versprechungen der Schutzzöllner sich nicht erfüllt hätten [22]). Richter handelte deshalb nur folgerichtig, wenn er die Sozialgesetze, die er agitatorisch deutete, mit agitatorischen Mitteln bekämpfte.

Um nicht dem Vorwurf der Negation ausgesetzt zu sein, begann Richter seine Rede mit einem Loblied auf die Fortschrittspartei und ihre Leistungen in der Arbeiterschutzgesetzgebung. Von dieser Plattform aus richtete er seine Angriffe gegen die Vorlage. Schon die grundlegenden theoretischen Ausführungen in den Motiven über die Pflicht des christlichen Staates zu einer sozialen Gesetzgebung boten ihm Angriffspunkte genug. Für Richter war die Behauptung, der Gesetzentwurf sei eine Konsequenz des praktischen Christentums entweder selbstverständlich, — denn unsere ganze Kulturentwicklung beruhe wesentlich auf den Grundlagen des Christentums — oder völlig falsch. Richters Gedankengänge sind typisch „kulturprotestantisch“: „Nach meiner Auffassung vom Christentum ist gerade das das Große und Erhabene der christ-

[21]) Verdiente der Arbeiter mehr als 750 Mk. jährlich, so zahlte er das letzte Drittel selbst.

[22]) Rachfahl: a. a. O., S. 315.

lichen Religion im Gegensatz zu anderen Religionen, daß sie keine Normativbestimmungen treffen wollte für staatliche Einrichtungen, für Gesetzgebungsfragen, daß sie hoch erhaben steht über den individuellen Verhältnissen des einzelnen Staats und den mit der Zeit wechselnden Verhältnissen von Staat und Recht und daß daher jedes staatliche System sich mit dem Christentum verträgt und daß für ein spezielles Gesetz man niemals ein Normalstatut aus der christlichen Offenbarung nehmen kann." [23]) Weder dem Christentum, noch der Gesetzgebung werde die Bezugnahme auf christliche Lehre, Glauben und Offenbarung zugute kommen.

Dann begann die Einzelkritik, bei der Richter seine Tätigkeit bei der Magdeburger Feuerversicherung sehr zustatten kam. Die Beitragsfrage behandelt Richter besonders ausführlich. Wo jedes genossenschaftliche Moment fortfiele, wo der Arbeiter nicht an der Verwaltung beteiligt sei, da müsse der Arbeitgeber den Beitrag ganz zahlen. Grundsätzlich lehnte Richter einen Reichsbeitrag ab, darin sah er eine staatliche Subvention der Großindustrie. „Wie ich das verstehe, ist das kein Sozialismus, es ist viel schlechter als sozialistisch . . . Der Grundsatz der Reichsregierung ist ein kommunistisches Element." [24]) Zuletzt wird — so prophezeite Richter — sich die Unzufriedenheit gegen den Staat selbst kehren, und wir Fortschrittler sind in der Tat staatserhaltend, wenn wir die Aufgaben des Staates beschränken. Der Kanzler hat Unglück in seiner Wirtschaftspolitik. „Mit einem Wort, er hat das Prestige verloren." [25])

Bismarck war darin mit Richter einig, daß der erste Schritt auf diesem neuartigen und schwierigen Gebiet mit großer Vorsicht getan werden müsse: „nur nicht zu schnell und nur nicht alles auf einmal." [26]) Dem Kanzler lag vor allem daran, den Reichszuschuß bewilligt zu erhalten; als er die fast allgemeine Abneigung sah, machte er den Vorschlag, die Genehmigung des Staatszuschusses zunächst auf 3 Jahre zu beschränken. Ihn ganz zu streichen, hielt Bismarck für gefährlich im Hinblick auf die Rentabilität und Konkurrenzfähigkeit der Industrie. „Wenn Sie nicht in die Tasche greifen wollen und in die Staatskasse, werden Sie nichts fertig bekommen." [27]) Ob aber der Rest des Beitrages vom Arbeiter oder Arbeitgeber gezahlt würde, das erklärte Bismarck für gleichgültig, denn letzten Endes trüge ihn in beiden Fällen die Industrie.

[23]) RST. 4 IV 1, S. 700.
[24]) RST. 4 IV 1, S. 709.
[25]) RST. 4 IV 1, S. 711.
[26]) RST. 4 IV 1, S. 712.
[27]) ebenda.

Der Entwurf wurde einer Kommission überwiesen. Dort lagen die Mehrheitsverhältnisse so, daß die Privatgesellschaften sich nicht beseitigen ließen, wenn man an der Reichsanstalt festhielt, und ebenso waren die Landesanstalten nicht durchzusetzen bei Schonung der Privatgesellschaften. Die Regierung ließ durch Boetticher erklären, Landesanstalten seien zwar eine Verschlechterung, aber nicht unannehmbar; unvereinbar mit der Vorlage sei aber die Zulassung von Privatgesellschaften. Darauf ersetzte die Kommission die Reichsanstalt durch Landesanstalten und ließ die Privatgesellschaften fallen. Ferner strich sie den Reichszuschuß.

Obwohl ein entsprechender fortschrittlicher Antrag in der Kommission keine Unterstützung von anderen Parteien gefunden hatte, hielt Richter auch in der zweiten Beratung am Haftpflichtgesetz fest. Er kam den Bedenken der Parteien und der Regierung soweit entgegen, daß er ohne Untersuchung der Schuldfrage alle Unfälle außer den vorsätzlich herbeigeführten entschädigen wollte. Das war eigentlich kein Haftpflichtgesetz mehr. Die Regierung konnte natürlich auch darauf nicht eingehen. obwohl Richter von seinem Standpunkte aus ihr bis zur äußersten Grenze entgegenkam. Der einzige nicht fortschrittliche Redner, der sich für diesen Antrag einsetzte, war Lasker.

Richters Kampf gegen die Reichsanstalt, die er ablehnte, weil er eine zu große Stärkung der Zentralgewalt fürchtete, war nur deshalb erfolgreich, weil auch das Zentrum aus föderalistischen Gründen eine Reichsanstalt unter allen Umständen ablehnte. Dagegen gab das Zentrum die Privatgesellschaften preis. So beschloß der Reichstag die Einrichtung von Landesanstalten und den Ausschluß der Privatgesellschaften. Zuletzt wurde über den Reichszuschuß entschieden. Der Konservative Kleist-Retzow wollte ihn wieder einführen für ein Jahreseinkommen bis zu 1 000 Mk. Fünf Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes sollte diese Bestimmung revidiert werden. Boetticher empfahl, wenigstens diesen Antrag anzunehmen: „Wir können jeden Augenblick den Staatszuschuß einziehen.“ [28]) Aber der Erfolg war gleich null. Nur die Deutsch-Konservativen und die sieben anwesenden Sozialisten stimmten für den Antrag Kleists, der Reichszuschuß blieb abgelehnt.

Überraschenderweise bot sich der Fortschrittspartei in der 3. Lesung noch eine Gelegenheit zur Mitarbeit. [29]) Bismarck nahm den Fortschrittsstandpunkt: die Prämie ist allein durch den Arbeitgeber aufzubringen, an, forderte aber dafür die Aufgabe der Privatgesellschaften und die Zustimmung zur Reichs-

[28]) RST. 4 IV 2, S. 1539, 2. Juni.
[29]) J. a. R. II, S. 226.

anstalt. Statt nun der Regierung entgegenzukommen und im Bunde mit den Konservativen das Gesetz zu machen, verlangte die Fortschrittspartei, daß die Arbeitgeber auch bei Privatgesellschaften versichern könnten. Das war für die Regierung unannehmbar, und der Verständigungsversuch scheiterte also am Starrsinn der Linken. Wieder wurde die Regierung zum Zentrum förmlich hingedrängt.

Dabei war die Regierung von dem Kompromiß mit dem Zentrum völlig unbefriedigt, das zeigte sich bei der namentlichen Abstimmung über den Gesamtenwurf, die Richter beantragt hatte, als Graf Wilhelm Bismarck, Graf Udo von Stolberg und Freiherr von Kardorff gegen das Gesetz stimmten, das 145 zu 108 angenommen wurde. (15. Juni.)

Während der ganzen Session verfolgte Richter mit gespannter Aufmerksamkeit die Kämpfe um den Eintritt Hamburgs in das Zollgebiet. Die Verhandlungen zwischen Hamburg und dem Reiche waren schon bis zu Einzelfragen gediehen, als am 17. Mai zwei preußische Anträge dem Bundesrat vorgelegt wurden, die bis zum 1. Oktober die Einverleibung der preußischen Unterelbe in das Zollgebiet und die Aufhebung des Hauptzollamtes und der Zollvereinsniederlage in Hamburg verlangten.

Richter stellte schon am 20. Mai mit dem Vertreter von Altona, Dr. Karsten, einen Antrag, nach dem der Reichstag erklären sollte, „daß es weder dem bundesstaatlichen Verhältnis, noch der Haftung vor dem geltenden Verfassungsrecht entspricht, wenn der Bundesrat Änderungen der Zolleinrichtungen vornehmen sollte lediglich zu dem Zwecke, um einzelne Bundesstaaten in dem freien Gebrauche ihres verfassungsmäßigen Rechts zu beschränken.“ [30]) Dieser Antrag war nach Form und Inhalt ungewöhnlich, er griff in einer Weise in die Interna des Bundesrates ein, wie es bisher noch nicht vorgekommen war.

Als daher der Antrag Karsten-Richter verhandelt wurde, erhob sich Boetticher zu einer Erklärung im Namen der Verbündeten Regierungen. „Der Bundesrat ist sich, wie seiner verfassungsmäßigen Zuständigkeiten, so auch seiner Pflichten voll bewußt und hält es mit der Würde der Verbündeten Regierungen, welche er zu vertreten hat, nicht vereinbar, sich an der Beratung eines Antrages, wie es der von den Abgeordneten Richter (Hagen) und Dr. Karsten gestellte ist, zu beteiligen.“ [31]) Danach verließen die Bundesrats-

[30]) RST. 4 IV 4, S. 794. Anl. 148.
[31]) RST. 4 IV 2, S. 1311, 25. Mai.

mitglieder den Saal.[32]) Dadurch entzogen sie sich weiteren Angriffen und verzögerten die Entscheidung. Die Debatte am 25. Mai verlief ergebnislos, und als die Beratung am 27. wieder aufgenommen wurde, verlautete schon halbamtlich, daß Hamburg am 25. sich mit dem Reichskanzler dahin verständigt hatte, 1888 dem Zollverein beizutreten. Das Reich übernahm die Hälfte der Anschlußkosten bis zur Höhe von 40 Millionen Mk.[33]) Dadurch verlor die Verhandlung erheblich an Bedeutung, sie hatte nur noch historisches Interesse. Richter war unterlegen, aber die Fortschrittspartei hatte in Hamburg große Erfolge.

[32]) Das Verfahren Boettichers ist auch von Bismarck gegen Richter mehrmals angewandt worden. Poschinger: „Fürst Bismarck und die Parlamentarier" I, S. 159, Anm. 3: „Ich verlasse die Sitzung, sobald Herr Richter das Wort ergreift, nicht, weil ich mir nicht zutraue, seine Rede zu beantworten, sondern weil der oppositionelle Duft, welcher die ganze Person umgibt, meine Nerven affiziert, und weil er Satisfaktion für eine Grobheit nur durch gesteigertes Schimpfen zu geben pflegt. Was er sagt, ist mir übrigens Wurst im Superlativ, bekehren werde ich ihn nicht, und besiegen wird er mich nicht, und so ist es am besten, wenn wir uns gegenseitig von weitem bewundern." Ebenso Richter J. a. R. II, S. 217: „Ich habe späterhin erlebt, daß jedes Mal, sobald ich zum Worte gelangte, Fürst Bismarck den Saal verließ."

[33]) Dieser Vertrag wurde in der nächsten Session am 23. Januar 1883 gegen Richters Widerspruch vom Reichstag genehmigt.

Kap. 5: **Die Wahlen vom 27. Oktober 1881 und die Session 1881/82.**

Richter blickte hoffnungsfreudig in die Zukunft. Die letzten Sessionen hatten ihm reichen Agitationsstoff gebracht, und in den Nachwahlen hatte die Fortschrittspartei sich zuerst behaupten, später sogar mehrere große Siege erringen können.[1]) Den „Angriff auf die Volksrechte“ im Projekte des Volkswirtschaftsrats und der zweijährigen Etats, das Gespenst des Tabakmonopols, die Unfallversicherungsvorlage, die manche Kreise in Unruhe versetzte — war die Sozialpolitik des Kanzlers nicht uferlos? — und zuletzt die Hamburger Frage, hatte Richter mit großem Geschick rücksichtslos zur Agitation ausgenutzt.

Außerdem erfolgte jetzt der Rückschlag gegen das Schutzzollsystem; die Kritik von seiten aller Betroffenen oder Unbefriedigten regte sich, sie alle kamen zu Richter als dem anerkannten Führer der heftigsten Opposition. Für Richter war es unter diesen Umständen günstig, daß die Regierung das neue Steuersystem noch weiter ausbauen wollte und von verschiedenen Vorlagen die Stempelsteuern, allerdings mit großen Änderungen, auch durchgesetzt hatte. Er redete kräftig von nicht gehaltenen Steuererlaßversprechungen und der Belastung des armen Mannes durch die indirekten Steuern und Zölle. Richter erwartete Frühlingswahlen und traf danach seine Vorbereitungen sehr früh. Geldmittel flossen der Partei reichlich zu.[2]) Unfreiwillig unterstützte der Kanzler die fortschrittliche Agitation noch sehr wirksam, er gedachte mit dem Tabakmonopol politische Geschäfte zu machen und bezeichnete Professor Wagner gegenüber das Monopol als patrimonium pauperis, er wolle mit diesen Einkünften die Alters- und Invalidenversicherung finanzieren. Richter bekam dadurch ein großartiges Werbemittel, das „Pfeifchen des armen Mannes“ wurde manchem Kandidaten zum Verhängnis.

Nicht nur gegen die Regierung, auch gegen die konkurrierenden Parteien war die Fortschrittspartei ungeheuer im Vorteil. Sie wurde das Sammelbecken der durch die Wendung der Bismarckschen Innenpolitik vom Jahre 1879 verstörten Liberalen. Ihre kräftige Agitation war den zwischen rechts und

[1]) Vgl. für das Folgende: J. a. R. II, S. 168 ff. u. 228 ff. — Örtzen: a. a. O., S. 172 ff.

[2]) Von den 229 000 Mk., die für die Wahlen im ganzen gesammelt wurden, bildete die Partei einen Diätenfonds von 30 000 Mk. und gab billige Broschüren heraus.

links noch immer schwankenden Nationalliberalen, deren Anhänger außerdem durch die Sezession kopfscheu geworden waren, unbedingt überlegen, aber auch den Sezessionisten, in deren Wählerschaft der Ruck nach links sich zum Teil weiter fortsetzte, als der Partei lieb war. Zwei liberale Parteien standen gegen die dritte in der Verteidigung.

Am Gesamtbild änderte es nichts, daß die Konservativen im Verein mit den Antisemiten äußerst rührig waren, um den „Fortschrittsring" in Berlin zu brechen.[3]) Gewiß war die antisemitische Bewegung in Deutschland damals sehr stark[4]) und traf in erster Linie die verhältnismäßig stark mit Juden durchsetzte Fortschrittspartei, aber die Antisemiten und Konservativen erlangten am 27. Oktober 1881 in Berlin kein einziges Mandat. Richter überschreibt diesen Abschnitt[5]) seines Buches in stolzer Freude: „Unser Siegestag". Er hatte ein Recht zum Triumph. „Alle unsere Erwartungen wurden weit übertroffen. Die Eindrücke des Abends, als in unserem Büro die Siegestelegramme einander auf dem Fuße folgten, werde ich nie vergessen. Mitunter stellten wir telegraphisch Rückanfragen an, weil wir die hohen Ziffern fortschrittlicher Stimmen glaubten auf irrtümliche Meldungen zurückführen zu müssen. Bei den Wahlen von 1878 waren 385 084 Stimmen für die Kandidaten der Fortschrittspartei abgegeben worden, diesmal betrug die Stimmenzahl 655 348. Wir hatten also 270 264 Stimmen gewonnen." Gleich im ersten Wahlgang gewann die Partei 32 Sitze, 33 Stichwahlen standen noch bevor, von den 6, die davon verloren gingen, erhielten die Sozialisten 5. Im ganzen bekam die Fortschrittspartei 65 Mandate gegen 28 beim Schluß der letzten Session; das ist die höchste Zahl, die sie im Reichstag je besessen hat. Sie bildete nach der Zentrumspartei die stärkste Fraktion im Reichstage. In ähnlicher Weise stiegen die befreundeten Sezessionisten von 19 auf 47 Mandate. Der Sieg der Linken ging auf Kosten der Nationalliberalen und der Reichspartei, die nur noch eine Fraktion von 45 (statt 98) bzw. 27 (statt 56) Abgeordneten besaßen. Durch den Ruck nach

[3]) Bismarck beteiligte sich insofern an diesem Wahlkampf, als Graf Wilhelm am 25. Juni eine Wahlrede gegen die Fortschrittspartei hielt mit der Losung: „Nieder mit der Fortschrittspartei, nieder mit dem Fortschrittsring, nieder mit der Fortschrittstyrannei!" J. a. R. II, S. 231.

[4]) Besonders bezeichnend ist vielleicht, daß im Zentrum Schorlemer-Alst von Windthorst forderte, es müsse gegen die Juden „scharf losgezogen" werden, und daß Windthorst, um das zu verhindern, mehrmals mit der Niederlegung seiner Mandate drohen mußte. Bachem III, S. 418.

[5]) J. a. R. II, S. 241 f.

links kam eine konservativ-klerikale Mehrheit nur dann zustande, wenn Hannoveraner, Polen und Elsässer sich anschlossen, eine Mehrheit aus Konservativen und Nationalliberalen war auch dann nicht vorhanden, wenn die Sezessionisten beitraten. Die Fortschrittspartei gab immer den Ausschlag, wenn das Zentrum, wie meist in der vorigen Session gegen die Regierung stand.

Die Regierung machte sich über ihre vernichtende Niederlage keine Illusionen. Daß der Freihandel auch im neuen Reichstag keine Mehrheit hatte, wurde zwar für die Folgezeit sehr wichtig, war aber in der augenblicklichen Bedrängnis nur ein geringer Trost. Bismarck dachte an seinen Rücktritt oder den Eintritt des Zentrums in die Regierung.[6]) Das Zentrum war dadurch unentbehrlich, daß Richter seiner ganzen Haltung nach nicht für die Zusammenarbeit mit Bismarck in Frage kam.

So hat letztlich der Linksliberalismus dem Zentrum in den Sattel geholfen,[7]) und das ist das Bedenkliche an Richters Wahlsieg. Ferner hatte sich der Wahlkampf mehr gegen die Nationalliberalen gewandt, als gegen die anderen Gruppen und dadurch die im Grunde doch befreundete Partei unnötig verletzt.[8]) Vergebens bemühten sich die Sezessionisten, besonders Lasker, um eine Verständigung innerhalb der drei liberalen Parteien.[9]) Lasker schlug einen gemeinsamen leitenden Ausschuß vor, auch sollten alle Anträge den beiden anderen Parteien mitgeteilt werden,[10]) er wollte ein „aktionsfähiges Ganze" schaffen, — aber einer Zusammenarbeit mit dem Fortschritt wichen die schwergekränkten Nationalliberalen am 6. Dezember begreiflicherweise aus mit der Erklärung, man würde sich von Fall zu Fall mit den beiden anderen libe-

[6]) Poschinger: Parlamentarier I, S. 234. Bachem: IV, S. 42.

[7]) Bachem: IV, S. 46.

[8]) Rachfahl: a. a. O., S. 319.

[9]) Vgl. Oncken: II, S. 470 ff., besonders den Brief Laskers an Bennigsen vom 8. Nov. 1881 — S. 476 f. und Bennigsens Antwort vom 11. Nov. — S. 478 —: „Soviel kann ich aber wohl sagen, daß das Verhalten der Fortschrittspartei bei den Stichwahlen uns und der Zentrumsfraktion gegenüber nur wenig Vertrauen dazu einflößt, daß diese Partei oder wenigstens ihre jetzige Leitung eine über das allergewöhnlichste Fraktionsinteresse hinausreichende unbefangene Einsicht in die unerhörte Schwierigkeit einer Situation zu gewinnen vermag, in welcher 140 Mitglieder des Zentrums nebst welfischem, polnischem und französischem Anhang das eigentliche Schwergewicht bilden."

[10]) Oncken: II, S. 477.

ralen Gruppen verständigen, wünsche aber im übrigen, selbständig zu bleiben.[11]) Die Gefahr lag vor, daß gerade infolge des liberalen Wahlsieges die Nationalliberalen sich nach rechts entwickelten; wenn dann auch das Zentrum sich dem Kanzler näherte, — Windthorst hielt sich diesen Weg stets offen — so stand nicht mehr Bismarck im innenpolitischen Schach, sondern die Fortschrittspartei.

Die Rücktrittsabsichten gab Bismarck bald auf, in der Thronrede vom 17. November 1881[12]) findet man keine noch so leise Andeutung über diesen Plan, im Gegenteil, abgelehnte Vorlagen wie der Volkswirtschaftsrat und die stärkere Besteuerung der Getränke wurden dem Reichstag wieder angekündigt, sogar das Tabakmonopol wurde vorgelegt. Nach einem solchen Wahlergebnis sah Richter in diesen Plänen der Regierung nur Reaktion und Kanzlerdiktatur. Alle Verantwortung für die Radikalisierung der Wähler, für die Bismarck die Agitation der Fortschrittspartei verantwortlich machte, schob Richter auf den Kanzler.[13]) Nicht der Konstitutionalismus führe zur Republik, sondern der Absolutismus. Das jetzige Regierungssystem in Deutschland spitze sich nun dahin zu, den Kanzler im Amt bleiben zu lassen, und diese Absicht, nicht die Fortschrittspartei, beeinträchtige die Freiheit der Krone. Richter sprach aber die Hoffnung aus, daß die Hohenzollern keine Merowinger seien und „daß die Hohenzollern ein solches Hausmeiertum nicht aufkommen lassen werden.“[14]) Das war das gefährliche Stichwort, dem Bismarck später eine so verhängnisvolle Wirkung auf Kaiser Wilhelm II. zugeschrieben hat. Als dann noch im Reichstag ein fortschrittlich-sezessionistischer Antrag Annahme fand, die Mängel des Wahlverfahrens zu untersuchen und evtl. gesetzlich abzuändern, und als dieser scheinbar technische Antrag dazu benutzt wurde, die Sünden des letzten Wahlkampfes, besonders der Beamten, in liberaler Beleuchtung darzustellen, antwortete Bismarck mit grobem Geschütz. Es wird nicht falsch sein, den Erlaß des Königs von Preußen vom 4. Januar 1882 auf diesen fortschrittlich-sezessionistischen Antrag und das Wort vom Hausmeiertum, das von der fortschrittlichen Presse mit Jubel aufgenommen wurde, zurückzuführen.

Der erste Teil des Erlasses handelt von den Rechten des Königs, alle Regierungsakte seien Regierungsakte des Königs, nicht der Minister. „Es ist die Aufgabe Meiner Minister, Meine verfassungsmäßigen Rechte durch Verwahrungen gegen Zweifel und Verdunkelung zu vertreten; das Gleiche erwarte

[11]) Oncken: II, S. 479.
[12]) RST. 5 I 1, S. 1 f.
[13]) RST. 5 I 1, S. 94 f. 29. Nov.
[14]) ebenda S. 95.

Ich von allen Beamten, welche Mir den Amtseid geleistet haben.“ [15]) Der zweite Teil des Erlasses stellte fest, daß „für diejenigen Beamten, welche mit der Ausführung Meiner Regierungsakte betraut sind, und deshalb ihres Dienstes nach dem Disziplinargesetz enthoben werden können, die durch den Dienstеid beschworene Pflicht auf Vertretung der Politik Meiner Regierung auch auf die Wahlen sich erstreckt.“

Der Erlaß war für die Liberalen bedenklich, besonders der zweite Teil drohte sich bei späteren Wahlen gegen sie auszuwirken, er erinnerte die Fortschrittspartei etwas an die Konfliktszeit. Hänel nahm daher die erste sich bietende Gelegenheit wahr, und besprach den Königlichen Erlaß bei der dritten Etatsberatung am 24. Januar in ausführlicher Weise. Bismarck antwortete auf die juristischen Darlegungen Hänels zuerst mit staatsrechtlichen Ausführungen, entsprechend dem ersten Teil des Erlasses. [16]) Ein Konflikt drohe nicht: „das sind fromme Wünsche .... gegen den Konflikt übernehme ich die Garantie.“ [17]) Der Erlaß bezwecke lediglich, „die konstitutionellen Legenden zu bekämpfen, ... als ob es noch andere Rechtsquellen für uns gäbe, außer dem preußischen geschriebenen Rechte, als ob die zufällig in anderen Ländern bestehenden Traditionen oder Verfassungen auf irgend welche Gültigkeit bei uns in Preußen Anspruch hätten.“ [17]) In Preußen sei der König der wirkliche, faktische Ministerpräsident, der Satz le roi règne, mais il ne gouverne pas, sei für Preußen ungültig. Der zweite Teil des Erlasses lasse die Wahl der Beamten auch fernerhin frei, er verbiete den Beamten nur, außerhalb der eigenen Wahl tätig zu sein, z. B. schreibe er vor, Wahllügen zu widerlegen.“ Ist das zu viel. sollen sie sich der Lüge mitschuldig machen, indem sie dazu schweigen, wenn sie es besser wissen? .... Und von den unpolitischen Beamten verlangt Seine Majestät nichts“, [18]) nur daß sie sich der Agitation gegen die Regierung des Königs auch bei den Wahlen enthalten. Das sei aber schon eine Forderung des Anstandes. Diese Sätze konnte fast jede Partei unterschreiben, und so war der Schlag der Linken abgeglitten.

[15]) Schulthes: Europäischer Geschichtskalender, 23. Jahrg. 1882, S. 3 f.
[16]) RST. 5 I 1, S. 893 ff.
[17]) ebenda S. 893 f.
[18]) RST. 5 I 1, S. 899.

Kap. 6: **Die Session von 1882/83.**

Schon am 27. April trat der Reichstag wieder zusammen. Die Thronrede kündigte als wichtigste steuerliche Maßnahme das Tabakmonopol an, das in der vorigen Session unerledigt geblieben war. Bismarck hatte seit 1879 das Monopol auf einem Umwege zu erreichen gesucht, und zwar durch die Kaiserliche Tabakmanufaktur in Straßburg. Diese Anstalt, die aus der französischen Zeit übernommen worden war und für Rechnung der elsaß-lothringischen Landesverwaltung arbeitete, betrieb seit 1880 eine auffallend kräftige Werbung für den Absatz ihrer Fabrikate, eröffnete in ganz Deutschland Verkaufsgeschäfte und kaufte auch außerhalb der Reichslande, namentlich in Baden, Zigarrenfabriken auf für ihren eigenen Betrieb.[1]) Das alarmierte die Interessenten, und es setzte ein allgemeines Kesseltreiben gegen die Manufaktur ein, die dadurch sogar in finanzielle Schwierigkeiten geriet. Im Parlament übernahmen die Liberalen auch jetzt wieder die Führung der Opposition gegen das Monopol. Schon am 29. April ging dem Präsidium ein fortschrittlicher Antrag Ausfeld zu, der eine scharfe Erklärung des Reichstages gegen jede weitere Belastung des Tabaks und gegen das Monopol beantragte und außerdem eine Erklärung enthielt, daß die vorhandenen Einnahmen bei angemessener Sparsamkeit zum Ausgleich steuerlicher Härten genügten. Damit wurden also alle neuen Steuerreformpläne ein für allemal abgelehnt. Die Fortschrittspartei hatte sich durch diesen Antrag in einem möglichen Wahlkampf die Vorhand in der Agitation gegen das unbeliebte Monopol gesichert. Sollte der Monopolgedanke bei den anderen Parteien größere Vorliebe finden, so war im äußersten Falle die Bedrohung durch die Fortschrittspartei stark genug, um etwaige Monopolgedanken bei den Nationalliberalen oder den Sezessionisten im Entstehen zu ersticken, denn durch eine hervorragende und sehr erfolgreiche Agitation hatte die Fortschrittspartei es verstanden, das Monopol unbeliebt zu machen. Durch die monopolfeindliche Resolution von 1880 wurde überdies noch das Zentrum gebunden. Diese Partei hätte eine Belastungsprobe durch Wahlen wohl ausgehalten, sie hatte aber schon aus partikularistischen Neigungen keine besondere Vorliebe für ein Tabakmonopol. Minister Scholz hatte aus diesen Gründen bei der

[1]) Der Volksparteiler Sonnemann veranlaßte darüber am 17. März 1881 eine Debatte, in die auch Richter eingriff. Zweite Beratung des Etats RST. 4 IV 1, S. 336 ff.

ersten Beratung einen schweren Stand. [2]) Umsonst schilderte er die finanzielle Notwendigkeit des Monopols für das Reich, die Einzelstaaten und die Kommunen, vergebens suchte er die politischen Bedenken der Parteien zu zerstreuen, nur die Reichspartei und die Polen stimmten der Vorlage zu, selbst die Deutschkonservativen waren gespalten.

Es war der größte Erfolg, den Richter errungen hat. Mit dem Monopol beschäftigte er sich in seiner Rede nicht mehr, [3]) denn „mehr tot als tot kann auch diese Vorlage nicht gemacht werden," sondern mit dem Teil der Resolution, der sich gegen neue Steuererhöhungen richtete. Sollte der Sieg rechte Früchte bringen, so mußte Richter die Parteien für diesen innenpolitisch wichtigsten Teil gewinnen. Die Fortschrittspartei wollte mit dieser Resolution eine neue Tabaksteuer verhindern, „das wollen wir abschneiden, indem wir von vornherein sagen: bitte, bemühen Sie sich nicht, es wird nichts weiter gegeben." [4]) Weiterhin lag Richter daran, überhaupt die Steuerreform Bismarcks zum Scheitern zu bringen, die Entscheidung ging ihm um viel mehr, als nur um das Monopol. „An diesem Monopol muß der Wille des Kanzlers sich brechen ... Das deutsche Volk muß erfahren, daß es noch einen Willen gegen den Kanzler gibt, dann wird vieles in unserem Staatswesen freier und besser werden." [5])

Wirklich faßte die Kommission, die gegen Richters Willen eingesetzt worden war, eine Entschließung, die inhaltlich auf den Antrag Ausfeld hinauskam, und Richter zog deshalb aus taktischen Gründen den fortschrittlichen Antrag zurück. Der Kommissionsantrag war hervorgegangen aus einem Antrage von Lingens (Zentrum) und von Benda (NL.) und erklärte: „daß nach der erst durch Gesetz vom 16. Juli 1879 erfolgten Erhöhung der Tabaksteuer eine weitere Belastung und Beunruhigung der Tabakindustrie um so mehr unstatthaft erscheint, als die vorhandenen und in Zunahme begriffenen Einnahmen sowohl im Reiche als auch in den Einzelstaaten bei angemessener Sparsamkeit voraussichtlich Mittel bieten, die öffentlichen Bedürfnisse zu befriedigen und bestehende Mängel in der Steuer- und Zollgesetzgebung auszugleichen." [6]) Ben-

[2]) RST. 5 II 1, S. 104 ff. Das Monopol sollte im Beharrungszustand 163 Millionen, 118 Millionen mehr als die Steuer von 1879 einbringen. Die finanzielle Selbständigkeit des Reichs war damit erreicht.

[3]) RST. 5 II 1, S. 187 ff. 13. Mai.

[4]) RST. 5 II 1, S. 189.

[5]) RST. 5 II 1, S. 193.

[6]) RST. 5 II 5, S. 294 Anl. 35.

nigsen beantragte, den zweiten Teil [7]) zu streichen, Windthorst schlug eine mildere Fassung vor, beide wollten sich nicht alle Aussichten für eine spätere Verständigung mit Bismarck verbauen und sich die Marschroute von Eugen Richter vorschreiben lassen. Die Konservativen stellten sich auf einen ganz anderen Boden: sie bejahten die Notwendigkeit der Steuerreform voll und ganz und forderten in einem Antrage zu ihrer Durchführung höhere Börsensteuern und eine ergiebigere Branntweinbesteuerung. Damit setzten sie im Kampfe gegen Richter Agitation gegen Agitation.

Das Monopol war erledigt, und auch Bismarck sprach am 12. Juni [8]) in der zweiten Lesung nicht mehr in der Hoffnung, es zur Annahme zu bringen, sondern schilderte in allen Einzelheiten, wie dringend die Ermäßigung der neuen Steuern sei. Ob wir Geld brauchten, diese Frage sei in der Kommission gar nicht erst erörtert worden. „Das ganze macht auf mich den Eindruck des Requisitoriums eines Staatsanwalts, der à tout prix eine Verurteilung braucht.“ [9]) Aber mit der einfachen Ablehnung würde doch die Reformfrage nicht aus der Welt geschafft. Nicht sachliche Gründe, sondern Fraktionsinteressen hätten zur Ablehnung geführt. „Ich befinde mich da in meinen Bemühungen, ich möchte sagen, einem Ring von Fraktionen gegenüber .... weil die Fraktionen, auf deren Zustimmung es ankommt, entweder der Regierung überhaupt keinen Erfolg gönnen, oder doch nur unter gewissen Bedingungen mit irgend einem do ut des, was die Regierung in dem Maß nicht leisten kann. Wir würden die Unterstützung mancher Fraktion vielleicht haben, wenn wir uns in ihren Dienst begeben, wenn wir dem Kaiser zureden wollten, irgend ein Canossa zu machen — ich meine nicht ein klerikales, ich meine ein liberales Canossa.“ [10]) Der Kanzler war entmutigt, er hatte den Wunsch, zurückzutreten, aber das Gelöbnis nach dem Nobilingschen Attentat am Lager des verwundeten Kaisers und die Sorge um das Reich hielten ihn im Amt.

Hatte der Kanzler die Notwendigkeit der Steuerreformen dargelegt, so beeilte sich Richter am folgenden Tage zu beweisen, daß die Reformen auch ohne Steuererhöhungen möglich seien. [11]) Die Mittel zu Steuererlassen seien schon vorhanden durch das große Staatseisenbahnsystem, die umfassende Staatsindustrie und die vielen indirekten Steuern. Schon eine prozentual geringe Steigerung dieser Einnahmeposten ließe die Zahlen des Tabakmonopols weit

---

[7]) Von der Stelle: „als die vorhandenen .... “ ab.

[8]) RST. 5 II 1, S. 353 ff.

[9]) ebenda S. 359.

[10]) RST. 5 II 1, S. 362.

[11]) RST. 5 II 1, S. 381 ff.

hinter sich.[12]) Dann erläuterte Richter den Ausdruck „angemessene Sparsamkeit“ in der Resolution der Kommission. Er besage, daß man nicht mit den Einnahmen auch die Ausgaben steigen ließe, er schließe Reichszuschüsse aus für das Versicherungswesen und bedeute genaue Prüfung beim ganzen Etat, nicht nur beim Militäretat. Die Resolution sei kein philosophischer Lehrsatz für ewige Zeiten gegen jede neue Steuer — wenn z. B. das Schutzzollsystem aufgegeben würde, könnte man diese oder jene Steuer bewilligen — aber die Resolution lehne jede neue Steuer gegenwärtig ab.

Nach diesen scharfen Sätzen richtete der Reichskanzler in seiner Rede vom 14. Juli seine Angriffe wesentlich gegen die Fortschrittspartei und sogar gegen Richter persönlich[13]) „Ich vermeide in der Regel, soviel ich kann, mit dem Herrn Abgeordneten Richter direkt in Diskussion zu treten; — es hat das Schwierigkeiten für mich, denn ich sehe in der Art, wie jemand hier öffentlich spricht, eine Art von Selbsteinschätzung, keine finanzielle, aber doch in bezug auf das Maß der Achtung und Höflichkeit, welches jemand dadurch in Anspruch nimmt, daß er es anderen gewährt. In bezug auf diese Einschätzung treffe ich mit der meinigen und der Abgeordnete Richter mit der seinigen nicht vollständig zusammen, und es ist schwer, auf Vorwürfe gewisser Art anders als in dem gleichen Tone zu antworten.“

Im weiteren Verlauf forderte der Kanzler, da die Reform noch in den Anfängen stecke, besonders eine Entlastung der inländischen Kornerzeugung. Die ausländische ruiniere uns durch billiges Angebot, sie trüge nur den geringen Zoll. Anders als die jetzige Regierung könne auch Richter trotz seiner Resolution nicht regieren. Dagegen sei er, Bismarck, trotz der Maßlosigkeit der Parteidoktrin, schon 20 Jahre am Ruder. „Mit einem Parlament von Richtern, mit einem Parlament, in welchem der Abgeordnete Richter eine Majorität hat, würde ich allerdings nicht regieren können, damit kann überhaupt kein Mensch regieren.“ [14])

Richter begnügte sich damit, die Angriffe des Kanzlers einfach zurückzuweisen. „Wir sind keine Partei gegen die Person des Kanzlers, wir sind aber auch keine Partei für die Person des Kanzlers, weil für uns die Sache ent-

[12]) Nach Richters Ansicht war die Konjunktur besonders für die Industriebetriebe, sowie für Post und Eisenbahn in den letzten Jahren durch die Schutzzölle ungünstig beeinflußt worden.

[13]) RST. 5 II 1, S. 420.

[14]) RST. 5 II 1, S. 428.

scheidend ist. Heute ist dieselbe Sache, die wir auch morgen zu vertreten haben.“ [15])

Innenpolitisch bedeutsam war nicht die Ablehnung des Monopols, die jedermann erwartete sie wurde am 14. Juni 43:277 bei 43 Enthaltungen ausgesprochen sondern die Frage der Resolution. Zum allgemeinen Erstaunen konzentrierte sich das Zentrum nach rückwärts auf den Antrag Windthorst, es gab den Kommissionsantrag auf, obwohl es an dessen Zustandekommen maßgebend beteiligt war. Damit fiel die scharfe Verwahrung gegen neue Steuern weg. Richter warnte: wenn wir die Frage der Besteuerung offen lassen, besteht die Aussicht, daß der Reichstag auf einem anderen Wege doch wieder mehr Steuern bewilligt. Aber trotz seiner eindringlichen Ermahnungen wurde der Antrag Bennigsen, über den Richter und Rickert namentliche Abstimmung beantragten, 138:169 angenommen. Das war für die Regierung zweifellos ein Erfolg.

So hatte sich der Reichstag also nicht für alle Zeiten gegen neue Steuern ausgesprochen wie Richter es wollte, aber doch war die Ablehnung des Monopols für die Bismarcksche Steuerpolitik eine entscheidende Niederlage. Die Reform geriet ins Stocken, große umfassende Steuerpläne sind in der Bismarckschen Zeit nicht mehr zur Verwirklichung gelangt, und als um die Jahrhundertwende die Matrikularbeiträge für immer die Überweisungen aus der Franckensteinschen Klausel übertrafen, da war das alte Elend wieder da, die Bundesstaaten trugen mit ihren direkten Steuern die wesentliche Last der Reichsausgaben. Daß die Entwicklung in diesen Bahnen lief, ist vornehmlich Richter zuzuschreiben, der mit der Ablehnung des Tabakmonopols den Grundpfeiler an dem Bismarckschen Finanzgebäude zum Einsturz brachte.

Nach diesen Kämpfen wurde der Reichstag — er hätte, um nur die wichtigsten Vorlagen zu beraten, bis tief in den Sommer hinein tagen müssen gegen Richters Rat, auf Wunsch der Regierung und der großen Parteien, bis zum 30. November vertagt. In den langen Ferien versuchten die drei liberalen Parteien zu einer Einigung zu gelangen. Von der Fortschrittspartei traten Hänel und Virchow energisch für eine „gesamtliberale Kombination auf vernünftiger Grundlage“ ein, [16]) aber ohne Richter war nichts zu machen, wie besonders Lasker betonte. [16]) Geplant war ein Parteitag aller Liberalen zum 1. Oktober 1882 in Gotha mit dem Ziel des Zusammenschlusses. Der Partei-

[15]) RST. 5 II 1, S. 442.
[16]) Rachfahl: a. a. O., S. 319.

tag scheiterte an Richter, der jede Gemeinschaft mit den Nationalliberalen ablehnte und sich in der Fraktion durchsetzte.

Eine gewisse Tuchfühlung blieb aber nicht nur mit den Sezessionisten, sondern auch mit den Nationalliberalen bestehen, das zeigte sich bei der ersten Vorlage nach der Wiedereröffnung des Reichstages. Die Regierung legte mit dem Etat für 1883/84 zugleich den für 1884/85 vor, um später für die Beratung des Unfallversicherungsgesetzes möglichst viel Zeit zu gewinnen. Mit ähnlichen Gründen wie 1881 lehnten alle Liberalen den Vorschlag der Regierung ab. Rickert wurde mit seinem Antrage, nur den ersten Etat der Kommission zu überweisen, von Richter kräftig unterstützt. Richter redete dabei wieder einmal von Kanzlerabsolutismus, der durch dauernde Machterweiterung die Krone in der Berufung und Entlassung des Kanzlers mehr beschränke, als ein konstitutionelles Parlament, weil nur einer diesen einzigartigen Posten versehen könnte. Das war an den Kronprinzen gerichtet. Die Geschlossenheit der Liberalen vollendete die feurige und sorgfältige Rede Bennigsens gegen Doppeletats, die mit lebhaftem Beifall von der linken Seite aufgenommen wurde. Windthorst lehnte die Vorlage nicht geradezu ab, ein Teil des Zentrums hielt zweijährige Etatsperioden für zweckmäßig, aber er verlangte erst die Aufhebung der Kulturkampfgesetze. „Bis dahin lasse ich mich auf gar nichts ein .... So lange man den Knopf auf dem Beutel hat, spricht man mit.“ [17]) Danach war die Vorlage aussichtslos; der Antrag Rickert wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Bei der zweiten Etatsberatung unterwarf Richter die Kommissare der Militärverwaltung einem examen rigorosum. „Meine Herren, wenn die Armee der Stolz des Landes bleiben soll, was auch ich wünsche, so ist es um so mehr angemessen, daß, wo die Einrichtungen der Armee — und auch die Armee wird nicht Anspruch darauf machen, in jeder Beziehung vollkommen zu sein — Fehler und Mängel darbieten, diese öffentlich zur Kritik gestellt werden.“ [18]) Dieser tagelange parlamentarische Kampf um alle denkbaren Kleinigkeiten — sogar die Verschwendung von Platzpatronen kam zur Sprache — entbehrt nicht einer gewissen Komik, nach 50 Jahren hat die treuherzige und etwas kleinliche Art Richters etwas Spießbürgerlich-Lächerliches. Für Richter aber war diese Einzelkritik die rechte Ausübung der parlamentarischen Kontrolle, die Nachprüfung über ordnungsgemäße und sparsame Verwendung, und da er jetzt die parlamentarische Macht hatte, fühlte er sich verpflichtet zu ihrem Gebrauch.

Obwohl der Reichstag wegen der Sozialvorlagen im Sommer vertagt

[17]) RST. 5 II 1, S. 726, 11. Dez.
[18]) RST. 5 II 2, S. 992, 22. Januar 1883.

worden war, ging die Beratung der Unfallversicherungs- und Krankenkassenvorlage nicht recht vorwärts. Der Regierung riß die Geduld. Am 14. April 1883 verlas Finanzminister Scholz eine Allerhöchste Botschaft, in der die Hoffnung und der Wunsch ausgesprochen wurde, daß noch in dieser Session die beiden Vorlagen angenommen würden. Zugleich wurde für die nächste Session eine Alters- und Invalidenversicherungsvorlage angekündigt. Daraufhin trat am 19. April der Reichstag wenigstens in die zweite Beratung der Krankenkassenvorlage ein.

Richters Stellung zu diesem Gesetz war dieselbe wie schon beim Unfallversicherungsgesetz, das Verhalten der Partei ganz ähnlich wie 1881. Ihre Vertreter erklärten als einzige in der Kommission das Hilfskassengesetz vom 7. April 1876 für ausreichend.[19]) Von dieser Grundlage ging auch Richter aus.[20]) Er pries die Verdienste seines Freundes Schulze-Delitzsch und der Fortschrittspartei, die es immer für ihre Aufgabe gehalten habe, „den besonderen Bedürfnissen der Arbeiter im Vereinsleben durch entsprechende Rechtsformen Rechnung zu tragen." Die Vorlage der Regierung erschien ihm dagegen nur als ein Hemmnis der Entwicklung der freien Kassen. Richter warnte vor den unabsehbaren Folgen der Bismarckschen Sozialpolitik, die zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ungeeignet sei. Diese Vorlage „erscheint den Sozialdemokraten nur wie eine dünne Wassersuppe gegenüber der kräftigen Kost, die sie nach ihrer Vorstellung bietet." [21])

Für die dritte Beratung schlug die Fortschrittspartei im Sinne der Ausführungen Richters Änderungen und Streichungen vor, besonders die von Richter scharf kritisierte Gemeindekrankenversicherung sollte beseitigt oder doch eingeschränkt werden. Die Partei hatte damit keinen Erfolg, die Vorlage wurde als erste der Sozialvorlagen im wesentlichen nach dem Entwurf der Regierung angenommen.

Durch das ausdrückliche Verlangen der Kaiserlichen Botschaft vom 14. April hatte es Bismarck bei den Parteien durchgesetzt, daß schon in dieser Session der Etat für 1884/85 beraten wurde. Richter kritisierte scharf die viel zu frühe Vorlegung, die sichere Ansätze unmöglich machte, er beantragte also, den ganzen Etat der Kommission zu überweisen. Würde einmal ein Doppeletat angenommen, dann käme er auch wieder, Gründe fänden sich stets. „Wenn der Zweck des Parlaments der ist, unabhängig die Meinung zu äußern, nun, meine Herren, so ist es auch unsere Pflicht, dieser Aufgabe nach-

[19]) RST. 5 II 6, S. 767 f.
[20]) RST. 5 II 3, S. 1966 ff., 19. April.
[21]) RST. 5 II 3, S. 1972.

zukommen. . . . . . Derjenige verletzt die Pflicht gegen Kaiser und Reich, der etwa seine Überzeugung unterdrückt, weil sie abweicht von der des Monarchen, und der erweist sich treu zu Kaiser und Reich, der dieser Aufgabe entsprechend seine eigene Überzeugung zum Ausdruck bringt von dem, was er sachlich im Interesse des Landes hält."[22] Schließlich traf man den Ausweg, den ganzen Etat, nicht nur wie üblich einzelne Teile zur gründlichen Prüfung der Kommission zu überweisen.

Die dritte Beratung des Etats brachte eine politische Sensation. Am 11. Juni machte der Präsident Mitteilung von Bennigsens Mandatsniederlegung. Richter war nicht überrascht. Er konnte auch nicht wie vor ihm Rickert das Ausscheiden Bennigsens beklagen, liberal sein und mit Bismarck zusammen arbeiten, das vertrug sich nicht in Richters Augen. Seine Haltung im Sommer 1882 gegen den geplanten gesamtliberalen Parteitag wurde jetzt gewissermaßen gerechtfertigt. „Für mich war das längst kein Geheimnis mehr, daß Herr von Bennigsen nachgerade in seiner Partei im Landtag wie im Reichstag die äußerste Linke darstellte, und das war namentlich auch der Grund, warum ich meinerseits für meine Partei jedes Zusammenwirken im Landtag mit der nationalliberalen Partei in derjenigen Art, wie es formuliert war, im Anfang dieser Session von vornherein ablehnte . . . . Jede Zeit verlangt ihre besonderen Männer, und die Zeit der Vermittelung, des Kompromisses, für das Herrn von Bennigsen besondere Eigenschaften innewohnten, ist eben vorüber; man geht entweder mit dem Fürsten Bismarck durch dick und dünn, oder man befindet sich vom liberalen Standpunkt aus in einer entschiedenen Opposition, und was dazwischen ist, ist vom Übel."[23] Richter sah einen neuen Ansturm der „Reaktion" kommen und rief, wie vor ihm Rickert, alle Liberalen zum Zusammenschluß auf. Vielleicht erschien ihm die Vereinigung leichter, seitdem der Hannoveraner nicht mehr in Betracht kam. Die Entwicklung der Nationalliberalen mußte für Richter bedeutsam werden. Würde die nationalliberale Partei sich von der Krankheit, die sie seit 1878 befallen hatte, die ihr jetzt den langjährigen, erprobten Führer raubte, wieder erholen, sich in diesem Falle mehr zu Bismarck oder zu Richter neigen, oder würde sie vollends auseinanderfallen in freikonservativ und fortschrittlich beeinflußte Liberale? Dann hatte Richter als stärkste Führerpersönlichkeit des deutschen Liberalismus eine mächtige Stellung. Die Beantwortung dieser Frage ging niemanden mehr an als Bismarck und Richter.

[22]) RST. 5 II 4, S. 2360, 7. Mai 1883.
[23]) RST. 5 II 4, S. 3006, 12. Juni.

Kap. 7: Die Gründung der Freisinnigen Partei und die Reorganisation der Nationalliberalen. Die Session von 1884.

Die Mandatsniederlegung Bennigsens bedeutete nur den Auftakt zu einer großen Umschichtung im liberalen Lager. Im Frühjahr 1884 wurde die Freisinnige Partei gegründet. Vorbereitende Verhandlungen zwischen Fortschrittlern und Sezessionisten waren schon seit Ende 1883 im Gange.[1]) Auf der einen Seite war nach Laskers Tod (4. Januar 1884) besonders Rickert, auf der anderen der den Sezessionisten nahe stehende Hänel die treibende Kraft. Richter hatte an sich zu Verhandlungen wenig Neigung, aber Entmutigungen bei Wahlvorbereitungen - nach seiner Schätzung waren mindestens zehn fortschrittliche und neun sezessionistische Wahlkreise gefährdet — stimmten ihn um.[2]) Am 25. Januar 1884 bat er Hänel, mit den Sezessionisten Fühlung zu nehmen, um eine Fusion vorzubereiten. Das fortschrittliche Angebot wurde von den Sezessionisten ziemlich kühl aufgenommen, man fürchtete Richter im Grunde, aber geradezu sein Angebot abzulehnen, wäre für den Bestand der Partei gefährlich geworden. Also schraubten die Sezessionisten ihre Forderungen so hoch, daß sie annehmen konnten, Richter würde verzichten. Dieser Umstand und die merkwürdige Tatsache, daß das Angebot von fortschrittlicher Seite ausging, obwohl an sich die junge Liberale Vereinigung anlehnungsbedürftiger war, erklären es, daß im wesentlichen die Sezessionisten die Oberhand behielten. Die Fortschrittspartei gab sogar ihren alten Namen auf, der für die preußischen Wähler mit einer großen Geschichte verbunden war,[3]) auch

[1]) Vgl. zum folgenden Rachfahl: a. a. O., S. 321 ff.; Philippson, S. 349 ff.

[2]) Die Vermutung Philippsons — S. 351, ebenso Gozel: a. a. O., S. 7 — Richter hätte die Fusion gewünscht, um das finanzkräftige sezessionistische Bürgertum zu gewinnen, hat Rachfahl Seite 3211 als irrig nachgewiesen.

[3]) Virchow erfuhr erst am 1. März von der Vereinigung, denn alles war streng geheim gehalten. Er war nicht übermäßig begeistert und vermißte „deutsch" und „fortschrittlich" im Parteinamen. „Freisinnig allein ist ein Brot ohne Butter", erklärte er lakonisch. Richter wurde durch ihn stutzig, und setzte es durch, daß der Bezeichnung „Deutsche freisinnige Partei" bzw. „Liberale fortschrittliche Vereinigung" dem neuen Parteinamen hinzugesetzt werden konnte, wenn die örtlichen Verhältnisse dazu rieten. Das galt besonders für Berlin. Rachfahl, S. 329 f.

die Frage des Militärbudgets wurde nicht im Sinne der Fortschrittspartei entschieden, es hieß jetzt im Programm „Feststellung der Friedenspräsenzstärke innerhalb jeder Legislaturperiode“. Dabei hatte die Fortschrittspartei nicht um die dreijährige, sondern um die alljährliche Festsetzung seit 1861 ihre großen Kämpfe geführt.

Am 5. März 1884 erteilten die Fraktionen ihre Zustimmung, am 16. traten die beiden Parteitage zusammen, um die Fusion zu genehmigen.[4]) Den Vorsitz der Partei erhielt Stauffenberg, Richter mußte sich mit dem Vorsitz des Geschäftsführenden Ausschusses begnügen. Das war zwar ein weniger ehrenvolles, aber vielleicht wichtigeres Amt, und Richters Anlagen vorzüglich angepaßt. Im Laufe der Zeit bekam Richter, obwohl er zuerst zurückgedrängt war, einen größeren Einfluß als die Sezessionistenführer.

Die Gründung der Freisinnigen Partei fiel beinahe zusammen mit der Neuorientierung der Nationalliberalen. Miquel führte im Heidelberger Programm die Partei nach rechts (23. März 1884), und Bennigsen war damit einverstanden. Die Wendung zu Bismarck war noch stärker als 1867, die Partei wurde eine Bismarckpartei fast in dem Sinne wie die Reichspartei, und die Stellung zum Kanzler bestimmte das Verhältnis der beiden liberalen Parteien untereinander schließlich mehr, als die gemeinsame Abstammung von der Fortschrittspartei. Durch die Fusion und das Heidelberger Programm wurde das liberale Bürgertum endgültig gespalten in Gegner und Anhänger Bismarcks, und es ist eine eigentümliche Ironie der Geschichte, daß gerade durch die Sammlungsaktion, die vom linken Flügel ausging, durch diesen Versuch einer Restauration der alten Fortschrittspartei, gerade das vereitelt wurde, was diese Aktion herbeiführen sollte: eine große liberale Bürgerpartei, die in der sicheren Ruhe einer starken Machtstellung wartete, bis der kommende Herrscher sie berief zur parlamentarischen Regierung.

Obwohl bei der Fusion die Sezessionisten die Oberhand behalten hatten, betrachtete Bismarck von Anfang an Richter als den eigentlichen Führer der Partei, der in ihr seine radikalen Ideen zum Siege führen werde. Dadurch, daß der Kanzler die Freisinnigen unterschiedslos wie Fortschrittsleute behandelte, — er hat sogar nie den Namen „Freisinnige Partei“ gebraucht, sondern immer von der „Fortschrittspartei“ gesprochen — drängte er die Partei zur „Negation“, und es kommt auch auf sein Konto, wenn der rechte Flügel seine

[4]) Von den 106 Reichstagsabgeordneten traten 100 der neuen Partei bei, 3 fortschrittliche und 3 sezessionistische Abgeordnete blieben selbständig.

anfänglich starke Stellung immer mehr verlor, und der linke immer einflußreicher wurde, so daß die Partei später ihrer Politik nach wirklich fast genau die alte Fortschrittspartei darstellte. Die Taktik des Kanzlers und Richters parlamentarisch-agitatorische Überlegenheit über die Führer des rechten Flügels haben beide die Freisinnige Partei radikalisiert. Der Kanzler glaubte nicht an eine Rechtsschwenkung des Fortschritts, sondern sah in der Fusion eine Radikalisierung der Liberalen, die ihm seine Innenpolitik sehr erschwerte und sogar seine Zukunft bedrohte. Diese Sorge war nicht unberechtigt: der Kronprinz zeigte für die Partei großes Interesse, er war der erste außerhalb der Partei, der nach Einsicht in das Programm freisinnige Abgeordnete zu der Neugründung beglückwünschte. [5])

Aber auch schon jetzt ohne den Kronprinzen als Kaiser konnten die Freisinnigen unter ihren tüchtigen Führern dem Kanzler recht lästig werden, bildeten sie doch jetzt schon die stärkste Fraktion im Reichstage. Ob es Miquel gelang, die Nationalliberalen ganz für sich zu gewinnen und dadurch dem Kanzler Luft zu schaffen, war noch nicht sicher; außerdem konnte der Thronwechsel bei dem hohen Alter des Kaisers jederzeit eintreten. Man darf die Gründer der Freisinnigen Partei nicht Utopisten schelten; daß Kaiser Friedrich erst spät und als ein Sterbender den Thron bestieg, als zu allem Überfluß die Zersetzung der Freisinnigen Partei schon begonnen hatte, war nicht vorauszusehen. Im Gegenteil, dieser letzte Versuch des Liberalismus, das Reich für sich zu erobern, trug eine große Wahrscheinlichkeit des Gelingens in sich.

Nach der Gründung der Freisinnigen Partei begab sich der Kanzler sofort nach Berlin. Gegen den ersten Punkt des freisinnigen Programms: „Gesetzliche Organisation eines verantwortlichen Reichsministeriums“, der für die Entwicklung der Verfassung im parlamentarischen und unitarischen Sinne später unter Kaiser Friedrich wichtig werden konnte, machte Bismarck den Bundesrat mobil, der am 5. April 1884 sich förmlich gegen ein verantwortliches Reichsministerium aussprach. Damit hatten die Verbündeten Regierungen sich gebunden gegen etwaige Wünsche des kommneden Herrschers. Richter erkannte klar die Absicht, „dem Liberalismus die Zukunft zu vermauern und insbesondere zu verhüten, daß durch die Initiative der Krone in der Zukunft anstatt des einen verantwortlichen Reichskanzlers ein kollegiales Ministerium verantwortlicher Minister eingesetzt wird.“ [6])

Im Reichstage — er wurde am 6. März eröffnet — suchte Bismarck die

---

[5]) Richter: ABC-Buch 1890, S. 104.
[6]) Richter: Session 1884, S. 496.

Freisinnigen und Nationalliberalen zu veruneinigen durch die Peitsche für den einen, Zuckerbrot für den anderen Teil, zunächst bei der Debatte über Laskers Tod (4. Jan. 1884) am 13. März, als Bismarck Bennigsen als seinen „politischen und persönlichen Freund“ [7]) erklärte, Lasker aber als den Mann hinstellte, der ihm das Leben sauer gemacht, seine Pläne und Vorlagen verschlechtert und vereitelt habe.

Die nächste Gelegenheit, die Liberalen zu entzweien, bot sich dem Kanzler bei der Beratung des Unfallversicherungsgesetzes. Bismarck warb um das Zentrum und, es war noch vor Heidelberg, [8]) besonders um die Nationalliberalen, [9]) während er die zehn Tage alte Freisinnige Partei genau so feindselig behandelte, wie früher die Fortschrittspartei. Der Kanzler wurde scheinbar gerechtfertigt dadurch, daß die Freisinnigen, genau wie früher die Fortschrittspartei, die Unfallversicherung ablehnten, obwohl das Gesetz völlig umgeändert und auf genossenschaftliche Grundlage gestellt worden war. Die Träger der Versicherung waren jetzt Berufsgenossenschaften, nicht mehr eine Reichsanstalt, der Reichszuschuß war weggefallen und auch Arbeiterausschüsse eingesetzt worden, dagegen wurden die Privatgesellschaften nach wie vor abgelehnt. An deren Zulassung aber hielten die Freisinnigen genau so fest, wie früher die Fortschrittspartei, ebenso verwarfen sie den Beitrag der Arbeiter zu den Versicherungsunkosten, denn die Unfallentschädigung rechneten sie zu den Produktionskosten.

[7]) RST. 5 IV 1, S. 130.

[8]) Auffällig ist zu diesem Zeitpunkt ein Rat des Kanzlers, den er offensichtlich den Nationalliberalen gab. Er forderte die Parteien ohne Rücksicht auf die Parteidoktrin erst allgemein zur Mitarbeit auf, um dann fortzufahren: „Im übrigen aber glaube ich, daß die politischen Parteien und die Gruppierung nach hoher Poltiik und politischen Programmen sich überlebt haben. Sie werden allmählich, wenn sie es nicht freiwillig tun, gedrängt werden, daß sie Stellung nehmen zu den wirtschaftlichen Fragen und mehr als bisher Interessenpolitik treiben. . . . . Sie werden genötigt sein, sich nach neuen Programmen auf wirtschaftlichem Gebiete umzusehen.“ (RST. 5 IV 1, S. 75). Soweit es möglich war, ist dieser Aufforderung, die wirtschaftlichen Interessen in den Parteien zu pflegen, im Heidelberger Programm entsprochen worden. Ob Miquel und Bismarck unabhängig voneinander zu den gleichen Anschauungen kamen, oder ob sie irgendwie miteinander in Verbindung gestanden haben, kann allerdings aus dieser Stelle nicht geschlossen werden. — Übrigens besagt Bismarcks Ausspruch auch das, daß er die Gründung der Freisinnigen Partei „nach hoher Politik und politischen Programmen“ für nicht mehr zeitgemäß hielt.

Eine ähnliche Stellung wie die Freisinnigen nahmen in der ersten Lesung die Nationaliberalen ein, als aber am 13. März Bismarck um ihre Mitarbeit warb, als die Süddeutschen in Heidelberg die Hoffnung aussprachen, „daß das Unfallversicherungsgesetz noch in der gegenwärtigen Session des Reichstages zustande kommt,“ [10]) und der Berliner Parteitag am 18. Mai sich dem anschloß, da gerieten diejenigen Nationalliberalen, die das Gesetz angegriffen hatten oder noch Lust dazu verspürten, in eine schiefe Lage. Die Nationalliberalen fielen in aller Form um. Bismarcks Werbung war erfolgreich gewesen. Der Antrag Oechelhäuser zur Rettung der Privatgesellschaften war nur, wie Richter zornig bemerkte, [11]) eine „Rückzugsbrücke“, „die bekannte weiße Salbe, die immer angewandt wird, wenn man einen tiefen inneren Schaden zu verdecken hat.“ Die freisinnigen Anträge auf Zulassung der Versicherungsgesellschaften fanden nur noch die Unterstützung der kleinen süddeutschen Volkspartei.

Doch Richter gab auch in der dritten Beratung den Kampf zur Gewinnung der Nationalliberalen nicht auf. (27. Juni). Er machte auf die wirtschaftlich bedenklichen Folgen aufmerksam: Stärkung der staatlichen Allgewalt, außerdem Stärkung der Macht der Arbeitgeber über die Arbeiter und Abhängigkeit der Arbeiter in wichtigen Lebensverhältnissen von staatlichen Organisationen. Noch wichtiger war für Richter die politische Seite: zu den Interessenvertretungen, die der Reichskanzler am 15. März empfohlen hatte [12]), werde hier der Anfang gemacht. „Dann haben wir die Regierung eben als Instanz, die allein das allgemeine Interesse vertritt, und alle Abgeordneten vertreten nur Einzelinteressen, Sonderinteressen, und bei dem Widerspruch der Interessen ist natürlich immer der Wille der Regierung entscheidend. Dann ist das autokratische Element fertig in der Form des Scheinkonstitutionalismus. Darauf geht diese ganze Sache hin und Sie selbst tragen dazu bei, die erste Stufe zu zimmern an diesem System. . . . . Hier vollzieht sich seitens der nationalliberalen Partei eine Scheidung vom Liberalismus, schwerer, als sie je auf irgendeinem Gebiete in einer Frage stattgefunden hat.“ [13]) Aber weder bei den Nationalliberalen noch beim Zentrum fand Richter Gehör. Seine Rede kam allenfalls für die Wahlen in Frage.

[9]) RST. 5 IV 1, S. 73 ff. 15. März.
[10]) Richter: Session 1884, S. 527.
[11]) RST. 5 IV 2, S. 814, 18. Juni, 2. Lesung.
[12]) Siehe oben S. 99, Anm. 1.
[13]) RST. 5 IV 2, S. 1117.

Beim Unfallversicherungsgesetz war es dem Kanzler gelungen, die Freisinnigen zu isolieren, noch schlimmer erging es ihnen bei der Verlängerung des Sozialistengesetzes. Noch bevor sie gesprochen hatten, eröffnete Bismarck den Angriff auf die Freisinnigen, um ihnen den Makel der Sozialistenfreundlichkeit anzuheften. Wenn trotz der günstigen Wirkung des Gesetzes die Zahl der Unzufriedenen sich mehrt, so liegt das, behauptete der Kanzler,[14]) nicht am Versagen des Gesetzes, „sondern daran, daß der Sozialdemokratie noch die Agitationsbestrebungen anderer Parteien zur Seite stehen, die fortschrittliche Agitation gegen die Regierung, die Verdächtigung der Regierung in der fortschrittlichen Presse. . . . . Der fortschrittliche Abgeordnete — um Gottes Willen! kein Abgeordneter, der fortschrittliche Zeitungsschreiber, will ich sagen, das wird nie ein Abgeordneter tun — der seinerseits die Absichten der Regierung als egoistisch, als Unsinn, als freiheitsfeindlich darstellt, der in Wahlreden — natürlich wird er nicht gewählt, denn es soll ja von keinem jetzigen Abgeordneten gesagt werden — der Wahrheit ins Gesicht schlägt und von Dingen erzählt, die er besser weiß, und der nachher, wenn man ihn wegen Injurien belangt, sagt, so hätte er es nicht gemeint, ... der trägt ebenso gut zur Vergiftung des gemeinen Mannes bei, wie der Herr Abgeordnete Bebel. . . . . Sie sind bloß weniger faßbar, und ich klage vor Deutschland die Fortschrittspartei an, daß sie in ihren Reden, Preßorganen und Verdächtigungen gegen die Regierung die Unzufriedenheit im Lande nährt und schürt.“[15])

Leider war trotz dieser scharfen Angriffe des Kanzlers die Haltung der Freisinnigen zum Sozialistengesetz nicht einheitlich. Meinungsverschiedenheiten über die Stellungnahme zu den Sozialisten hatten sich schon in der viel einheitlicheren Fortschrittspartei gezeigt im Januar 1883. Als damals Liebknecht die Aufhebung aller Ausnahmegesetze beantragte, konnte Richter zu keinem klaren Ja kommen, weil er seiner Freunde nicht sicher war, er verschanzte sich hinter juristischen Bedenken.[16]) Jetzt kam hinzu, daß die Sezessionisten eine grundsätzlich andere Stellung zum Sozialistengesetz einnahmen als die Fortschrittler, sie hatten 1880 für die Verlängerung gestimmt. Innenminister Puttkamer konnte in der zweiten Lesung den Parteivorsitzenden Stauffenberg, der auch jetzt in der Debatte für Übergangszeiten ein gewisses Staatsnotrecht anerkannt und sich auch sonst zur Vorlage freundlich gestellt hatte, gegen Richter ausspielen. Bismarck setzte seine Angriffe gegen die

[14]) RST. 5 IV 1, S. 161 ff. 20. März 84, 1. Beratung.
[15]) RST. 5 IV 1, S. 163 f.
[16]) RST. 5 II 2, S. 853, 11. Jan. 1883.

„Fortschrittspartei“ verschärft fort. Bei eventuellen Neuwahlen - für den Fall der Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes lag die Auflösungsordre schon bereit,[17]) — dürfe der Wähler nicht dem Irrtum verfallen, sich vor der Sozialdemokratie dadurch zu schützen, daß er fortschrittlich wähle, denn die Fortschrittspartei bahne der künftigen Herrschaft der Sozialdemokratie den Weg. „Wollen Sie die sozialistische Gefahr los sein, wählen Sie keinen fortschrittlichen Abgeordneten.“[18])

Mit diesen Worten gab Bismarck die Parole gegen Sozialdemokratie und Freisinn zugleich aus, da Neuwahlen ihm keinen Erfolg gebracht hätten, wenn statt der Sozialdemokraten nur Freisinnige in den Reichstag eingezogen wären. Die Parole war geschickt gewählt, denn die Stimmung im Lande war dem Sozialistengesetz günstig. Richter, der anerkannte Führer der Opposition, erhielt neben vielen Drohbriefen sogar ein Todesurteil, das mit einem Hoch auf den Kanzler schloß.[19]) Es war natürlich, daß in seiner Erwiderung umgekehrt Richter den Kanzler als Schrittmacher der Sozialdemokratie zu kennzeichnen suchte: seine Sozialpolitik führe konsequent zum sozialistischen Staat, mehr noch als die Ziele des Reichskanzlers hätten seine Methoden Ähnlichkeit mit denen der Sozialdemokratie. Wie Lassalle die Arbeiter, so rufe Bismarck die Landleute auf, ihre Interessen wahrzunehmen. Übrigens müsse aus der Kanzlerrede jeder Unbefangene den Eindruck gewinnen, daß es Bismarck weitmehr um die Bekämpfung der Fortschrittspartei oder der Freisinnigen Partei, als um die Bekämpfung der Sozialdemokratie zu tun sei. „Der Herr Reichskanzler will ein Armeekorps im Rücken der Liberalen formiert haben, die Sozialisten.“[20]) Richter sah deutlich, daß der Kanzler mit einem Wahlkampfe mehr beabsichtigte, als nur die Verlängerung des Sozialistengesetzes. „Es handelt sich um weit mehr, als um das Sozialistengesetz, es wird sich dann in dem Kampfe einzig und allein darum handeln, ob der Liberalismus in der nächsten Zeit in Deutschland noch eine Zukunft hat, oder ob es dem Herrn Reichskanzler gelingt, dem Liberalismus diese Zukunft zu verbauen.“[21]) Bismarck bestätigte diese Ansicht Richters, er betrachte es als die Aufgabe seines Lebens, als seine Pflicht, dem Kaiser und dem Lande gegenüber, „diesen Liberalismus zu bekämpfen bis zum letzten Atemzug . . . . . daß sie (die

---

17) Poschinger: a. a. O. I, S. 258. Bismarck sprach das ziemlich deutlich in seiner Reichstagsrede aus.
18) RST. 5 IV 1, S. 483, 9. Mai.
19) RST. 5 IV 1, S. 471.
20) RST. 5 IV 1, S. 498 f.
21) RST. 5 IV 1, S. 500.

Sozialdemokratie) im Staat zur Herrschaft gelangen, uns in Mark und Blut vergiften wird, das glaube ich nicht. Wohl aber traue ich das der Fortschrittspartei zu; ihr Gift ist mächtiger als das der Sozialisten. Bei den falschen geschichtlichen Traditionen, welche lügenhafte Historiker des Liberalismus, seit 50, 100 Jahren in die Welt gesetzt haben und seit länger noch, ist die fortschrittliche Mischung viel giftiger, als die der Sozialisten." [22])

Bismarck wollte mit diesen Angriffen entweder einen Teil der Freisinnigen absplittern und für die Zustimmung zum Sozialistengesetz gewinnen, oder aber die junge Partei, wenn sie sich nicht durch Drohungen beugen ließ, bei Neuwahlen zerschmettern. Er stellte die Freisinnige Partei kurz nach ihrer Gründung vor eine sehr schwere Entscheidung. Die Annahme des Sozialistengesetzes, zu der die ehemaligen Sezessionisten neigten, konnte nach den überaus heftigen Angriffen des Kanzlers auf den Linksliberalismus nur als Schwäche gewertet werden; außerdem brachte sie die Partei in die schwere Gefahr, wenige Wochen nach der Gründung schon wieder auseinander zu fallen. Denn der fortschrittliche Flügel hatte bei den Fusionsverhandlungen großen Wert darauf gelegt, die „Gleichheit vor dem Gesetz ohne Ansehen der Person und der Partei (!)" [23]) im Programm ausdrücklich als eine der wichtigsten Forderungen der Partei festzulegen. Es war für die ehemals fortschrittlichen Abgeordneten eine Prestigefrage und eine Frage der Verantwortung vor ihren Wählern, daß dieser Programmpunkt auch vom anderen Vertragspartner beachtet wurde, nachdem die Fortschrittspartei so ungeheuer viel geopfert hatte. Wenn nun aber die freisinnige Partei das Sozialistengesetz ablehnte, dann kam die Vorlage zu Fall, der Reichstag wurde aufgelöst, und nach der Rede des Kanzlers war das Schlimmste an Agitation gegen die junge Partei zu erwarten. Ob sie diesen Stoß ausgehalten hätte, ist mindestens fraglich.

Die Spannung war allgemein, als die Konservativen am 10. Mai in der zweiten Lesung die namentliche Abstimmung beantragten. Die Verlängerung des Sozialistengesetzes wurde 189:157 angenommen. Nicht nur die Freisinnigen hatten sich gespalten, sondern auch das Zentrum. Von den Freisinnigen stimmten 26, davon 24 frühere Sezessionisten, mit Ja, 61 mit Nein.

Diese Extratouren konnte sich das Zentrum vermöge seiner eigenartigen Zusammensetzung ohne erheblichen Schaden leisten, nicht aber die Freisinnige Partei. Richter stand vor qualvoller Entscheidung. Hatte er nicht als das Haupt der alten, aufrechten Fortschrittspartei vor seinen Wählern die Pflicht,

[22]) RST. 5 IV 1, S. 500 f.

[23]) Festgelegt im Punkt 2 des Programms.

nach diesem offenbaren Verstoß der Sezessionisten gegen die getroffenen Abmachungen die Fusion rückgängig zu machen? „Ich stand auch bei den Verhandlungen über die Fusion", erklärte er am 12. Mai im Reichstage,[24]) „vollständig unter dem Eindruck und hatte ein Recht, es zu sein, daß diese Auslegung des Programms von seiten der anderen Partei geteilt wird. . . . . Erst nach der Fusion erfuhr ich, daß einige Herren der früheren liberalen Vereinigung — die Herren hatten früher für die Verlängerung des Sozialistengesetzes gestimmt — der Ansicht seien, das Programm schließe nicht aus, einem bereits bestehenden Gesetze gegenüber für Übergangsbestimmungen oder für Ergänzung des gemeinen Rechts zu stimmen. . . . . Wenn auf Grund des Sozialistengesetzes eine Auflösung erfolgen sollte, so würden meines Erachtens über die Voraussetzung der Fusion weitere Verhandlungen notwendig geworden sein." Richter hielt es für falsch, sich nach den Angriffen Bismarcks auf den Liberalismus in den „Schmollwinkel" zurückzuziehen durch Austritt aus der Partei oder Rücktritt von seinen Ämtern. Nicht einmal zur Rechenschaft ziehen konnte Richter die Dissentierenden, er hätte die Sprengung der Partei befürchten müssen. Diese Verantwortung konnte und wollte Richter nicht tragen, und so blieb die Einheit der Partei äußerlich erhalten. Daß die 26 sich verpflichteten, nicht wieder für eine Verlängerung zu stimmen, war ein magerer Trost.

Schlimm war es, daß die Freisinnige Partei fortan stets von den Sozialdemokraten der Doppelzüngigkeit geziehen wurde, schlimmer noch, daß der Kanzler durch diesen Erfolg Zwietracht in die Fraktion gesät hatte, und es jetzt deutlich in die Erscheinung trat, daß starke prinzipielle Gegensätze bei den Freisinnigen vorhanden waren. Vielleicht ließ sich später einmal die Partei mit einer ähnlichen Vorlage wirklich sprengen. Die Bedrohung Bismarcks durch die Freisinnigen hatte viel von ihrem Schrecken eingebüßt, der Sieg des Kanzlers war darum groß und bedeutend.

Für die meisten überraschend begannen in dieser Zeit die Kolonialpläne der Regierung eine feste Gestalt anzunehmen. Zunächst tastete Bismarck das Gelände vorsichtig ab mit der Postdampfervorlage. Danach sollte der Reichskanzler ermächtigt werden, für eine Postdampferlinie nach Ostasien und Austra-

[24]) RST. 5 IV 1, S. 549, 3. Lesung. Bebel hatte vorher die Freisinnige Partei wegen ihrer schwächlichen Haltung angegriffen und dabei als Hauptwaffe die unglücklicherweise gerade 14 Tage vorher gedruckte Rede Richters zur Empfehlung der Fusion auf dem letzten Parteitag der Fortschrittspartei benutzt, in der Richter ausgeführt hatte, daß durch den Punkt 2 des Programms alle Freisinnigen gehalten seien, gegen das Sozialistengesetz zu stimmen.

lien eine jährliche Subvention zu zahlen bis zur Höhe von 4 Millionen Mk. Anfangs wurde die eigentliche Absicht noch verhüllt, die Vorlage erschien auf dem Postetat und wurde vom Staatssekretär des Generalpostamtes, Dr. von Stephan [25]) lediglich mit postalischen und allgemein handelspolitischen Gründen verteidigt. Selbst er war nicht von den kolonialen Plänen des Kanzlers unterrichtet. [26]) Das war nötig aus außenpolitischen und besonders aus innenpolitischen Gründen, denn der Reichstag hatte 1880 den ersten Fühler in der Kolonialpolitik, die Samoavorlage, mit großer Mehrheit zurückgewiesen.

Richter betrachtete die Vorlage mit den Augen des Binnenländers, übrigens war nicht er, sondern Bamberger der heftigste Gegner der Vorlage. Die Dampfersubvention war für Richter eine Kapitalsanlage, von der man, wie bei allen Kolonialunternehmungen, die Rente nicht im voraus bestimmen konnte, sie war in diesem Sinne ein wirtschaftliches Wagnis. Es störte Richter als genauen Rechner, daß Stephan nur Wahrscheinlichkeiten, keine festen Zahlen beibringen konnte, er wollte Sicherheiten. „Ich sitze jetzt hier 13 Jahre, aber habe noch niemals eine so schwache Verteidigung einer Regierungsvorlage erlebt, wie heute.“ [27]) Diese 4 Millionen waren für Richter Verschwendung. Er malte in den glühendsten Farben Bilder von Steuererleichterungen und wünschenswerten Ausgaben, die er mit 4 Millionen bestreiten wollte. „Das, was hier als krämerisch bezeichnet wird, ist der Geist altpreußischer Sparsamkeit, der leider unseren Chefs immer mehr abhanden kommt, da müssen wir gerade wieder hinkommen.“ Er wollte nicht in eine Periode von Subventionen eintreten, das war entscheidend für seine Ablehnung.

In der Kommission betrieben das Zentrum und die Freisinnigen mit Erfolg — der Schluß der Session stand bevor — eine Verzögerungstaktik. Die Sitzungen wurden mehrmals verschoben, sehr zum Verdrusse des Kanzlers. Bismarck erschien — eine seltene Ausnahme — am 23. Juni abends in der Kommission und deckte dort seine Karten auf, die Verhandlungen mit England über Angra Pequena waren zu einem gewissen Abschluß gelangt. Er sprach über Kolonialpläne und die Grundzüge seiner Kolonialpolitik. Die parlamentarische Aussprache schien damit abgeschlossen zu sein, als aber bei der Beratung des koreanischen Handelsvertrages am 26. Juni 1884 die Dampfervorlage von den Konservativen wieder in die Debatte hineingezogen wurde, wiederholte Bismarck im Plenum seine Ausführungen und schilderte die Entstehungsgeschichte der Kolonialpolitik.

[25]) 1. Beratung, 14. Juni.
[26]) RST. 5 IV 2, S. 1060, 26. Juni. Rede Bismarcks.
[27]) RST. 5 IV 2, S. 738.

Noch 1881 hatte er einen Kolonisationsplan des Missionars Fabri abgelehnt, [28]) dann aber kamen Anträge hanseatischer Kaufleute auf Reichsschutz, und Bismarck gab seine Zurückhaltung auf. „Ich habe nicht den Mut gehabt, diese Bankerotterklärung der deutschen Nation auf überseeischen Unternehmungen den Unternehmern gegenüber als Reichskanzler auszusprechen.“ [29]) Auch der Kanzler war noch ein Suchender auf dem Gebiete der Kolonialpolitik und Kolonialverwaltung, er sprach sich aber jetzt schon gegen das „französische“ System mit Garnisonen und bürokratischem Beamtentum aus und wollte lieber nach englischem Muster Freibriefe ausstellen, nach denen die Regierung der Kolonien im wesentlichen Sache der betreffenden Gesellschaft war und das deutsche Reich nur durch einen Konsul oder Residenten vertreten sein würde. Dann lag das Risiko bei den Beteiligten selbst, das Reich war verhältnismäßig unbeteiligt, hatte so gut wie keine Ausgaben und war gegen Verluste geschützt.

Das konnte auch Richter unterschreiben. Die Rede des Reichskanzlers kam ihm angesichts der Wahlen und der viel weitergehenden Pläne der nationalliberalen Presse sicher nicht ungelegen. Er nahm Bismarcks Erklärungen an. [30]) „Der Herr Reichskanzler hat heute — das hebe ich ganz besonders hervor — gesagt, die Kolonialpolitik — auf das Wort kommt es ja nicht an — wie er sie sich denkt, sei imstande, auch die freihändlerische Richtung zufrieden zu stellen. Ich acceptiere das dankbar und bin in der Tat der Meinung, daß, wenn die Sache sich näher aufklärt, eine weit größere Annäherung öffentlich zutage treten wird, als nach allen bisherigen Verhandlungen und namentlich nach den Entstellungen der Presse geschehen.“ Für Angra Pequena sollten also später keine Garnisonen, keine Subventionen verlangt werden. „Sehr schön! damit sind wir einverstanden; soweit es nichts kostet, volles Vertrauen! Aber soweit es auf Geld ankommt, brauchen wir Unterlagen für unser Vertrauen.“ [31])

Hier liegt schon der Keim des Zerwürfnisses. Als Bismarck sehr bald wider sein Erwarten einige Forderungen für die Kolonien stellen mußte, warf

[28]) Poschinger: Parlamentarier I, S. 196.

[29]) RST. 5 IV 2, S. 1061.

[30]) RST. 5 IV 2, S. 1072.

[31]) RST. 5 IV 2, S. 1074. Daß Richter die Möglichkeit, auf dem neuen Gebiete mit der Regierung zusammen zu arbeiten, gern ergriff, zeigt, daß Richter nicht in dem Sinne als „der große Verneiner“ zu betrachten ist, als ob er Regierungsvorlagen deshalb abgelehnt hätte, weil sie von Bismarck oder von einem mißliebigen Staatssekretär ausgingen. Er betrachtete alle Vorlagen vom grundsätzlichen Standpunkte aus, deshalb, nie aus persönlichen Gründen, kam er als Radikalliberaler so selten zu einer Zustimmung für Bismarcks Politik.

ihm Richter vor, sein Programm nicht eingehalten zu haben. Aus Sparsamkeitsgründen und freihändlerischen Theorien wurde Richter, der zuerst abgewartet hatte, später einer der schärfsten Kolonialgegner.[32]) Er berief sich dabei fortgesetzt auf die Erklärungen des Kanzlers vom 23. und 26. Juni, an die er Bismarck binden wollte wie an ein Dogma. Doch vorläufig war die Einigkeit noch ungetrübt. Bismarck war über die Zustimmung Richters erfreut und überrascht. „Ich möchte ihn nur bitten, fahren Sie so fort, dann werden wir ein Herz und eine Seele sein, und Sie werden sich als mein getreuer Kamerad an meiner Seite sehen, wenn Sie die Annäherung, die in diesen wenigen Tagen vollzogen ist, weiter fortsetzen.“ [33])

[32]) Bezeichnend ist dafür seine Rede in der nächsten Session am 10. Januar 1885 — RST. 6 I 1, S. 543: „Sollten wir die Wahrnehmung machen, daß die Politik darüber hinausgeht — (über die Kanzlerrede vom 26. Juni 84) —, daß sie andere, weitere Ziele von unklarer, gefährlicher Richtung einschlägt, dann ist es selbstverständlich, daß wir ebenso jeder einzelnen Forderung in dieser Richtung widersprechen.“ Richter wachte eifersüchtig darüber, daß die Regierung ja nicht zuviel täte.

[33]) RST. 5 IV 2, S. 1075.

Kap 8: Die Neuwahlen von 1884 und die Session von 1884/85.

Am 28. Juni wurde der Reichstag geschlossen und dadurch die Legislaturperiode beendet. Die Neuwahlen fielen so aus, wie es Richter schon seit einem Jahr befürchtete und durch die Fusion nicht hatte verhindern können. Trotz der Unterstützung von Sozialdemokratie und Zentrum verloren die Freisinnigen von 100 Sitzen ein volles Drittel, sie behielten nur 67. Die Deutschkonservativen waren mit 78 Abgeordneten stärker als die Freisinnigen und die zweitstärkste Fraktion, aber obwohl auch die Nationalliberalen einige Sitze gewannen, bekam die Regierung noch nicht die Möglichkeit, eine konservativ-nationalliberale Mehrheit zu bilden, die das Zentrum entbehrlich machte.

Der Reichstag wurde am 20. November eröffnet. Seine Verhandlungen standen unter dem Einfluß der ungünstigen Finanzlage des Reiches. Die Matrikularbeiträge stiegen mit einem Male um 40,5 Millionen. Richter triumphierte: „Der vorliegende Etat bedeutet den vollständigen Zusammenbruch, das Fiasko der Finanzpolitik des Herrn Reichskanzlers, welche seit 1878 maßgebend gewesen ist.“ [1]) Die Haltung der Fortschrittspartei von 1881—84 sei jetzt vollständig gerechtfertigt; Bismarcks Finanzpolitik habe sich als undurchführbar herausgestellt. Wenn vorschußweise neue Steuern bewilligt worden seien zur Abschaffung anderer Steuern, so seien die Sonderinteressen, die Ressortinteressen auf das Reich eingestürmt und nichts mehr für eine Entlastung übrig geblieben.

Der Finanzlage entsprechend brachte Richter dieses Mal besonders viele Streichungsanträge ein, beim Militäretat hatte er meistens Erfolg, dagegen bewilligte der Reichstag den neuen Unterstaatssekretär und zwei Direktoren im Auswärtigen Amt, allerdings nur nach langem Schwanken und weil Bismarck persönlich mit seiner ganzen Autorität sich für diese Forderung einsetzte. Wieder spaltete sich die Freisinnige Partei, Richter blieb bis zuletzt beim Nein, aber ein Teil der Freisinnigen unter Rickert ließ sich von der Regierung überzeugen und bewilligte mit den Konservativen und Nationalliberalen die Forderung der Regierung.

Im Januar 1885 wurde noch ein Nachtragsetat eingebracht. Das Reich hatte gerade den Schutz unserer westafrikanischen Gebiete übernommen, die Regierung verlangte einen Küstendampfer für den Gouverneur von Kamerun,

[1]) RST. 6 I 1, S. 54.

und wegen der Tätigkeit englischer Agenten war die Aussendung des Gouverneurs schleunig und unbedingt geboten. Richter hatte ein Gefühl dafür, was nationale Ehre bedeutet. „Wenn irgendwo die Flagge Deutschlands engagiert ist, so müssen wir von allen Seiten im Parlament und von allen Parteien für diese Flagge und für die Folgen mit einstehen, und darunter rechne ich auch, daß wir in der Diskussion gerade heute in bezug auf diese Spezialfragen von Kamerun uns mehr Reserve auferlegen, als sonst vielleicht nötig wäre." [2]) Eine Kommission lehnte Richter ausdrücklich ab, Windthorst mußte seinen Antrag auf kommissarische Beratung als aussichtslos zurückziehen.

Damit schloß sich aber Richter nicht etwa der Regierung an. Wenn der konservative Freiherr von Hammerstein versuchte, ihn auf eine unbedingte Kolonialpolitik festzulegen, so traf er damit bei Richter auf entschiedenen Widerspruch. [3]) Danach ist es nicht überraschend, daß Richter am 4. Februar die Kosten für den Gouverneur von Kamerun nicht bewilligte. Er wollte die Kolonien finanziell heranziehen, etwa durch Zölle oder Beiträge der Gesellschaften. Unsere Erwerbungen sollten nicht Kolonien, sondern nur Protektorate sein.

Mit der Kolonialpolitik berührte sich die Dampfersubventionsvorlage, die die Regierung in abgeänderter Form vorlegte. Neu war die afrikanische Linie, die im Interesse der Kolonien gefordert wurde. Bamberger war wieder der Rufer im Streit, Richter lehnte die Forderung wegen der schlechten Finanzlage ab. [4]) Die Stellung der Parteien war zu den verschiedenen Abschnitten der Vorlage nicht die gleiche. Die Annahme der ostasiatischen Linie war sicher, auch Richter stimmte aus taktischen Gründen zu, die der australischen Linie, die von der Regierung und der Rechten eifrig verteidigt wurde, ungewiß und die der afrikanischen Linie unwahrscheinlich. Bismarck hätte unter Umständen auch nur eine einzige Linie angenommen als „kümmerliche Abschlagszahlung" [5]), deshalb verteidigte er aber die australische Linie wesentlich vom Standpunkte der Kolonialpolitik aus nicht minder eifrig. [6]) Der Kanzler forderte vom Reichstag ein klares Bekenntnis für oder gegen die Kolonialpolitik. „Wir werden von Ihnen das Fragestellen lernen, wie es in der Kommission geschehen

[2]) RST. 6 I 1, S. 536, 10. Januar 85.
[3]) S. o. S. 114, Anm. 2.
[4]) RST. 6 I 1, S. 146, 1. Dez. 84.
[5]) RST. 6 I 3, S. 1799, 13. März 85.
[6]) Hansemann und Bleichröder hatten auf Neuguinea Faktoreien angelegt, Bismarck hielt diese Gebiete für die aussichtsreichsten Kolonien.

ist, und wir werden Sie mit Vorlagen und Fragen so in die Enge treiben, daß Sie Farbe bekennen müssen." [7])

Selbst darauf erklärte sich Windthorst nur für die ostasiatische Linie als ersten Versuch. Am eindringlichsten von allen Rednern betonte er die Möglichkeit europäischer Verwicklungen durch Kolonialfragen, deshalb ging er nur zögernd vor in der Kolonialpolitik. Ähnlich wollte auch Richter nur die Ostasien-Linie bewilligen, die australische griff er an als unnötig. Richter führte aus: unser Export nach Australien sei gering, und diese Linie könne nur durch Auswanderung rentabel werden, die niemand befördern wolle, oder durch große Steigerung des Imports an Wolle und Fleisch, und das schädige unsere Landwirtschaft. Dabei bedachte er nicht, daß Postschiffe nicht für diese Massengüter in Frage kommen, auch in seinen Exportangaben bewegt er sich auf unsicherem Boden. Farbe habe er bekannt bei den Forderungen für die Marine und für Kamerun, „aber wir können in der Bewilligung nicht weiter gehen, als die Kolonialpolitik überhaupt eine bestimmte Farbe erkennen läßt. Daß das überall der Fall ist, muß ich bestreiten." [8])

Also hatten beide Oppositionsführer, die die Mehrheit des Parlaments vertraten, gegen die Kolonialpolitik des Kanzlers gesprochen. Das brachte eine Erschwerung der schwebenden Verhandlungen mit England über Neuguinea und Kamerun, weil die Engländer ihre parlamentarischen Gepflogenheiten auf die deutschen innerpolitischen Verhältnisse übertrugen. Bismarcks Zorn entlud sich auf Richter, in heftigem Angriff warf er ihm vor, seine Haltung in Kolonialfragen seit der Ablehnung der Samoavorlage 1880 habe die Verhandlungen mit England erschwert, Richter habe in England ein viel größeres Schwergewicht als in Deutschland. „Der Herr Abgeordnete ist ja seitdem gewachsen an Bedeutung und Ansehen in seiner Partei, er ist heutzutage in seiner Herrschaft über die Partei, (lebhafter Widerspruch links) über die sehr bedeutende Partei kaum mehr angefochten. Meine Herren, Sie, die Sie darüber murren, ist einer unter Ihnen, der ihm das Wasser reicht, der gegen ihn mit Widerspruch aufzukommen vermag? Hier vor dem Publikum haben Sie den Mut, dagegen zu murren; wenn Sie mit ihm allein sind, werden Sie es schwerlich tun. Und daß ein Mann von der persönlichen Bedeutung Herrn Richters nicht einmal bei uns Minister werden sollte — mein Gott, man braucht noch gar nicht Engländer zu sein, um zu glauben, daß er es einmal wird." [9]) Der

[7]) RST. 6 I 3, S. 1800. 13. März 85.
[8]) RST. 6 I 3, S. 1816. 14. März 85.
[9]) RST. 6 I 3, S. 1863, 16. März 85.

Reichskanzler erreichte keine Sprengung der Partei, aber dadurch, daß das Zentrum nicht geschlossen stimmte, wurde nur die afrikanische Linie gestrichen und die Forderung der Regierung fast ganz angenommen, sogar die Samoazweiglinie, von Richter am heftigsten befehdet, blieb bestehen.

Zu den großen Vorlagen dieser Session zählt noch die Zolltarifnovelle. Es handelte sich im wesentlichen um die Erhöhung der Getreidezölle. Sogar nach 1879 war der Getreidepreis andauernd gefallen, Amerika und Rußland unterboten trotz der Zölle noch immer in Deutschland die Preise. So brachte der Kornzoll zwar dem Finanzminister ziemliche Einnahmen — zwischen 16 und 20 Millionen im Jahr — aber der Landwirtschaft keine Erleichterung. Gerade da, wo es wenig Großgrundbesitzer gab, im Westen und Süden, wurde der Ruf nach Erhöhung der Kornzölle laut. Das war schlimm für die Freihändler, ihre Agitation mißlang dieses Mal kläglich. Sie konnten nicht wie 1879 die ganze Agitation auf den bösen Kanzler und den gewinnsüchtigen Großgrundbesitz schieben. Die Frage, ob Freihandel oder Schutzzoll, war für die Bismarcksche Zeit entschieden. Sogar die Nationalliberalen waren im Heidelberger Programm nach rechts gerückt. Die Spaltung im Zentrum — ein Teil der Fraktion unter Windthorst und Trimborn lehnte die Erhöhung ab — änderte die Lage nicht, denn der agrarische Flügel der Partei war stark genug, das Zustandekommen der Vorlage zu gewährleisten. Die Tatsache, daß das Korn seit Anfang des Jahrhunderts nie billiger gewesen war, als jetzt, sprach zu laut gegen den Satz von der preissteigernden Wirkung der Zölle und für besseren Schutz.

Richter erreichte mit seiner Rede [10]) — sie war mehr ein Angriff gegen die „sozialistische“ Methode Bismarcks, die Interessenkreise aufzurufen, als eine Rede zum Verhandlungsgegenstand — gar nichts, der Reichstag ging sogar wesentlich über den Antrag der Regierung hinaus, indem er den Zoll auf 3, statt auf 2 Mk. festsetzte.

[10]) RST. 6 I 2, S. 1343 ff., 2. Beratung, 16. Febr. 85.

Kap. 9: Die Gründung der „Freisinnigen Zeitung" und die Session von 1885/86.

Die gemeinsame Arbeit im Parlament unter der Flagge des Freisinns hatte Sezessionisten und Fortschrittler einander nicht näher gebracht; die Partei zerfiel genau wie bei der Fusion noch in zwei Gruppen, von denen der rechte Flügel das Übergewicht hatte. Seine starke Stellung beruhte z. T. auf dem Einfluß, den einige seiner Mitglieder durch bestimmte Zeitungen auf die öffentliche Meinung hatten. Der linke Flügel, die alte Fortschrittspartei, hatte dem nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Wohl gab es in Berlin fortschrittlich gerichtete Zeitungen, aber die Fortschrittspartei als solche hat nie Einfluß auf ein Berliner Organ besessen. [1]) Richter persönlich schrieb zwar Berichte für Provinzblätter, aber auffallenderweise nie für eine Berliner Zeitung. [2]) Die Fortschrittspartei hatte sich mit Ersatzgründungen beholfen, der „Parlamentarischen Korrespondenz aus der deutschen Fortschrittspartei" seit 1877 und dem Wochenblatt „der Reichsfreund" seit 1882. Aber immer mehr stellte sich heraus, wie dringend das Bedürfnis nach einer großen fortschrittlichen Zeitung war. Daß große Zeitungen, wie etwa das „Berliner Tageblatt" im großen und ganzen die Politik der Fortschrittspartei vertraten, genügte Richter nicht; wirklichen Nutzen durch politische Aufklärung der Wähler versprach er sich nur von einer Zeitung, die er als tatsächlicher Parteiführer fest in der Hand hatte. So erschien am 1. Oktober 1885 die „Freisinnige Zeitung, begründet von Eugen Richter". Diesem Unternehmen blieb zwar der publizistische Erfolg versagt, Richter hat fortwährend aus seinem Privatvermögen bedeutende Summen zugeschossen, [3]) denn obwohl ihm eine große Begabung für die Abfassung von Flugblättern und Broschüren eigen war, fehlte ihm die für einen Schriftleiter nötige Beweglichkeit und Vielseitigkeit, aber seine politische Absicht erreichte Richter vollkommen: er zwang durch sein Parteiführerorgan die Partei zu unbedingtem Gehorsam. [4])

Denn in seiner Zeitung gab Richter seinen Spruch eher ab als die Partei, legte dadurch Freund und Feind in der Fraktion auf seine Ansicht fest und erstickte jeden Widerstand im eigenen Lager schon im Keime. „Richter" und

---

[1]) Für die folgenden zeitungswissenschaftlichen Angaben diente als Quelle: Ullstein: „Eugen Richter als Publizist und Herausgeber."

[2]) Ullstein: a. a. O., S. 57.

[3]) Ullstein: a. a. O., S. 117 ff.

[4]) Ullstein: a. a. O., S. 111.

„Freisinnige Partei" wurden allmählich identische Begriffe. Die Sezessionisten kamen zuletzt kaum noch in Betracht. Der Fortschrittsflügel hatte durch Richter gesiegt. Richter hat nie erkannt, daß dieser Sieg ein Pyrrhussieg sein mußte, daß die Tyrannis innerhalb der Fraktion zu Unruhen führen würde und die selbständigen Persönlichkeiten der Partei entfremden mußte. Er hielt die „Geschlossenheit" der Partei für notwendig im Kampf gegen Bismarck. Fortan wurde der Linksliberalismus, der doch die demokratische Staatsauffassung vertrat, absolutistisch regiert — ein seltsamer Widerspruch.

Am 19. November wurde der Reichstag eröffnet. Die neue Session stand im Zeichen der Steuerreform. Es war der letzte Versuch Bismarcks, allen Widerständen zum Trotz sein Werk zum Abschluß zu bringen, das Reich finanziell unabhängig zu machen und die übermäßig belasteten Einzelstaaten zu erleichtern. Nachdem die Tabakmonopolvorlage gründlich gescheitert war, blieb nur eine großzügige Reform der Branntwein- und Zuckerbesteuerung. Der Zucker mußte aus Exportinteresse geschont werden, die Zuckersteuerreform, die in dieser Session gegen den Freisinn zustande kam, konnte daher die nötigen riesigen Summen nicht bringen, denn es handelte sich um ein paar Hundert Millionen. Dagegen gab es beim Branntwein einen Weg, um trotz großer Abgaben den Brennereien den deutschen Markt zu sichern, so daß sie mit dieser Sicherung der ausländischen Preisschleuderei auf dem Weltmarkt entgegentreten und gleichzeitig die großen Interessengegensätze im Reich ausgeglichen werden konnten: das war das Handelsmonopol des Reiches mit gleichzeitiger Kontingentierung des Brennrechtes. Die Vorlage, die Bismarck in größter Heimlichkeit ausarbeiten ließ, [5]) hatte also große Ähnlichkeit mit dem jetzigen Monopolgesetz: die Brennereien und Wirte blieben frei, aber den Sprithandel betrieb das Reich, der Zwischenhandelsgewinn floß in die Reichskasse. Den Reinertrag schätzten die Regierungen auf 303 Millionen gegenüber rund 50 bei der bisherigen Besteuerung.

Bismarck konnte hoffen, für das Branntweinmonopol eher eine Mehrheit zu finden, als für das Tabakmonopol. Es war sogar nicht ausgeschlossen, daß Richter für diesen Plan gewonnen werden konnte, hatte er doch seit 1879 ständig eine Reform der Zucker- und Branntweinsteuer verlangt. Daß von 54 Millionen Maischraumsteuer 30 Millionen als Exportvergütung wieder herausgezahlt wurden, war ein Zustand, dessen Beseitigung Richter allerdings mit Recht forderte. Die Regierung hatte aber Richters Programm nicht völlig über-

[5]) Selbst Graf Herbert erfuhr nichts Genaues nach seinem eigenen Zeugnis RST. 6 II 2, S. 1353 ff. 6. März 86.

nehmen können, sie konnte nicht, wie er forderte, die Maischraumsteuer aufheben und durch eine bloße Fabrikatsteuer nach englischem Muster ersetzen, denn damit hätte sie den Kartoffelbau im Osten für immer geschädigt, es wären wie in England nur wenige Riesenbrennereien übrig geblieben. Die Maischraumsteuer war also ermäßigt beibehalten worden. Lehnte Richter diesen Vorschlag der Regierung ab, so gab er Bismarck eine großartige Waffe in die Hand: die „Negation der Fortschrittspartei" und ihre „Bismarckfeindlichkeit" war damit bewiesen; nahm er gegen die Lehren des Freihandels, der Monopole unbedingt verwarf, die Vorlage an, so war dem Monopol eine große Mehrheit gesichert und der Linksliberalismus zum ersten Male im neuen Reich vor den Wagen der Regierung gespannt. In Wirklichkeit war aber die Aussicht, Richter zu gewinnen, sehr gering, Richter hätte gegen sein ganzes Ich handeln müssen, wenn er das Monopol nicht bekämpfte. So schlug er am 28. November in der neuen „Freisinnigen Zeitung" Alarm.

Nach dem bewährten Muster der Tabakagitation von 1880 wurden jetzt sämtliche Schankwirte mobil gemacht und am 14. Dezember 1885 eine freisinnige Resolution eingebracht: „Die Einführung des Branntweinmonopols ist in politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung verwerflich." Am 22. Januar wurde sie beraten. „Der Herr Reichskanzler muß so geschlagen werden, daß es ihm verleidet wird, wieder zu kommen" — erläuterte Richter die Resolution.[6]) Da die Hauptparteien, sogar die Konservativen, Bedenken gegen ein Monopol äußerten, so war die Demonstration geglückt, wenn auch Richter die scharfe Resolution zurückzog.

Einen Monat später erschien die Monopolvorlage trotz der Resolution. Richter ließ sich durch die Hinweise des Finanzministers auf das Drängen der Freisinnigen zu einer Besteuerung des Branntweins nicht beirren. Für ihn zeigten sich die Aussichten auf einen Wahlerfolg. Seine Rede war von Hoffnungen geschwellt auf den Sieg des Freihandels. Alle Einzelheiten der Vorlage griff er mit ätzender Kritik an. Sie käme allein den 3 000 großen Kartoffelbrennern zugute, das sei „Schnapspolitik". Als Ertrag schätzte Richter kaum soviel, wie die Maischraumsteuer jetzt schon einbrachte. „Sicher ist als Erfolg des Monopols jene Dotation für die 3 000 Kartoffelbrenner — vollständig unsicher ist der finanzielle Erfolg, und noch unsicherer ist der moralische"[7]). Allerdings habe die Fortschrittspartei eine höhere Branntweinbesteuerung verlangt, aber inzwischen seien hohe Zölle auf notwendige Lebens-

---

[6]) RST. 6 II 2, S. 725.
[7]) RST. 6 II 2, S. 1310, 4. März 1886.

mittel gelegt worden. „Angesichts dieser Lage haben wir gar keine Veranlassung, etwa eine akademische Preisfrage über die beste Branntweinbesteuerung hier zu lösen. . . . . . Eine höhere Branntweinbesteuerung kommt für uns nicht in Frage anders, als wenn gleichzeitig Zug um Zug eine Entlastung der notwendigen Lebensmittelzölle stattfindet.“ [8])

Hinter diesem Monopol fürchtete Richter noch ein Tabak-, vielleicht auch ein Brau- oder Biermonopol. Richter erinnerte die Einzelstaaten daran, daß sie als Kostgänger des Reiches ihre Existenzberechtigung verlieren würden; außerdem fürchtete er einen größeren Einfluß der Regierung auf die große Zahl der Monopolinteressenten zur Zeit der Wahlen und ganz allgemein eine Verstärkung der Macht des Kanzlers. Richter sah wieder das Gespenst des Kanzlerabsolutismus. „So kann, so darf nicht mehr lange in Deutschland regiert werden. Derartige Vorschläge amendiert man nicht, darüber verhandelt man nicht, hingegen ist es Pflicht und Schuldigkeit jedes Volksvertreters, entschieden, energisch, rückhaltlos in den Kampf zu treten.“ [9])

Aus ähnlichen Gründen wie beim Tabakmonopol stand die Regierung in hoffnungsloser Vereinsamung, nur die Deutschkonservativen und einige Abgeordnete der Reichspartei neigten zum Monopol. Bismarck konnte am 26. März 1886 in der zweiten Lesung das Monopol nicht mehr retten, er legte nur seine Gründe zur Vorlage dar. Er kündigte im Fall der Ablehnung neue Vorschläge für die Branntweinbesteuerung an, und zwar die Besteuerung der Konsumtion. Das Reich muß finanziell selbständig werden, damit es lebensfähig bleibt, war Bismarcks Grundgedanke bei der Reform. Eine Festigung des Reiches suchte er in einem starken Kriegsheere, in guten Finanzen und in der Zufriedenheit der Reichsangehörigen. [10]) „Es fragt sich nun: hat der Reichstag diesem Vertrauen, mit dem die Regierungen vor 15 und vor 20 Jahren ihm die wichtigsten Einnahmequellen ihrer Staaten überantwortet haben, entsprochen? . . . . . Es ist dringend zu wünschen, daß nicht auch mächtigere Individualitäten, wie den König von Preußen dasselbe Gefühl überkomme, daß die Opfer, die er seinerseits gebracht hat, indem er seine Immunitäten aus der Hand gab und sie in die Hand der . . . . Reichstagsmajorität legte, — daß diese Opfer die Herren nicht gereuen.“ [11]) Bismarck fürchtete für den Bestand

[8]) RST. 6 II 2, S. 1312.
[9]) RST. 6 II 2, S. 1314.
[10]) Darunter verstand Bismarck die Fürsten.
[11]) RST. 6 II 3, S. 1658.

des Reiches, wenn sein Reformwerk nicht gelang — aber durch seine eindringliche Rede stimmte er niemanden um, am wenigsten Richter.

Richter erklärte sich zwar zu Steuerreformen bereit, auch zu einer höheren Branntweinbesteuerung, aber nur, wenn zugleich eine Ermäßigung der Lebensmittelzölle einträte — etwa die Salzsteuer oder der Petroleumzoll aufgehoben würde. Eine Vermehrung der Steuerlasten aber lehnte er ab, und der angekündigten Branntweinsteuer versagte Richter als einer „Brücke zum Monopol" [12]) schon jetzt die Zustimmung. Diese kalte Ablehnung reizte Bismarck zu einem Angriff auf die „Fortschrittspartei". Seit der Ablehnung der Verfassung 1867 habe sie getan, was in ihren Kräften stand, den Gang der Reichsmaschine zu erschweren. Gerade Richter wolle immer genau das Gegenteil von dem, was die Regierung erstrebe. „Es gibt noch kein einziges Beispiel der Abweichung . . . . ich brauche nur meine Meinung zu äußern, um die seinige festzulegen für das Gegenteil." [13])

Das Monopol wurde abgelehnt, nur Delbrück, von Goldfuß und Freiherr von Wöllwarth hatten in der namentlichen Abstimmung den Mut, für die Vorlage einzutreten. Wegen dieses Mißerfolges blieb die Steuerreform für immer unerledigt. Die Abstimmung vom 27. März 1886 war das Siegel auf die Ablehnung des Tabakmonopols.

Es blieb der Regierung nur übrig, wie Bismarck schon angekündigt hatte, die Branntweinsteuer zu reformieren, bevor sie gänzlich verfiel und die kleinen Brennereien zugrunde gegangen waren. Schon einen Monat nach der Ablehnung des Monopols wurde ein neues Branntweinsteuergesetz vorgelegt, die Kombination einer Verbrauchsabgabe mit der Maischraumsteuer. Im Beharrungszustande sollte die Steuer 210 Millionen, statt jetzt 54, einbringen. Neue Brennereien wurden für konzessionspflichtig erklärt, um einer Überproduktion vorzubeugen.

Für Richter war auch dieser Vorschlag nur eine fiskalische Plusmacherei, schlechter noch als die Monopolvorlage. [14]) Die Aufrechterhaltung und 10 prozentige Ermäßigung der Maischraumsteuer und die in seinen Augen ungeheuerliche Kontingentierung der Brennereien forderten seinen Widerspruch heraus. Die neue Händlersteuer war ihm nur ein Umweg, ein Schleichweg zum Monopol. Richter fürchtete nach dem Ablaufe des Septennats eine große Steigerung der Militärlast. Steuern auf Vorrat wollte er nicht. „Ich lehne

[12]) RST. 6 II 3, S. 1666.
[13]) RST. 6 II 3, S. 1670.
[14]) RST. 6 II 3, S. 2125 ff. 24. Mai 1886.

nicht unter allen Umständen jede Mehrbewilligung für Militärzwecke ab, aber ich lehne es unter allen Umständen ab, Geld zu bewilligen, schon in der Erwartung von Militärvorlagen, die ich gar nicht kenne." [15])

Die Parteien verhielten sich nicht so ablehnend wie beim Monopol, mit Ausnahme der Freisinnigen erkannten sie das Bedürfnis nach neuen Steuern an und wollten den Branntwein stärker heranziehen, aber die Ansichten über die einzuschlagenden Wege gingen weit auseinander. Man kam noch zu keiner Einigung und deshalb zur Ablehnung. Bei der allgemeinen Sessionsmüdigkeit wurde in der zweiten Lesung die Ablehnung der Vorlage kurz und schmerzhaft begründet, und der Reichstag noch am selben Tage geschlossen (26. Juni).

[15]) RST. 6 II 3, S. 2134.

Kap. 10: Die Session von 1886/87 und der Septennatsstreit.

Am 25. November 1886 trat der Reichstag wieder zusammen. Das Septennat lief zwar erst am 1. März 1888 ab, aber die Regierung sah die auswärtige Lage als so ernst an, — sie fürchtete eine Verständigung zwischen Frankreich und Rußland — daß sie die Neubewilligung für abermals 7 Jahre schon am 1. April 1887 bis zum 31. März 1894 forderte und gleichzeitig die Erhöhung von 427 274 auf 468 409 Mann, 1 % der letzten Volkszählung vom 1. Dezember 1885. Aus Ersparnisgründen wurde in erster Linie die Infanterie verstärkt.

Richter war am 3. Dezember 1886 der erste Diskussionsredner. Die Rede des „Herrn Gegenkriegsministers“ [1]) ist dieses Mal zwar noch mehr als früher mit technischen Einzelheiten, die die Ablehnung der Vorlage rechtfertigen sollen, durchsetzt, aber trotz aller Angriffe fehlt das entschiedene Nein der alten Fortschrittspartei. Denn bei der Fusion hatten in der Militärfrage die Sezessionisten gesiegt. Allerdings hielt die Partei fest an der Forderung der zweijährigen Dienstzeit, aber wenn Richter zuletzt ein Triennat empfahl, denn auch mit einer dreijährigen Festsetzung seien die konstitutionellen Garantien gewahrt, so war der Abstand zur Stellung von 1880 und 1874 und der Sieg der Sezessionisten 1884 sehr deutlich. Die Empfehlung der jährlichen Bewilligung durch Richter war nicht mehr, als die „weiße Salbe“, von der Richter selbst einmal geredet hatte. [2])

Windthorst manövrierte ähnlich, aber viel vorsichtiger als Richter. Er legte sich nur darin fest, daß er ein Septennat unbedingt ablehnte, für die Mehrforderungen erwartete er noch den Nachweis der Notwendigkeit. Die Aussichten für das Zustandekommen der Vorlage waren also nach der ersten Lesung nicht ohne weiteres ungünstig, aber in der Kommission bewilligte die Opposition die Mehrforderungen nur für ein Jahr, bis zum 1. April 1888. Das war dieselbe „Bewilligung“, die seinerzeit in Preußen zum Konflikt geführt hatte, und vom militärischen Standpunkte aus ein nonsens. Freisinn und Zentrum bewilligten ferner das alte Septennat noch auf 3 Jahre — sie erstrebten also ein Triennat —; die Freisinnigen forderten außerdem eine progressive Reichseinkommensteuer zur Deckung der Mehrausgaben.

[1]) Kriegsminister Bronsart von Schellendorff, RST. 6 IV 1, S. 109, 4. Dezember 1886.

[2]) S. o. S. 101.

Daß Bismarck diese „Bewilligung“ nicht annehmen konnte, war selbstverständlich,[3] er hätte sich allenfalls ein Triennat mit der vollen Ziffer der Regierung bieten lassen können, aber das wollte er nicht annehmen, schon wegen seines hohen Alters.[4] Der Septennatskampf war in Wirklichkeit eine parlamentarische Machtprobe, die Parteien wollten die Gelegenheit benutzen, um von dem Kompromiß von 1874, der allmählich Gewohnheitsrecht zu werden drohte, loszukommen. Es ging um eine Machterweiterung des Parlaments, und man stand im letzten Lebensjahr des alten Kaisers. Bismarck griff die Parteien mit bitteren Vorwürfen an: „Sie verhalten sich einigermaßen zu uns, wie die Franzosen gegen Deutschland, wir sind die Konservativen, Friedliebenden, und Sie sind die, die erobern wollen, die uns das uns verfassungsmäßig gebührende Elsaß wieder abnehmen wollen.“[5]

Die Aussicht, den Reichstag umzustimmen, war gering, aber der Kanzler fürchtete die Neuwahlen nicht. Zunächst stützte er die Vorlage mit dem Gutachten der höchsten militärischen Autorität Deutschlands, den Zeugnissen sämtlicher Kriegsministerien und Generalstäbe, deren übereinstimmendes Urteil im Regierungen trügen dem Volk gegenüber die Verantwortung für den Schutz Bismarck wies jeden Kompromißversuch als aussichtslos ab. Die Verbündeten Regierungen trügen dem Volk gegenüber die Verantwortung für den Schutz der deutschen Grenzen. „Wir halten unbedingt an dem vollen Septennat fest und an der ganzen Vorlage, wie wir sie gemacht haben, und weichen keinen Nagel breit davon ab.“[6] Dann gab Bismarck das Stichwort aus für den kommenden Wahlkampf: „Der Versuch, ... aus dem kaiserlichen Heer, das wir bisher in Deutschland haben, ein Parlamentsheer zu machen, ein Heer, für

[3]) Die Notwendigkeit der Heeresverstärkung bestritt sogar Richter nicht. Man muß zur Würdigung der Sachlage auch die großen geldlichen Forderungen im Frühjahr 1887 heranziehen: die Militärverwaltung forderte einige hundert Millionen für eine schnelle Mobilmachung und bessere Landesverteidigung nicht zu ihrem Vergnügen, oder um Richter zu ärgern. Daß das Militär sich nicht auf eine einjährige, oder, was im Januar zu erreichen gewesen wäre, dreijährige Bewilligung einließ, bedarf schon aus technischen Gründen keiner näheren Begründung. Die Behauptung, bei den Kartellwahlen handele es sich wesentlich um einen innenpolitischen Schachzug Bismarcks, wird dadurch nicht glaubwürdiger, daß Bismarck die Gunst des Augenblicks zu nutzen verstand.

[4]) RST. 6 IV 1, S. 414, 13. Jan. 1887.

[5]) RST. 6 IV 1, S. 413, 13. Jan. 87.

[6]) RST. 6 IV 1, S. 342, 11. Jan. 87.

dessen Bestand nicht Seine Majestät der Kaiser und die Verbündeten Regierungen, sondern die Herren Windthorst und Richter zu sorgen haben, wird nicht gelingen." [7]) Bismarck ging sogar so weit, offen mit einem Staatsstreich zu drohen. Käme kein neues Gesetz zustande, dann träte Art. 59 der Reichsverfassung, nach dem jeder Deutsche 3 Jahre lang bei der Fahne zu dienen hätte, wieder in volle Kraft und der Kaiser allein bestimme die Aushebung. [8]) Das war unverhüllt die alte preußische Lückentheorie. Später, am 13. Januar, drohte Bismarck sogar mit einer Militärvorlage an den preußischen Landtag. [9])

Die Führer der Opposition, Windthorst, Richter und den Sozialdemokraten Grillenberger behandelte Bismarck mit ätzendem Spott. Er nannte sie stets in einem Atemzuge und suchte so besonders Windthorst bei seinen Wählern in Mißkredit zu bringen. „Wenn ich ‚Windthorst' sage, die Partei Windthorst, so meine ich immer Herrn Richter mit und das ganze Heergefolge. . . . Die ganze Fraktion Windthorst einschließlich der Sozialdemokratie marschiert in geschlossener Kolonne." [10]) Bismarck konnte so frei herausreden, weil es ihm gelungen war, den Papst in den Jacobinischen Noten [11]) zu einer Erklärung im Sinne der Heeresvorlage zu bewegen. Windthorst war vom Inhalt dieser Noten nur vertraulich und in großen Zügen unterrichtet worden und bewegte sich daher in der ständigen Gefahr, vom Kanzler mit der päpstlichen Autorität geschlagen zu werden, sehr behutsam. In der ersten Beratung hatte er sich allerdings scharf gegen ein Sepennat ausgesprochen, in diesem Punkte konnte er nicht mehr nachgeben, für ein Triennat dagegen stellte er dem Kanzler die erdrückende Majorität des Reichstages in Aussicht, er bewilligte „jeden Mann und jeden Groschen" [12]) — allerdings nur auf drei Jahre.

Richter folgte dem Beispiel des Zentrumsführers, denn die Auflösung des Reichstages wurde immer wahrscheinlicher, und dann stand für das Zentrum und die Freisinnigen ein schwerer Wahlkampf bevor. Das mußte nach Möglichkeit vermieden werden. „Wir können jetzt auch," erklärte daher Richter, „mit dem Herrn Abgeordneten Windthorst sagen: wir sind bereit, jeden Mann und jeden Groschen zu bewilligen. Ich habe diesen Standpunkt nicht vertreten bisher, bin aber in der gesamten politischen Situation zu der Erkenntnis gekommen, daß man untergeordnete Meinungsverschiedenheiten zurücktreten lassen

[7]) RST. 6 IV 1, S. 343.
[8]) RST. 6 IV 1, S. 341.
[9]) RST. 6 IV 1, S. 413.
[10]) RST. 6 IV 1, S. 382, 12. Jan. 1887.
[11]) Das Nähere bei Bachem IV, S. 162 ff.
[12]) RST. 6 IV 1, S. 347, 11. Jan. 1887.

muß, wenn es darauf ankommt, eine Mehrheit in dem zu erlangen, worin man in der Hauptsache einig ist." [13])

Im Wahlkampf mußte Bismarcks Schlagwort „Kaiserheer oder Parlamentsheer" eine große Rolle spielen, Richter entkräftete es: Denn jährliche Bewilligungen fänden sich auch bei der Marine, den Lehrtruppen, der Ersatzreserve und sogar bei dem Kriegsministerium. „Sie sehen, nicht einmal einen kaiserlichen Minister hat man mehr. Sie sind alle nur die Minister der Herren Windthorst, Grillenberger und Richter." [14]) Durch Bismarcks Schlagwort werde nicht, wie in anderen Staaten, das Volk bei der Wahl zur Entscheidung aufgerufen, obwohl jeder gediente Wähler für Militärfragen in gewissem Umfange sachverständig sei, sondern zur Unterwerfung unter den Willen des Kanzlers. Diese Politik „ist beherrscht durch ein Mißtrauen weniger gegen das Ausland, als durch ein Mißtrauen gegen das Volk." [15]) Gewiß wolle Bismarck keinen Absolutismus, ein absolutistisches Regiment würde das Maß von Steuern und Lasten der letzten Jahre auf eigene Verantwortlichkeit auch nie übernehmen, sondern einen Scheinkonstitutionalismus. Deshalb sei nicht die Militärfrage der Zweck der Auflösung, sondern die Möglichkeit, mehr Geld zu bekommen und, wenn der Kanzler Erfolg habe, auch eine Verfassungsrevision, „die für alle Zukunft es auch sicherstellt, daß der Reichstag keine selbständige Bedeutung hat." [16])

In der Abstimmung am 14. Januar wurde das Triennat (Antrag Stauffenberg) angenommen und dann der so veränderte § 1 der Vorlage. Daraufhin löste Bismarck den Reichstag auf.

Der Wahlkampf richtete sich hauptsächlich gegen das Zentrum. Bismarck spielte durch Veröffentlichung der Jacobinischen Noten den Papst gegen Windthorst aus, aber der Zentrumsführer gab in der Gürzenich-Versammlung in Köln am 6. Februar diesen Noten eine zentrumsfreundliche Auslegung. So verlor das Zentrum ein einziges Mandat, auch der Zwiespalt im eigenen Lager war unbedeutend, die 7 „Septennatskatholiken", meist westfälische Adelige, blieben in der Fraktion. Um so schwerer wurden die Freisinnigen getroffen. Sie kamen in der Gefahr um, in die sie sich begeben hatten durch die Ablehnung des Septennats. In keiner Weise waren sie gegen diesen Schlag gerüstet. Wo es sich um die höchsten nationalen Güter handelte, sprach ihr

[13]) RST. 6 IV 1, S. 395, 13. Januar 87.
[14]) RST. 6 IV 1, S. 382.
[15]) RST. 6 IV 1, S. 400.
[16]) RST. 6 IV 1, S. 401.

Wahlaufruf trocken von der zweijährigen Dienstzeit und späterer Rekruteneinstellung, als ob es auf solche verfassungsrechtlichen Ladenhüter in diesem Wahlkampfe angekommen wäre! Bismarck setzte die Opposition unter gewaltigen Druck: Konservative und Nationalliberale einigten sich zum „Kartell". Die „Deutsch-Freisinnigen" behielten von 67 Sitzen mit Mühe und Not noch 32; gegen die Zeit der Gründung eine glatte Drittelung. Die Nationalliberalen dagegen stiegen von 51 auf 99. Bennigsen und Miquel kehrten in den Reichstag zurück. Die Reichspartei bekam 41 statt 28 Sitze. Geringer war der Gewinn der Konservativen, die mit 80 Mann in den Reichstag zurückkehrten. Von den kleineren Oppositionsparteien verschwand die Volkspartei ganz, die Sozialdemokratie wurde halbiert. Jetzt endlich hatte Bismarck die Möglichkeit einer doppelten Mehrheitsbildung, nicht nur das Zentrum, auch die Nationalliberalen bildeten mit den Konservativen eine Mehrheit. Aber wenn Richter spöttelte, der Reichstag sei ein „Angstprodukt der Wähler"[17], so lag in diesem Spott ein Körnchen Wahrheit. Die Kartellwahlen waren für Bismarck ein Augenblickserfolg, wie der Sieg Richters 1881 auf Grund geschickter Wahltaktik.

---

[17]) RST. 7 I 1, S. 41, 9. März 1887.

Kap. 11: **Die Sessionen 1887 und 1887/88. — Der Tod Kaiser Friedrichs. — Die Session von 1888/89.**

Dem neuen Reichstag ging die Wehrvorlage unverändert wieder zu. Eine lange Aussprache erübrigte sich nach dem „Volksentscheid“ der Wahlen, und daher wurde auch eine Kommission nicht gebildet. Um ein Auseinanderfallen der Fraktion zu verhüten, hielt Windthorst das Zentrum von der Aussprache und Abstimmung zurück. So war die einzige hohe Säule der Opposition Eugen Richter. Wie im Januar beantragte er wieder ein Triennat und die Einführung einer Reichseinkommensteuer. „Wir sind so durchdrungen von der Richtigkeit unserer Ansicht, daß wir trotz aller Anfeindungen, deren Gegenstand wir gewesen sind, trotz der Mahnungen, die an uns ergangen sind, bei unserem Votum, das wir in der vorigen Session abgegeben haben, unbeirrt beharren“, erklärte Bamberger namens der Freisinnigen. [1]) Die Anträge waren leere Demonstrationen in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft, nur die Freisinnigen selbst stimmten dafür. Schon am 11. März wurde das Septennat angenommen.

Für diese Neubewilligungen und für weitere Maßnahmen im Interesse der Landesverteidigung verlangten die Regierungen 176 Millionen Mk., dazu kamen noch erhebliche einmalige Ausgaben. Die Höhe überraschte allgemein. Selbst Bennigsen verlangte [2]) eingehende Prüfung. Hier war Richter in seinem Element. Durch die Wahlen sei eine Temperatur erzeugt, „die sehr fruchtbar wirkt auf das Wachstum aller militärischen Projekte im Kriegsministerium.“ [3]) Dem wollte er steuern. Da es sich bei den vorgesehenen Maßnahmen größtenteils um Staatsgeheimnisse handelte, gab die Regierung die nötigen Aufschlüsse nicht in der Kommission, sondern in vertraulichen Besprechungen. Richter fand dieses Verfahren nicht unbedenklich im Hinblick auf die Budgetprüfung, stimmte aber den Forderungen zu mit Ausnahme der strategischen Bahnbauten, die die Süddeutschen selbst übernehmen sollten, wie vorher Preußen. [4])

Bei der für die Regierung äußerst günstigen Zusammensetzung wurde dem Reichstag zum dritten Male die wichtige Branntweinsteuerreform vorgelegt. Ein Monopol hatte auch in diesem Reichstag keine Aussicht auf An-

[1]) RST. 7 I 1, S. 39, 9. März 87.
[2]) RST. 7 I 1, S. 354, 25. April 87.
[3]) RST. 7 I 1, S. 362.
[4]) RST. 7 I 1, S. 454, 6. Mai 87.

nahme. Die neue Vorlage beruhte auf den früheren Reichstagsverhandlungen, wesentlich mitbeteiligt an der Gestaltung war Kardorff. [5]) Die landwirtschaftlichen Interessen werden nicht mehr durch Kontingentierung, sondern durch Steuerabstufungen geschützt: eine Jahresmenge von 4 ½ l. alc. abs. pro Kopf der Bevölkerung sollte mit 50 Pfg., der Überschuß mit 70 Pfg. versteuert werden. Die freisinnige Presse errechnete aus der Differenz ein Geschenk von 34 Millionen an die Kartoffelbrenner — ein großartiges Zugmittel für die Wahlen von 1890. Diese Regelung war aber mehr im Interesse der süddeutschen Produktion getroffen, als in dem des preußischen Ostens; denn die Vorlage war zugeschnitten auf den Eintritt Süddeutschlands in die Branntweinsteuergemeinschaft. Daher wurde gleichzeitig die Maischraumsteuer nach bayrischem Muster umgestaltet. Die Rücksicht auf die Süddeutschen erschwerte dem Reichstag Ablehnungen und Änderungen. Der bayrische Finanzminister von Riedel sprach ebenso deutlich wie sein württembergischer Kollege von Schmid von der Unmöglichkeit des Beitritts, falls der Entwurf abgeändert würde, denn mit der Beseitigung der Steuerabstufung würde der süddeutsche Kleinbetrieb vernichtet. [6])

Für Richter kam die Vorlage gerade recht, um daraus Kapital zu schlagen für spätere Wahlen gegen die Kartellparteien. Allein durch die Zucker- und Branntweinsteuerreform wurde nach seiner Schätzung die Steuerlast um mindestens 200 Millionen erhöht. „Es trägt allerdings zur Klärung der politischen Situation erheblich bei für solche, die einer solchen Aufklärung noch bedurften“, bemerkte Richter ironisch. [7]) Zur Abschaffung der 47 Millionen Matrikularbeiträge reiche schon die Aufhebung der Zuckerexportprämie aus. Dazu seien die Freisinnigen sofort bereit. Richter empfahl in einer zweiten Rede als wirkliche Reform der Branntweinbesteuerung die Aufhebung der Maischraumsteuer und die Einführung der Fabrikatsteuer. „Die Brenner sind die Kerntruppen der Agrarier. . . . . Machen wir doch mit der Gesellschaft ein Ende, kaufen wir sie aus — dann haben wir Frieden.“ [8]) Er erwartete unter diesem Gesetz entweder die baldige Wiedereinführung der Gewerbefreiheit, weil seine Bestimmungen sich als undurchführbar erweisen würden, — und dann werde die Krise nur um so schlimmer einsetzen — oder aber die Einführung des Monopols. Mit ihren Verbesserungsanträgen — sie forderten

---

[5]) Thimme: Bismarck und Kardorff, S. 257.
[6]) Riedel: RST. 7 I 1, S. 512, 10. Mai 1887.
[7]) RST. 7 I 1, S. 527, 11. Mai 1887.
[8]) RST. 7 I 1, S. 534, 11. Mai 1887.

z. B. die Aufhebung des Kaffeezolls — hatten aber die Freisinnigen in diesem Reichstag keine Aussicht.

Die Opposition war im Kartellreichstag zur Ohnmacht verurteilt. Deshalb erhob Richter im Herbst, in der nächsten Session bei der zweiten Etatsberatung keinen Widerspruch gegen irgendeine Forderung. Er wäre doch aussichtslos gewesen, zumal die finanzielle Lage des Reiches sich im rosigsten Lichte zeigte. In dieser glücklichen Lage brachten die Konservativen ihren Antrag auf fünfjährige Legislaturperioden, der 1885 von allen Parteien abgewiesen worden war, wieder ein. Sie fanden dieses Mal nicht nur die Unterstützung der Reichspartei, sondern auch die der Nationalliberalen. Es lag den Kartellparteien daran, möglichst viele Sessionen frei zu halten vom Lärm der Wahl. Sicher war ihr Antrag auch dem Kanzler sympathisch.

Windthorst war bedenklich, er witterte Gefahren für die Zukunft. Die Freisinnigen lehnten den konservativen Antrag grundsätzlich ab, er bedeutete für sie eine Schmälerung der Volksrechte und eine Stärkung des Kanzlers. Der schneidigste Redner der Opposition war Richter.[9]) Er betonte, daß in Preußen die dreijährige Legislaturperiode so alt wie die Verfassung und seinerzeit von der Krone selbst vorgeschlagen worden sei. Sogar die Landratskammer habe diesen Artikel der Verfassung nicht geändert. Er erinnerte daran, daß 1867 die Liberalen für die Annahme der Verfassung nur in der Hoffnung auf einen freiheitlichen Ausbau gestimmt hätten. Richter sah diese Hoffnungen bitter enttäuscht: seither seien die wirtschaftlichen Freiheiten mehr und mehr zurückrevidiert worden, und alle Steuergesetze, alle organischen Gesetze hätten den Machtbereich der Regierung erweitert. Was beigebracht wurde, die Nachteile der dreijährigen Legislaturperiode zu beweisen, erklärte Richter für allgemeine Schlagworte. Daß die häufigen Wahlen das Volk radikalisierten, wollte er nicht gelten lassen, das politische Interesse in Deutschland war ihm noch lange nicht lebendig genug. Allerdings gab auch Richter zu, daß die politische Erbitterung zugenommen hätte, aber in erster Linie sei das geschehen durch die Scheidung der Parteien in „Reichsfreunde“ und „Antinationale“ oder „Reichsfeinde“ und die Einmischung der Behörden bei den Wahlen. Richter warnte die Nationalliberalen. „In dem Augenblick, wo es gelungen ist, mit Ihrer Hilfe uns zu vernichten, haben auch Sie für die Konservativen jeden Wert verloren, und die Herren sind dann untereinander noch viel weniger geniert in der Mehrheit, als wenn Herr von Bennigsen und seine Freunde dabei sind.“[10]) Richter traf

[9]) RST. 7 II 1, S. 682 ff., 3. Febr. 1888.
[10]) RST. 7 II 1, S. 690.

mit diesen Worten ins Schwarze, der rechte Flügel der Konservativen war nie recht kartellbegeistert, seine Neigung, die Nationalliberalen los zu werden, wurde immer größer.

Den Freisinnigen gelang es nicht einmal, eine Kommission einzusetzen, schon am 7. Februar wurde die fünfjährige Legislatur 183:95 angenommen. Um die Annahme dem Bundesrat zu erschweren, beantragten die Freisinnigen durch Rickert als Ergänzung zu dem konservativen Antrag die Gewährung von Diäten für die Abgeordneten. Sehr wahrscheinlich wäre dieser Zusatzantrag angenommen worden, das wurde dadurch verhindert, daß die Kartellparteien ihn als „nicht in wesentlicher Verbindung" mit ihrem Antrage von der Tagesordnung absetzten.

Aber noch während dieser Erfolg erkämpft wurde, zeigten sich schon die ersten Risse im Bau des Kartells. Als die Regierungen die Verdoppelung des Weizen- und Roggenzolles auf 6 Mk. forderten, um bei der immer stärkeren Überschwemmung besonders mit überseeischem Getreide den finanziellen Ertrag der Getreidezölle zu steigern, die Inlandspreise zu bessern und die Spekulation fernzuhalten, waren die Nationalliberalen mit allen Hinweisen auf die Not der Landwirtschaft nicht geschlossen für die Vorlage zu gewinnen. Diese Gelegenheit nahm das Zentrum sofort wahr und sicherte die Annahme des Satzes von 5 Mk., es leistete damit der Regierung einen wichtigen Dienst und legte Bresche ins Kartell. Windthorst schuf sich dadurch die Möglichkeit, später über die Nationalliberalen hinweg sich mit den Konservativen und dann auch mit der Regierung zu verständigen. Die Nationalliberalen, die den Ernst der Lage nicht voll erkannten, und die Freisinnigen lehnten jede Erhöhung ab. [11])

Noch einmal bot der Reichstag das Bild schöner Eintracht. Die Verbündeten Regierungen beantragten zur schnelleren Mobilmachung gewisse Änderungen der Wehrpflicht, die große einmalige Ausgaben nötig machten. Diesen Ausgaben stimmte auch Richter zu. „Wir haben von jeher in unserer Stellung Militärvorlagen gegenüber unterschieden, ob es sich um eine unmittelbare Verstärkung der Kriegsmacht handelt, oder ob diese Verstärkung wesentlich bedingt ist auch durch eine große Vermehrung der Friedenspräsenz." [12]) Er forderte wiederum die zweijährige Dienstzeit, verzichtete aber auf einen Antrag, weil die parlamentarische Lage keine Aussicht für eine Annahme bot. Am 6. Februar 1888 hielt Bismarck in der zweiten Lesung seine letzte große Reichstagsrede über unsere außenpolitische Lage seit 1840 — nicht ohne einen kleinen

[11]) RST. 7 II 1, S. 340, 17. Dez. 87.
[12]) RST. 7 II 1, S. 291, 16. Dez. 87.

Seitenhieb auf seinen „politischen Freund Eugen Richter“ und dessen „Freisinnige Zeitung“. Der Erfolg dieser Rede war ungeheuer. Franckenstein beantragte die en bloc-Annahme der Heeresverstärkung. „Ich kann unr Zeugnis dafür ablegen“, bedankte sich der Kanzler, [13]) „daß die Verbündeten Regierungen für eine so entschlossenes und rasches Entgegenkommen dankbar sein werden und darin nicht nur einen Beweis des Vertrauens des Reichstages erkennen, sondern auch eine wesentliche Verstärkung, welche diese Vorlage für die Garantieen des Friedens haben wird.“

Der Reichstag sollte geschlossen werden am 9. oder 10. März, aber die darauf bezügliche Botschaft trägt die letzte Unterschrift Kaiser Wilhelms I., vollzogen auf dem Sterbebett mit Unterstützung des Kanzlers. Bismarck machte von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch, vielmehr blieb der Reichstag bis zum Regierungsantritt Kaiser Friedrichs III. noch versammelt bis zum 20. März. Der neue Herrscher hatte in gesunden Tagen von einem völligen Systemwechsel gesprochen, er wollte zunächst die ganze General- und Flügeladjutantur neu besetzen, [14]) aber der Kaiser war schon vom Tode gezeichnet. Er schwebte dauernd in Lebensgefahr. Seine Tätigkeit blieb auf einige liberale Demonstrationen beschränkt, davon war allein die Entlassung des Innenministers Puttkamer am 8. Juni wichtig. Im liberalen Lager gab man sich keiner Täuschung hin, von den Ärzten war Leyden mit Saucken verwandt, und so war die Freisinnige Partei vorzüglich über den Gesundheitszustand des Kaisers unterrichtet. [15]) Dennoch kam das Ende — der Kaiser starb am 15. Juni, 1/4 nach 11 Uhr mittags — überraschend. „Die Herren vom Fortschritt und der jüdische Anhang sind allerdings schwer geschlagen“, schrieb Waldersee in sein Tagebuch. [16])

Die Hoffnung des Liberalismus war zerstört. Die Rechnung der Linken auf die Zukunft hatte sich als völlig falsch erwiesen. Statt daß der Liberalismus nach 30 jähriger Wartezeit wieder zur Herrschaft kam, mußte er sich auf unabsehbare Frist wieder mit einer dienenden Rolle begnügen. Die Nationalliberalen konnten sich nach ihrer Schwenkung im Heidelberger Programm verhältnismäßig leicht in das Unabänderliche fügen, aber die Freisinnigen waren tödlich getroffen: die Voraussetzung der Fusion, die Hoffnung auf eine Eroberung der Macht, die die Partei zusammenhielt, war dahin. In ihrem Ver-

[13]) RST. 7 II 1, S. 304.
[14]) Waldersee I, S. 39.
[15]) Rachfahl, S. 342.
[16]) Waldersee, Bd. I, S. 405, 19. Juni.

hältnis zu Bismarck mußten sie sich gänzlich umstellen: Der Kanzler stand fester als je. Diese äußerst schwierige Lage erforderte einen Führer von überragenden Fähigkeiten und großer Beweglichkeit, der die Partei aus ihrer unhaltbar gewordenen Stellung herausführte, sie klug zusammenhielt und zur Regierung wieder in ein erträgliches Verhältnis brachte. Widerstand gegen Bismarck war jetzt nutzloser Eigensinn, vergeudete Kraft. Richter besaß die nötige Beweglichkeit nicht, und die Männer, die sie vielleicht gehabt hätten, kamen neben ihm nicht hoch. Jetzt begann die „sterile Negation" der Partei tragisch zu werden, Richters Begabung vertrocknete in idealistischem Starrsinn.

Nach der prunkvollen und kurzen Reichstagssession zum Regierungsantritt Kaiser Wilhelms II. im Juni versammelte sich der Reichstag wieder am 22. November. Der Einfluß des jungen Monarchen zeigte sich schon beim Etat in erhöhten Forderungen für Armee, Marine und die Kolonien. Das war nicht dazu angetan, der Freisinnigen Partei die Aufgabe ihrer Oppositionsstellung zu erleichtern. Richter warnte den Reichstag vor den Folgen der Bewilligungen — er illustrierte seine Befürchtungen daran, daß im Marineetat 28 Schiffe gefordert würden ohne einen Flottengründungsplan. Mit allem Nachdruck drängte Richter auf Steuererlasse, er dachte an Aufhebung des Kaffeezolls, der Salz- und der Zuckerrübensteuer und besonders der Kornzölle. Nachdem Preußen 1887/88 seinen Etat mit einem Überschuß abgeschlossen habe, sei der Steuererlaß unabweislich.[17] Aber jetzt folgten den erhöhten Einnahmen die erhöhten Ausgaben, „selbst die parlamentarische Kritik muß erschlaffen, wenn das Geld schon da ist, wofür neue Ausgaben gefordert werden, und es sich dann noch lediglich darum handelt, ob die neue Ausgabe notwendig oder nützlich ist, — angenehm wird sie in den meisten Fällen für irgend jemand sein."[18]

Im Nachtragsetat verlangte die Regierung eine Verstärkung der Artillerie, denn diese Waffe war bei den letzten Wehrvorlagen im Rückstand geblieben. Um den Septennatsbestand nicht zu überschreiten, wurde die Zahl der Infanteristen und, was Richter besonders freute, der Ökonomiehandwerker entsprechend vermindert. Richter hielt das Septennat trotzdem für gebrochen wegen der Änderung der Formationen und der Steigerung der Kosten. Außerdem beantragte die Regierung die Zerlegung der Admiralität in ein Oberkommando und ein Reichsmarineamt. Zweifellos hat hier besonders der Einfluß des Kaisers eine Rolle gespielt. Richter führte diese Maßnahme allein auf den Wunsch des Monarchen zurück, sachlich fand er die Trennung unbegründet, ja

[17]) RST. 7 IV 1, S. 19, 27. Nov. 1888.
[18]) RST. 7 IV 1, S. 19.

sogar schädlich. Er begann in der Marine immer mehr eine Liebhaberei des Kaisers zu sehen, und mit dem Jahre 1889 beginnt Richters scharfer Kampf gegen die Flotte.

Mehr Sorge als früher machten Richter auch die Kolonien. Am 15. Januar 1889 warf er den Kameruner Gesellschaften Sklavenhaltung vor, angesichts der Antisklavereibewegung ein sehr gefährlicher Vorwurf. Das trug ihm eine scharfe Zurechtweisung durch Bismarck ein. „Ich kann mir nicht denken, daß der Herr Abgeordnete sympathisieren sollte mit dem Aufhetzen alles Ausländischen gegen das deutsche Reich und gegen unser deutsches Vaterland, wie wir es heutzutage in der Presse, die sonst ihn zu unterstützen pflegt, in der fortschrittlichen und freisinnigen Presse, nach allen Seiten hin zu spüren haben. . . . . Von dieser Tendenz spreche ich den Herren Abgeordneten ja ganz frei, denn sonst hätte er das Mandat zum Reichstag nicht angenommen, und nur, um zwischen ihm und dieser reichsfeindlichen, vaterlandslosen Presse eine breite Scheidewand zu ziehen, habe ich in diesem Sinne das Wort ergriffen.“ [19])

Die Antisklavereibewegung und eine in ihrem Sinne abgefaßte Reichstagsresolution benutzte die Regierung als Vehikel bei der Forderung von 2 Millionen, um einen Reichskommissar zur Niederwerfung des Araberaufstandes mit schwarzen Polizeitruppen in das Gebiet der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft zu senden. Die Macht des Sultans von Zanzibar hatte sich als ebenso unzureichend erwiesen, wie die Blockade durch europäische Kriegsschiffe. Richter war völlig unbefriedigt von der Vorlage. [20]) Er spottete über die verschiedenen Auslegungen, die die Vorlage erfuhr: von nationalem Standpunkt würde die Flaggenehre, vom finanziellen der große Gewinn in der Zukunft, vom internationalen die Sklavenfrage herangezogen. Richter wollte keine militärischen Maßnahmen, die nur die Lage verschlimmern würden, sondern Verhandlungen. Zur Kolonie selbst hatte er nicht das geringste Zutrauen, ihre Bedeutung setzte er möglichst herab. Am Araberaufstand war nach Richter letzten Endes Bismarck schuld, der seiner Erklärung vom 26. Juni 1884 zuwider keine Kaufleute, sondern „Bürokraten“ in die Kolonien geschickt hätte. Durch die Verwicklungen in fremden Erdteilen litte unsere Stellung in Europa, wir müßten uns größere Rüstungen auferlegen, obwohl unsere Steuerlast schon jetzt groß genug sei.

[19]) RST. 7 IV 1, S. 429.
[20]) RST. 7 IV 2, S. 655 ff., 29. Jan. 89.

Richter fand für die Ablehnung keinen Verbündeten. Windthorst hielt sich zwar in Kolonialfragen stets vorsichtig zurück und schob der Regierung soviel Verantwortung wie möglich zu, aber hier stand für ihn die Ehre des Reiches in Frage, deshalb nahm auch er die Vorlage an.

In dieser Session kam endlich auch das Gesetz über die Alters- und Invalidenversicherung zustande. Bismarck hatte früher das Tabakmonopol dafür nutzbar machen wollen, auch jetzt war er noch gegen einen Beitrag der Arbeiter. Aber Boetticher, der auch bei der parlamentarischen Beratung entschieden im Vordergrund stand, brachte den Beitrag der Arbeiter und die Klebemarken hinein. Grundsätzliche Gegner des Gesetzes waren Freisinnige und Sozialisten, die ersten beantragten vergeblich die Streichung des Reichszuschusses. Mit Ausnahme dieser Fraktionen war keine Fraktion einig in der Stellung zur Vorlage. Besonders schmerzlich war dem Kanzler die Absplitterung bei den Konservativen; es hielt immer schwerer, den rechten Flügel der Partei, die aus dem Kartell am wenigsten Nutzen zog, bei der Stange zu halten. Im Zentrum kam es sogar soweit, daß Franckenstein den Fraktionsvorsitz niederlegen wollte.[21]) In der Kommission wurde der Reichszuschuß zwar gestrichen, aber durch einen Zuschuß von 50 Mk. zu jeder Rente gewissermaßen durch eine Hintertür wieder eingelassen. Durch Landesanstalten wurde ein Teil des Zentrums unter Franckenstein und Peter Reichensperger für das Gesetz gewonnen, und diese 13 Zentrumsstimmen führten die Entscheidung am 24. Mai 1889 herbei zugunsten der Vorlage. Boetticher wurde lebhaft beglückwünscht und der Reichstag noch am selben Tage geschlossen.

[21]) Bachem V, S. 67 ff.

Kap. 12: **Die Session von 1889/90. — Beginnender Zerfall des Kartells. — Die Wahlen 1890 und die Entlassung Bismarcks.**

Zu seiner letzten Session wurde der Kartellreichstag eröffnet am 22. Oktober 1889. Bennigsen hielt bei der Etatsberatung am 29. Oktober eine Rede, die wie eine Bombe wirkte. Es hagelte von Angriffen auf das System der Franckensteinschen Klausel — der Nationalliberale forderte sogar einen verantwortlichen Reichsfinanzminister, wie es vor ihm Rickert getan hatte. Das Kartell war sichtlich in Auflösung.

Am folgenden Tage, dem 30. Oktober, erhielt Richter das Wort. Er begann mit der Kritik an den Heeres-, Marine- und Kolonialforderungen. „Ich habe den ganz bestimmten Eindruck, daß jetzt nicht mehr maßgebend ist eine objektive, sachliche Abwägung der Forderung der Bedürfnisse von Marine- und anderen Staats- und Reichsbedürfnissen, sondern eine ganz einseitige subjektive Marineliebhaberei, die zu solchen hohen Forderungen führt. Dieser Liebhaberei können wir nicht Rechnung tragen.“ [1]) Die Ablehnungswünsche Richters konnten bei diesen Posten allerdings nicht auf Verwirklichung hoffen, denn der Reichstag war auf Militärforderungen hin gewählt, und das Kartell hielt in diesen Forderungen bis zuletzt fest zusammen.

In bedauerlicher Weise griff Richter Wißmann und die Ostafrikanische Gesellschaft an. „Seine (Wißmanns) Truppen ziehen brennend und sengend umher, und die Aufständischen tun desgleichen, und das nennt man in der Sprache der vorjährigen Thronrede ‚Kultur und Gesittung nach Afrika tragen'.“ [2]) Der Eintritt in die Weltpolitik war Richter, der bis zur Einseitigkeit Innenpolitiker war, unsympathisch. Auf dieses unbekannte Gelände wagte er sich nicht und hätte wohl am liebsten den Eintritt Deutschlands in die große Welt verhindert, als ob diese Entwicklung nicht zwangsläufig gewesen wäre. Hätte er geahnt, daß seine scharfe Art, „Kolonialpolitik“ zu treiben, die nachher von Zentrum und Sozialdemokratie übernommen wurde, unseren Feinden die fadenscheinigen Vorwände liefern mußte, um den Raub unserer Kolonien in frecher Heuchelei zu „begründen“ – er hätte geschwiegen. Es fehlte Richter wahrlich nicht an Vaterlandsliebe; daß er wertvollstes Porzellan zerschlug, ahnte er nicht.

[1]) RST. 7 V 1, S. 72.
[2]) RST. 7 V 1, S. 74.

Erst nach diesen Vorgefechten ging Richter ein auf die Rede Bennigsens. Auch er wünschte einen verantwortlichen Reichsminister, die Forderung des nationalliberalen Führers war ihm sehr sympathisch. Er sah in Bennigsen alte Erinnerungen lebendig werden und das Kartell zerfallen. „Herr von Bennigsen und die Nationalliberalen schweben in der äußersten Gefahr, für Reichsfeinde erklärt zu werden. Wir sind es ja gewohnt; aber Ihnen geschieht das ja zum ersten Male.“ [3]) Ganz ernst nahm Richter Bennigsens Rede nicht, er hielt sie für „ein ganz hübsches oppositionelles Ornament“, [4]) und für einen Beweis, „daß Ihnen die gegenwärtige finanzpolitische Situation ganz und gar nicht geheuer ist.“ [5]) Zur Besserung der Finanzen helfe aber nicht die Bildung eines Tilgungsfonds zur Abtragung der Reichsschuld, wie Bennigsen empfohlen hatte, sondern nur rigorose Ausgabenbekämpfung und eine sofortige Steuer- und Zollreform. Dazu gehörte für Richter: Aufhebung der Rübenzuckersteuer, Beseitigung der „Liebesgaben“ bei der Branntweinsteuer, — die Brenner bekamen nach seiner Rechnung jährlich 40 Millionen „Dotation“ — und allmähliche Aufhebung der Zölle, besonders der Kornzölle. Richter wollte ferner die Industriezölle zwar nicht radikal beseitigen, das war gegen früher eine Milderung, aber doch kräftig ermäßigen im Interesse der Ausfuhr. So entwickelte Richter in dieser Rede unter heftigen Angriffen auf die Regierung sein Zukunftsprogramm. Vielleicht hoffte er beim Zerfall des Kartells auf weitgehende Änderungen, es war nicht unmöglich, daß dann seine Zeit doch noch kam.

Die Spannung zwischen Kaiser und Kanzler blieb den Freisinnigen nicht verborgen. Sie wurde für die Öffentlichkeit deutlicher, als die offiziöse Presse, zweifellos auf Bismarcks Wink, den Vertrauten des Kaisers, den Grafen Waldersee, angriff, als ob der die auswärtige Politik des Kanzlers beim Kaiser zu stören suche. Richter ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen, den Riß zwischen Kaiser und Kanzler zu erweitern, er fragte im Reichstag an, ob die Darstellungen der offiziösen Presse einer Grundlage entbehrten oder nicht. [6]) Der Kriegsminister wies das Verfahren der Presse als „frivol und für die Armee beleidigend“ [7]) zurück; Graf Herbert sah sich als Staatssekretär

[3]) RST. 7 V 1, S. 75.
[4]) RST. 7 V 1, S. 75 f.
[5]) RST. 7 V 1, S. 75.
[6]) RST. 7 V 1, S. 447, 22. Nov. 89.
[7]) RST. 7 V 1, S. 448.

des Auswärtigen zu der Erklärung genötigt, der Kaiser nähme in der auswärtigen Politik Rat „nur von denjenigen an, die Er dazu berufen hat“. [8]) Waldersee triumphierte [9]), Bismarcks Angriff auf ihn war fehlgeschlagen.

Als der Reichstag das neue Sozialistengesetz beriet, das Gesetz sollte für dauernd erklärt und gleichzeitig verschärft werden, war die Kluft zwischen Bismarck und seinem Herrn schon unüberbrückbar. Alles war in fieberhafter Erregung. Wegen des Ausweisungsparagraphen (früher 28, jetzt 24) fiel das Kartell auseinander. Bismarck gab den Konservativen die erbetene Erklärung nicht, ob er das Gesetz auch ohne den § 24 annehmen würde. Die Nationalliberalen wollten allenfalls für die von der Regierung geforderte dauernde Bewilligung, aber nicht für den § 24 stimmen. [10]) In der Abstimmung wurde das Gesetz zwar für dauernd erklärt, denn hierin hielt das Kartell noch zusammen, aber der Ausweisungsparagraph wurde gestrichen. Nun schlugen sich in der namentlichen Gesamtabstimmung am 25. Januar, die Richter beantragte, die Konservativen zur Opposition, weil sie das durch den Fortfall des § 24 verstümmelte Gesetz für eine stumpfe Waffe hielten, und nur die Reichspartei und die Nationalliberalen stimmten für den Rumpf. Mit großer Mehrheit wurde das Gesetz abgelehnt und noch am selben Tage der Reichstag geschlossen.

In der Erregung der Entlassungskrise fanden die Neuwahlen statt bei allgemeiner Unsicherheit. Doch waren die Antikartellparteien als die Angreifer im Vorteil. Sie einigten sich gegen das Kartell, dabei war Eugen Richter die treibende Kraft. [11]) Besonders er zog Nutzen aus den Verhandlungen der letzten Sessionen, seine Stellung war ähnlich wie 1881. Er konnte, allerdings nur mit einer etwas gewaltsamen Auslegung, sogar die sozialpolitischen Erlasse des Kaisers seiner Agitation dienstbar machen; alte Forderungen der Fortschritts- und Freisinnigen Partei wurden mit ihnen begründet. [12]) Obwohl das Kartell sichtlich gefährdet war, unterblieb jeglicher Eingriff der Regierung bei den Wahlen, auch das trug dazu bei, den Sieg der Linken über das nur noch formell erneuerte Kartell zu vergrößern. Reichspartei und Nationalliberale wurden halbiert, dagegen erhielten die Freisinnigen 66 statt 32, die Sozialdemokraten sogar 35 statt 11 Sitze. Nur 1881 hatte Bismarck in ähnlicher Bedrängnis gestanden, aber damals bot ihm der Kaiser einen festen

[8]) RST. 7 V 1, S. 448.
[9]) Waldersee II, S. 79, 24. Nov. 89.
[10]) Buhl, 23. Jan. 1890, RST. 7 V 2, S. 1181.
[11]) Bergsträßer: a. a. O., S. 120 f.
[12]) Mommsen: a. a. O., S. 55.

Halt, jetzt nicht. Es blieb für den Kanzler nur der Staatsstreich oder ein vorsichtiges Lavieren mit einer Minderheitsregierung, deren Kern das soeben noch bekämpfte Zentrum abgeben mußte. Beides wäre für einen Dutzendminister eine unlösbare Aufgabe gewesen, Bismarck aber leitete den Verständigungsversuch ein, indem er Windthorst empfing am 14. März. Es blieb beim Versuch, am 20. März wurde der Kanzler entlassen.

Von den Führern der Freisinnigen begrüßte nur Richter den Rücktritt des Kanzlers unbedingt; die Sezessionisten empfanden im Hinblick auf die Außenpolitik keine reine Freude. [13]) Richter dagegen beurteilte den Rücktritt ganz vom innenpolitischen Standpunkte aus. In dem Artikel der „Freisinnigen Zeitung" [14]) wird das Urteil Richters über Bismarck am besten zusammengefaßt. Richter hat die darin vertretene Anschauung von Anfang an gehabt und nie geändert. In seinen Augen war Bismarck verantwortlich für das Anwachsen der Sozialdemokratie, den Kulturkampf, die antisemitische und die agrarische Bewegung, die Verhetzung der Parteien und die übergroße und falsch verteilte Steuerlast, kurz für alles Übel im deutschen Reich. Mit keinem Wort ist in dem Artikel der „Freisinnigen Zeitung" von der Außenpolitik die Rede, also auch nicht von den Verdiensten des Kanzlers. Einseitig den Blick nur auf die Innenpolitik gerichtet, hatte Richter nicht einmal ein Verständnis für die Verdienste Bismarcks um die Gründung des deutschen Reiches, an der er der liberalen Zeitströmung einen übermäßigen Anteil zuschrieb. Richter sah in Bismarck nur den „Reaktionär", den Mann der Konfliktszeit, der die „Rechte des Volkes" beschneiden wolle. Auf allen Gebieten im Gegensatz zum Kanzler, der seine Macht rücksichtslos gegen seinen zähesten Gegner einsetzte, und der Entwicklung der Zeit nicht Rechnung tragend, rieb sich Richter auf im Kampf für seine Ideale gegen die „Reaktion". Bismarck schlug die Ideen Richters aus dem Felde mit Schutzzöllen und Sozialpolitik, und Richter bekämpfte Bismarcks Politik im Grunde nur mit den alten Gedanken von 1848, er verzichtete damit auf die Initiative im politischen Kampf, er blieb stehen in der Zeit vor 1866 und war ein Reaktionär für den Linksliberalismus.

Nun war mit dem Rücktritt des Kanzlers der Anlaß aller persönlichen Verstimmung beseitigt und vielleicht die Bahn frei für Richters große Gaben, die sich bisher nur im Bremsen hatten betätigen können. Es war die beste Gelegenheit für Richter, seine Stellung zur Regierung zu ändern. — Aber da Richter den Kampf nie gegen die Person des Kanzlers, sondern stets nur gegen

---

[13]) Mommsen: a. a. O., S. 148.

[14]) „Freisinnige Zeitung", Nr. 68, 21. März 90. Siehe Anlage.

sein System geführt hatte, und da mit dem Rücktritt des Fürsten nicht die Wendung zur parlamentarischen Regierungsform eintrat, sondern das innenpolitische System im wesentlichen erhalten blieb, führte Richter den Kampf mit alter Energie fort. „So wenig unsere Gegnerschaft während seiner (Bismarcks) Amtsdauer durch Haß oder Feindschaft gegen die Person bedingt war, so wenig kann der Rücktritt seiner Person die Gegnerschaft gegen eine falsche Regierungspolitik aufheben oder auch nur mildern", schrieb die „Freisinnige Zeitung".[15]) Richter blieb seinen Grundsätzen treu und verharrte weiter in Opposition. Daß Caprivi den Freisinnigen wirtschaftspolitisch entgegenkam, blieb eine Episode ohne Nachwirkung. Richter wußte diesen letzten unerhörten Glücksumstand nicht für sich zu benutzen. Wie er in der Bismarckschen Zeit jeden Verständigungsversuch des Kanzlers zurückgewiesen hatte, so war er auch jetzt nicht zum Nachgeben bereit. Zustimmung oder Ablehnung entschied Richter nicht nach der politischen Lage, sondern nach liberalen Grundsätzen. „Man kann in Betreff der Erweiterung von Rechten Kompromisse abschließen, aber an den bereits erworbenen Volksrechten muß unter allen Umständen festgehalten werden. Ich wenigstens fühle keinen Beruf und kein Geschick in mir, ein einfaches Privatleben mit der Stelle eines politischen Totengräbers für die Volksrechte zu vertauschen."[16])

Daß Richter diese Sätze aussprach, war vielleicht Agitationsbedürfnis, daß er sie sein ganzes Leben hindurch zur Richtschnur seines Handelns machte, ein schwerer politischer Fehler. Weil Richter nichts anderes war, als Ideenpolitiker, darum konnte er im Kampfe mit Bismarck, dem Realpolitiker, nicht siegreich sein, er zerbrach an seinen Idealen und hat seine großen Fähigkeiten nicht fruchtbar machen können für den Liberalismus und das deutsche Volk. Die Treue gegen sich selbst und seine Ideale bleibt das menschlich Große und wahrhaft Tragische im Leben dieses eigenartigen Mannes, des letzten großen Liberalen, aber politisch liegt seine Bedeutung allein im „Negativen". Das spürte er selbst, wenn er im Alter einmal äußerte: „Die Ideale, die ich verfolgte, habe ich nicht erreicht. Aber mancher Rechtskränkung verschaffte ich Sühne, manchen berechtigten Interessen Geltung, Monopole und Steuern habe ich verhindert."[17])

[15]) Zitiert nach Mommsen: a. a. O., S. 186.
[16]) Erste Kandidatenrede Richters in Nordhausen, 23. Jan. 1867. — Jugenderinnerungen, S. 171.
[17]) Pachnike: a. a. O., S. 25.

Anlagen.

Anlage 1.

Eugen Richter an Eduard Lasker.[1])

Nachlaß Lasker.

Berlin, 7. September 1880.

Umseitig nach Absprache das Protokoll aus der gestrigen Besprechung des Zentralwahlkomitees, soweit dasselbe auf die Stellung der Partei zur neuen Gruppe Bezug hat. Anwesend waren sämtliche in Berlin und Umgegend z. Zt. anwesenden Abgeordneten der Fortschrittspartei, zehn an der Zahl.

Ich möchte noch bitten, hierüber auch indirekt nichts in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, da wir unserer erst in einigen Tagen erscheinenden Parlamentarischen Korrespondenz in dieser Beziehung die Priorität gewahrt sehen möchten.

(Eigenhändige Abschrift.)

Die seit Schluß des Landtags erfolgte Ausscheidung angesehener Abgeordneten des Reichstags und des Landtags aus der Nationalliberalen Partei wurde in der Besprechung des Zentralwahlkomitees der Fortschrittspartei allseitig als ein für die gemeinsame liberale Sache günstiges Ereignis angesehen, dazu angetan, den Widerstand gegen die rückschrittliche Bewegung und die Verteidigung der noch übrigen politischen Freiheiten zu kräftigen. Nachdem das Programm der ausgeschiedenen Mitglieder in einer Reihe wichtiger Punkte die auch von der Fortschrittspartei vertretenen Forderungen ausdrücklich anerkannt hat, darf die Fortschrittspartei die Hoffnung hegen, daß in den Parlamenten in dieser Beziehung eine gemeinsame Tätigkeit geübt werden wird. Das Programm der Fortschrittspartei umfaßt außerdem, namentlich in bezug auf Militär- und Eisenbahnwesen, auf öffentliches Recht und Volksfreiheiten eine Reihe weiterer Punkte, deren Vertretung die Fortschrittspartei auch in Zukunft als ihre Pflicht betrachten wird. Die Forschrittsparei muß abwarten, inwieweit es möglich sein wird, auch in diesem Punkte zu einer Übereinstimmung zu gelangen und zugleich die Grenzlinien gegen die übrigen Parteien schärfer zu ziehen. In dieser Auffassung der Stellung der Fortschrittspartei zu der neuen liberalen Gruppe weiß die Partei ihre sämtlichen parlamentarischen Mitglieder durchaus einig; durch dem Zentralwahlkomitee aus Ostpreußen und Bayern vorliegende Zuschriften wurde diese Übereinstimmung noch ausdrücklich bekundet.

[1]) Text nach Wentzcke: Im Neuen Reich. S. 360.

Anlage 2.

Das Programm der Freisinnigen Partei von 1884.[1])

1. Entwicklung eines wahrhaft konstitutionellen Verfassungslebens in gesichertem Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung und durch gesetzliche Organisation eines verantwortlichen Reichsministeriums.

   Abwehr aller Angriffe auf die Rechte der Volksvertretung, insbesondere Aufrechterhaltung der einjährigen Finanzperiode, der jährlichen Einnahmebewilligung, der Redefreiheit.

2. Wahrung der Rechte des Volkes: Erhaltung des geheimen, allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes; Sicherung der Wahlfreiheit, insbesondere auch durch Bewilligung von Diäten; Preß-, Versammlungs-, Vereinsfreiheit; Gleichheit vor dem Gesetz ohne Ansehen der Person und der Partei; volle Gewissens- und Religionsfreiheit, gesetzliche Regelung des Verhältnisses zwischen dem Staate und den Religionsgesellschaften unter gleichem Rechte für alle Bekenntnisse.

3. Förderung der Volkswohlfahrt auf Grund der bestehenden Gesellschaftsordnung.

   Bei voller Wahrung der Gleichberechtigung, der Selbständigkeit und des freien Vereinswesens der arbeitenden Klassen Eintreten für alle auf Hebung derselben zielenden Bestrebungen.

   Bekämpfung auch des Staatssozialismus, sowie der auf Bevormundung und Fesselung des Erwerbs- und Verkehrslebens, der Gewerbefreiheit und der Freizügigkeit gerichteten Maßregeln.

4. Im Steuersystem Gerechtigkeit und Schonung der Volksfreiheit; Entlastung der notwendigen Lebensbedürfnisse; keine Zoll- und Wirtschaftspolitik im Dienste von Sonderinteressen; keine Monopole; Gesetzgebung und wirksame Aufsicht des Reiches im Eisenbahnwesen.

5. Erhaltung der vollen Wehrkraft des Volkes; volle Durchführung der allgemeinen Dienstpflicht bei möglichster Abkürzung der Dienstzeit; Feststellung der Friedenspräsenzstärke innerhalb jeder Legislaturperiode.

   Dies alles zur Befestigung der nationalen Einigung Deutschlands in Treue gegen den Kaiser und auf dem verfassungsmäßigen Boden des Bundesstaates.

[1]) Nach Richter: Session von 1884, S. 419.

Anlage 3.

Der Rücktritt des Fürsten Bismarck.

„Freisinnige Zeitung“, 21. März 1890, Nr. 68.[1])

Die Entlassung des Reichskanzlers Fürsten Bismarck ist vollendete Tatsache. Gott sei Dank, daß er fort ist! so sagen wir heute ebenso aufrichtig, wie wir ihm gegenüber stets gewesen sind. Es wäre ein Segen für das Reich gewesen, wenn er schon viel früher beseitigt worden wäre. Nicht um der Person willen sagen wir dies, sondern wegen des Regierungssystems, welches Fürst Bismarck befolgte.

Unser Kampf gegen den Fürsten Bismarck ist niemals ein persönlicher gewesen. Im Gegenteil, die Persönlichkeit als solche hat uns mehr imponiert, als ein halbes Schock der unter seinem Präsidium verbrauchten Minister zusammen genommen. Unser Kampf gegen den Fürsten Bismarck war ein durchaus sachlicher, weil wir das System seiner inneren Politik als ein für das Land überaus verderbliches ansahen. So wenig unsere Gegnerschaft während seiner Amtsdauer durch Haß oder Feindschaft gegen die Person bedingt war, so wenig kann der Rücktritt seiner Person die Gegnerschaft gegen eine falsche Regierungspolitik aufheben oder auch nur mildern.

Es ist unsere innerste Überzeugung, daß eine Fortsetzung der bisherigen inneren Politik, wie sie namentlich seit 1877 begonnen, nach einem ebensolchen Zeitraum tatsächlich Deutschland in den Abgrund geführt haben würde. Daß bei den letzten Wahlen die deutsche Bevölkerung sich zu einem Fünftel zu einer republikanischen Partei bekannt hat, ist in der Hauptsache die Frucht des Bismarckschen Regierungssystems, welches nur zu sehr geeignet war, die Sozialdemokratie bald mittels dargereichten Zuckerbrotes, bald mittels der angewandten Peitsche künstlich großzuziehen. Dazu sind die konfessionellen Gegensätze verschärft worden, nach der einen Seite durch den mittels Polizei und Strafbestimmungen geführten kirchenpolitischen Kampf, nach der anderen Seite durch das Verhalten des Kanzlers zu der Entstehung der antisemitischen Bewegung. Das gewaltige Emporwuchern der Interessenparteien, welche rücksichtslos die Ausbeutung der Staatsgewalt auf Kosten des allgemeinen Wohles erstreben, ist zurückzuführen auf die Schutzzollpolitik und jene Schutzzollagitationen, zu welchen der Kanzler persönlich in jeder Weise aufgefordert und angereizt hat. Die Verhetzung der politischen Parteien untereinander, die Ver-

[1]) Nach Mommsen: Bismarcks Sturz und die Parteien, S. 186 f.

dächtigung der Vaterlandsliebe, das Absprechen des Patriotismus für jeden politisch Andersdenkenden ist die Folge einer durch den Welfenfonds korrumpierten Presse und des Tones, welchen die Kanzlerpresse stets angeschlagen hat gegen alle, welche einmal andere Ansichten bekundeten als der Kanzler.

Nur die falsche Politik des Kanzlers hat das Anschwellen der Steuerlasten des Reiches in den letzten zehn Jahren um nahezu 400 Millionen, und zwar vorwiegend zuungunsten der minderwohlhabenden Klassen verschuldet. Dabei wurden maßlose Versprechungen nach allen Seiten zur Aufrechterhaltung des Regierungseinflusses gegeben, welche auch eine weitere ungemessene Erhöhung der Steuerlasten zu erfüllen gänzlich außerstande ist. Niemals hat man dagegen gehört, daß der Kanzler die sich steigernden Anforderungen der Militärverwaltung durch Ausgleiche im Heeresbudget auch nur erträglicher zu machen bemüht war.

Die Volksvertretung wurde stets in der rücksichtslosesten Weise behandelt und in ihrem Ansehen herabgewürdigt, so oft sie dem Kanzler nicht zu Gefallen stimmte. Rücksichtslos folgte der Kanzler seinen Leidenschaften bei der Veröffentlichung des Tagebuchs Kaiser Friedrichs, im Geffcken-Prozeß, in Sachen Morier, in dem aufgebauschten Streit mit der Schweiz, aus Anlaß des Falles Wohlgemuth, in den Angriffen der offiziösen Presse auf alle Personen, welche als Nachfolger des Kanzlers hätten in Frage kommen können. Dabei trat eine nahezu vollständige Versumpfung der preußischen Gesetzgebung ein, weil der alte Kanzler neuen Fragen der Gesetzgebung nicht mehr zu folgen vermochte.

Wahrlich, es war hohe Zeit, daß diesem Zustande ein Ende gemacht wurde. Darum keine Höflichkeitsphrasen und falschen Sentimentalitäten! Es könnten daraus falsche Schlußfolgerungen gezogen werden zugunsten des Regierungssystems, welches sich im Fürsten Bismarck verkörperte, eines Regierungssystems, welches durch seinen Rücktritt zwar erschüttert, aber durchaus nicht beseitigt ist.

Erst eine spätere Generation wird ein vollkommen gerechtes Urteil über den Fürsten Bismarck fällen. Wir sind der Meinung, die Nachwelt wird seine 28 jährige Wirksamkeit in ihrer Gesamtheit weniger in den Himmel heben, als es die Mitwelt vielfach getan hat. Vor den Augen der letzteren kam voll und ganz zur Geltung, was er für die Einheit des Vaterlandes getan; aber wie seine falsche innere Politik an dem Volksleben gesündigt, das wird in seinem ganzen Umfang erst späteren Generationen zum vollen Bewußtsein gelangen, die noch unter den Nachwirkungen dieser Politik zu leiden haben werden.

Diejenigen Staatsmänner, welche die Erbschaft anzutreten haben, sind wahrlich nicht zu beneiden. Es wird noch gar vieles anders werden müssen im deutschen Reich, wenn es gelingen soll, die bösen Folgen einer langjährigen Mißregierung zu überwinden. Aber nachdem der blinde Autoritätskultus, den man mit der Person des Fürsten Bismarck getrieben, gegenstandslos geworden, wird man hoffentlich in allen Kreisen des Volkes die Schäden jener Politik schärfer als bisher erkennen. Vor allem hoffen wir, daß nunmehr in Deutschland überall wieder ein kräftiges, selbstbewußtes, politisches Leben erwacht. Statt in stumpfer Passivität hinzuhorchen, was von oben kommen wird, muß man sich wieder überall mit dem Gedanken durchdringen, daß das Volk selbst berufen ist, an seinem Geschicke mitzuarbeiten. Auf die Dauer wird kein Volk anders regiert, wie es regiert zu werden verdient.

Lebenslauf.

Ich wurde als Sohn des Pfarrers Heinrich Röttger am 5. April 1907 in Gevelsberg geboren. Nachdem ich ein Jahr die Volksschule besucht hatte, besuchte ich von Ostern 1917 ab das Städtische Reformrealgymnasium zu Gevelsberg, an dem ich am 23. Februar 1926 die Reifeprüfung ablegte. Im Sommer und Winter 1926 studierte ich an der Universität Münster evangelische Theologie, Geschichte und Latein. Im Sommer-Semester und Winter-Semester 1927 studierte ich in Greifswald und anschließend 1 Semester in München. Dann kehrte ich im Winter-Semester 1929/30 nach Münster zurück und fertigte unter der Leitung meines verehrten Lehrers, Herrn Professor Wätjen, die vorliegende Arbeit an. Meine Lehrer auf dem Gebiete der alten, mittleren und neueren Geschichte waren besonders in Greifswald die Herren Professoren Curschmann, Glagau und Paul, in München die Herren Professoren von Frauenholz, von Heckel, Karl Alexander von Müller und Hermann Oncken, und in Münster die Herren Professoren Eitel, Gottlob, Münzer, Schmitz-Kallenberg, Spannagel, Vogt und Wätjen.

Lebenslauf.

Ich wurde als Sohn des [illegible] am 8. April 1862 in [illegible] geboren. [illegible] Gymnasium [illegible] und [illegible] Mathematik und [illegible] Naturwissenschaften [illegible] Winter-Semester 1887 [illegible] studierte ich in Greifswald und [illegible] in München. Dann [illegible] ich im Winter-Semester 1889/90 nach München zurück und arbeitete unter der Leitung meines verehrten Lehrers Herrn Professor [illegible] die vorliegende Arbeit aus. Meine Lehrer [illegible] und neueren [illegible] in Greifswald die Herren Professoren [illegible] in München die Herren Professoren von [illegible] und in [illegible] die Herren Professoren [illegible] Gottlieb [illegible] Vogl und Wölfle.